

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-
Zeitung, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark., für Selbst-
abbholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark. ohne Bestellgeld.
Telefon Sammelnr. 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10seitige Kolonelzeile 35 Pf., bei Plakatvorrichtung 40 Pf.
Stellenangebote 10 gsp. Kolonelzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten
die 10gsp. Kolonelzeile mit 50% Nachlass, Reklamezeile 2 Mt. Interesse n. ausw.;
die 10gsp. Kolonelzeile 40 Pf., bei Plakatvorricht. 50 Pf., Reklamezeile 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussteller, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Kursänderung in der Reichspolitik?

Wer hat die Führung?

Der neue Reichsinnenminister hat vor einigen Tagen in Berlin vor Vertretern der republikanischen Presse dem Willen Ausdruck gegeben, daß das Kabinett Müller einen recht langen Bestand, möglichst bis zu den nächsten Reichstagswahlen, haben möge. Dieser Wille scheint die Feststellung der Regierungserklärung in einem so starken Maße beeinflußt zu haben, daß dadurch Anderes und Wichtigeres völlig zurückgedrangt worden ist. Daß das Zustandekommen der Regierungserklärung nach den scharfen Gegensätzen, die sich schon bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung ergeben hatten, nicht so einfach sein werde, war vorauszusehen. Aber da immer wieder versichert wurde, daß die Sozialdemokraten in dieser Regierung die Führung hätten, und daß ihre Beteiligung selbstverständlich eine entscheidende Wendung in dem bisherigen politischen Kurs bringen werde, so mußte doch erwartet werden, daß die Regierungserklärung diese entscheidende Kursänderung einleiten werde. Über selbst das Berliner Tageblatt muß bemerkt werden, daß nicht nur ein radikales sozialdemokratisches Programm entrollt wird, sondern die Diagonale wird gezogen, die sich aus den widerstreben den Wünschen der in der Regierung vereinigten Parteien ergibt. Diese Linie ist manchmal etwas zu vorsichtig gezozen.“

Trotz der breiten Ausführlichkeit der Erklärung, die der Reichskanzler gestern im Auftrag seines Kabinetts verlesen mußte, enthält sie nichts, was dieser Erwartung gerecht wird. Was da über die Außenpolitik gesagt wird, das stand mit den gleichen Worten schon in früheren Regierungserklärungen, ohne daß sozialdemokratische Minister dem Kabinett angehört haben. So oft schon die Versicherung gegeben wurde, daß die deutsche Außenpolitik ihre Ziele verfolgt in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche, so hat doch die außenpolitische Betätigung der deutschen Bourgeoisie fortgesetzt den Beweis erbracht, daß sie ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Erweiterung und Befestigung ihrer ökonomischen und politischen Macht vornimmt. Wenn ihr dabei der Weg der „friedlichen Verständigung“ jetzt der gegebene erscheint, so denkt sie deswegen doch nicht daran, immer und unter allen Umständen nur diesen Weg zu begehen. Die außenpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre sind meistens von der Frage entscheidend beeinflußt worden, ob Deutschland durch sie wieder zu starker Weltgeltung kommen kann und im Falle eines Krieges genügend gestützt und von starken Bundesgenossen umgeben dasteht.

Sozialdemokratische Führung durfte sich nicht einfach der Außenpolitik früherer Regierungen unterordnen, und sie durfte nicht die Behauptung hinausgehen lassen, daß die Entwaffnung Deutschlands bis zum letzten Ende durchgeführt sei. Es sind doch in den letzten Jahren in Deutschland zahlreiche Landesvertragsprozesse geführt worden, in denen als Landesverräte diejenigen verurteilt wurden, die Mitteilungen verbreitet hatten, daß in Deutschland noch immer in ernstem Umfang illegal ausgerüstet wird. Die sozialdemokratische Presse hat diese berühmten Landesvertragsjustiz schärf angegriffen. Wenn jetzt ein sozialdemokratischer Reichskanzler sagt, daß die Entwaffnung bis zum letzten Ende durchgeführt sei, so klingt das fast wie eine nachträgliche Rechtfertigung dieser Justiz.

Der außenpolitische Teil enthält außer allgemeinen Bemerkungen sonst nichts. Der innenpolitische Teil beginnt mit den wirtschaftlichen Fragen, ohne auch hier Positives zu sagen. Von Maßnahmen gegen die Preisdiktatur der Kartelle, Trusts und Monopole wird nichts Bestimmtes gesagt. Dafür nichts Besonderes dagegen unternommen werden wird, kommt jedoch deutlich darin zum Ausdruck, daß die Erklärung die Anwendung geleglicher Maßnahmen gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellung auf das unbedingt erforderliche Maß dadurch zu beschränken könne glaubt, daß die Leitung eines Staatswesens nur „den unbedingt nötigen Überblick und Einblick in diese Organisationen“ erhält. In der Verkehrspolitik, dem Mittelstand und der notleidenden Landwirtschaft gegenüber wird der bisherige Kurs beibehalten werden. Nach dem Teil, der der Landwirtschaft gewidmet ist, zu schließen, muß es auch nach der Aussicht dieses Kabinetts den Agrarern viel, viel schlechter gehen als den Millionen der Arbeiterschaft. Was über die Sozialpolitik gesagt wird, ist außerordentlich mager. Abgesehen von der Absicht der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achstundentag bringt auch dieser Abschnitt nur allgemeine Sätze. Kein Wort enthält er über die gesetzliche Festlegung des Achstundentages, die mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens noch leineswegs gesichert ist. Nichts steht in ihm über die Änderung der Schlichtungspraxis, nichts über die Verbesserung der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge und nichts über die Erhöhung der Sozialrenten. Selbst die kleine Erleichterung, die durch eine Heraufsetzung des steuerfreien Einkommensteils schon angekündigt

wurde, kann jetzt nicht durchgeführt werden. Die Widerstände der Deutschen Volkspartei waren stark genug, daß die sozialdemokratische Führung nachgab und auch diesen beschiedenen Vorstoß bis in den Herbst hinein vertagte. Aber auch dann wird wahrscheinlich kaum mit einer Regierungserklärung gerechnet werden können, vielmehr soll durch den Antrag einer Fraktion die Entscheidung darüber herbeigeführt werden. Dieser Weg würde es den Regierungsparteien ermöglichen, diese sozialdemokratische Forderung niederzustimmen, ohne daß dadurch die Koalitionsgemeinschaft beeinträchtigt würde. Daß dieser Einfluss der Volkspartei sehr stark ist, geht auch aus den Sätzen hervor, die der Reichskanzler über die Finanzpolitik und auf Anteilstheorie sagen mußte. In ihnen lehrt, wenn auch gemildert, die gleiche Kritik wieder, die die Privatwirtschaft in den letzten Monaten an den Gemeinden und öffentlichen Körperschaften geübt hat, und die von der Sozialdemokratie stets zurückgewiesen worden ist.

Das Zentrum, das nur einen Verbindungsmann in der Regierung hat, dürfte mit der Formulierung dessen, was über die Schule gesagt wird, einverstanden sein. Wird doch ausdrücklich gesagt, daß bei der noch vorgezogenen reichsgelehrten Lösung der Schulpolitik „das Recht der Religionsgemeinschaften bezüglich des Religionsunterrichts zu wahren“ ist.

Wenn die Reihe an die Reichswehr kommt, dann wird die

Erklärung noch positiver. Daß es das Ziel dieser Regierung ist, die Fragen der Wehrmacht so zu behandeln, daß jeder Deutsche stolz auf sie ist und in ihr nur einen Schützer und Helfer sieht, kann wohl nicht als ein besonderer Erfolg der sozialdemokratischen Führung betrachtet werden. Daß aber die Regierung im Vorhinein diese Reichswehr im Rahmen ihrer Aufgaben, der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausstatten will, das muß die unumstößliche Opposition der Sozialdemokratischen Partei auslösen.

Alles in allem: Die Regierungserklärung ist der erste Beweis dafür, daß trotz der Teilnahme der Sozialdemokratie an dieser Regierung eine entscheidende Kursänderung kaum zu erwarten ist. Da nach der Regierungsbildung ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Fraktionen nicht gebunden sind, also auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion freie Hand hat, so muß gefordert werden, daß ihre Redner zu der Erklärung gesagt, was Sozialdemokraten, die im Auftrage der Arbeiterklasse reden, eben zu sagen haben. Und es muß weiter erwartet werden, daß dieses Kabinett von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei wirklich nur als ein Notstand angesehen wird. Wer diese Regierung als etwas anderes angesehen hat, dem wird hoffentlich die Regierungserklärung von seinen Illusionen befreien.

Ein Amnestie-Kompromiß

Die Amnestie

SPD Die Führer der Reichstagsfraktionen und deren juristischen Sachberater traten am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsjustizministers Koch zur Beratung der Amnestiefrage zusammen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt, da bisher eine Verständigung nicht erzielt werden konnte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Dienstag einen Bericht über die Amnestieverhandlungen entgegen und billigte die Stellungnahme ihrer Unterhändler.

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat am Dienstag nach dem Plenum zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er wählte zum Vorsitzenden den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Kahl, zu seinem Stellvertreter den Abgeordneten Landsberg (Soz.). Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Donnerstagvormittag statt. Man hofft dann in die sachliche Beratung der Amnestiefrage eintreten zu können.

Neuregelung der Cheschiedung

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, wird im Reichsjustizministerium die Frage der Cheschiedung mit Beschlagnahme bearbeitet. Die Cheschiedungsreform ist zwar im Regierungsprogramm nicht besonders erwähnt worden, doch trägt sich Reichsjustizminister Koch-Weser mit der Absicht, dem Kabinett und den gesetzgebenden Körperschaften im Herbst dieses Jahres eine Vorlage über die Cheschiedung vorzulegen, in der an Stelle des Verhundungsprinzips das Tertiusprinzip gesetzt werden soll.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung sind von den einzelnen Fraktionen folgende Abgeordnete bestimmt worden: Für die Deutschen Frei-Werktags und Dr. Oberfohr, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, für die Bantische Volkspartei Leicht, für das Zentrum Dr. Siegwald, für die Demokraten Dr. Haas und für die Kommunisten Ewert. Die Wirtschaftspartei wird durch den Abgeordneten Dreweitz eine Erklärung abgeben lassen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird am Mittwoch als erste Fraktion des Reichstages einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung einbringen.

SPD Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte am Dienstag an Stelle ihres bisherigen Vorsitzenden Hermann Müller-Krause, dem der Dank der Fraktion für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender ausgesprochen

wurde, einstimmig die Abgeordneten Breitscheid, Dittmann und Wels zu geschäftsführenden Vorsitzenden.

In der politischen Debatte werden die Abgeordneten Breitscheid und Aufhäuser als Vertreter der Fraktion sprechen.

Die Zentrumsfaktion

Die Zentrumsfaktion des Reichstages beschloß am Dienstag, die Wahl ihres Fraktionsvorstandes auf den Herbst zu verschieben. Bis dahin wird der bisherige Fraktionsvorstand die Geschäfte der Fraktion führen.

Volkspartei und Demokraten

Die am Sonntag abgehaltene Tagung der Liberalen Vereinigung hat Anlaß dazu gegeben, daß jetzt mehr noch der Gedanke der Gründung einer „großen liberalen Partei“ wieder diskutiert wird. Jetzt nimmt auch die Nationalliberale Korrespondenz, das Organ der Deutschen Volkspartei, zu dieser Frage Stellung. Sie kündigt eine Versammlung der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen Partei ab. Das Blatt weist auf den Beschluß des Zentralvorstands am 21. Mai 1925 hin, in dem die Befreiung von Vereinigungen, die eine eigene Parteibildung anstreben, oder vermöge ihrer organischen Einheiten zu einer solchen führen müssen, entschieden abgelehnt wird. Eine Fusion mit der Demokratischen Partei, so schreibt das Blatt, kann für die Deutsche Volkspartei nicht in Betracht kommen. Selbst wenn große Teile dieser Partei noch vom liberalen Gedanken getragen sind, bleibt immer ein starker Flügel übrig, der unter dem Kommando der Großstadtpresse steht. Mit solchen Kreisen gibt es keine Verschmelzung; sie werden nicht eher ruhen, bis die linksdemokratische Gruppe bei der Sozialdemokratie gelandet ist, so wie es einmal unter Johann Jacoby und unter Rudolf Breitscheid geschehen ist. Was dann an liberalen Befürdernden übrigbleibt, was auch an liberalen Wählern heute in wirtschaftlichen Gruppen vorhanden ist — das alles wird eines Tages in einer starken Deutschen Volkspartei den Konsolidationspunkt des freiheitlich-nationalen Bürgertums erblicken“.

Eine starke Deutsche Volkspartei als Sammelbesten des freiheitlich gesinnten deutschen Bürgertums — da kann ja dann der deutschen Freiheit nichts mehr fehlen!

Megilo

WFB Megilo-City, 3. Juli.
Es wird berichtet, daß 80 Muslime, darunter zwei katholische Priester, gestern in Kämpfen mit Regierungstruppen im Staate Zaliso getötet worden sind.

Tornado in Nordamerika

Wie aus Johnston (Colorado) gemeldet wird, richtete dort ein Tornado großen Schaden an. Vier Personen wurden getötet, 15 schwer verletzt. Sechs Personen werden noch vermisst.

Sozialdemokratischer Sieg bei den sächsischen Metallarbeiterwahlen

Wie der Sozialistische Sachdienst erfaßt, zeigt das Gesamtergebnis der sächsischen Metallarbeiterwahlen einen überwältigenden Sieg der Amsterdamer Richtung. Von 21 Mandataten, die in Sachsen für den Verbandstag zu vergeben waren, hat die Amsterdamer Richtung 20 erhalten; lediglich in Limbach im Bezirk Chemnitz, der bekannten kommunistischen Hochburg, ist ein kommunistischer Delegierter gewählt worden. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die Kommunisten tatsächlich alle Anstrengungen gemacht haben, diesmal einen Erfolg für sich zu erzielen. Es zeigt sich aber, daß sie gerade bei den bestorganisierten und aufgeklärtesten Arbeitergruppen, wie sie sich in der Metallindustrie finden, mit ihren rein agitatorischen Phrasen keinen Eindruck machen können. Es läßt das auch einen Rückschluß darauf zu, daß sich ihre Anhängerschaft bei den politischen Wahlen gar nicht in erster Linie aus der Industriearbeiterchaft zusammenfiebt, sondern aus loseren Schichten von Mittlern und Migranten aus allen Schichten besteht. Schließlich ist zu erwähnen, daß die Beteiligung an den Wahlen diesmal fast in allen Orten erheblich größer war als bei der letzten Wahl 1926; die Zunahme der abgegebenen Stimmen ist restlos der Amsterdamer Richtung zugute gekommen.

Von Einzelergebnissen seien noch die folgenden mitgeteilt:

Amsterdamer Richtung Moskauer Richtung		
Döbeln-Freiberg	1153	183
Reichen	1058	338
Zwickau	737	288
Plauen	340	269
Bautzen-Zittau	1894	565
Krimmischau-Werdau	1007	311

Dieses erste Ergebnis wird unseren Genossen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung neue Kraft geben, mit aller Energie in dem von uns für richtig gehaltenen Sinne zu arbeiten.

Sicherheit und militärische Unterstützung

SPD Genf, 3. Juli.

Die Sicherheitskommission des Völkerbundes nahm am Dienstag die rechtlich nicht unerheblich veränderten rechtlichen drei Modellverträge in zweiter Lesung an. Es handelt sich um einen Kollektivvertrag für gegenseitige Unterstützung und um einen mehrseitigen, sowie einen zweiseitigen Niedrigangriffsvertrag. Ferner wurden die dazu gehörigen Resolutionen und Einleitungen angenommen. Die Serben und die Polen erklärten, wie erwartet, daß sie auch fernerhin versuchen würden, in die Sicherheitsverträge eine besondere militärische Unterstüzungsklausel hineinzubringen. Paul-Boncour gab der Meinung Ausdruck, daß die Modellverträge es sich erlaubten, eine bindende Formel für militärische Hilfe bei einem flagranten Angriff einzufügen. Die Türken legten ihren Standpunkt gleichfalls in einer Erklärung dar. Sie bedauern darin, daß der Begriff der Neutralität in den Modellverträgen keine Aufnahme gefunden hat und sprechen sich für ein allgemeines Friedensgerichtsverfahren für alle Konflikte aus. — Die Sicherheitskommission wird ihre Arbeiten am Mittwoch beenden.

Die Handelsbeziehungen

SPD Genf, 3. Juli.

Die zweite Konferenz für die Aushebung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen trat am Dienstag unter dem Vor- sitz des Holländers Colijn zusammen. Auf der Konferenz sind 28 Staaten vertreten. Außerdem ist die Internationale Handelskammer eingeladen worden und erschien. In seiner Begrüßungsrede umriß der Vorstehende der Konferenz die beiden hauptsächlichen Aufgaben, die sie zu erledigen hat: die Nachprüfung der nach der ersten Konferenz eingerichteten Vorbehaltene und die Bestimmung eines Zeitpunktes und sonstiger Vorbereidungen für die Inkraftsetzung der Konvention. Colijn teilte u. a. mit, daß alle Staaten, die die Konvention bisher unterzeichnet haben, vertreten seien.

Die Schwere der Aufgaben der Konferenz ist aus der von dem amerikanischen Vertreter gegebenen Aufstellung ersichtlich, nach der auf der Konferenz im November 1927 insgesamt 12 Vorbehaltene angemeldet worden seien, bis heute aber 52 für mehrere tausend verschiedene Waren vorliegen. Der Konferenz liegen neue schriftliche Bemerkungen Belgien, Luxemburgs, Thüringen, Deutschlands und der Tschechoslowakei vor. In der Nachmittagsession wurden die folgenden positiven Erklärungen abgegeben: Belgien zog sein Exportverbot für Knochen zurück entsprechend einem am Montag im Völkerbund abgeschlossenen Abkommen über den Verkauf von Häuten und Knochen. Estland bestand aus seine bisherigen Ausfuhrverbote für Butter, Eier, Käse und Edelsteine, trotzdem teilte mit, daß es keinen Antrag auf die Aufrechterhaltung eines Importverbots für verschiedene Lebensmittel zurückziehe, aber sein Exportverbot für gebrauchte Schiffe und Schiffsmaterialien aufrechterhalte. Polen versuchte damit Eindruck zu machen, daß es auf seine lärmenden, nach dem November angekündigten Warenvorbehaltene verzichtete. In Wirklichkeit handelt es sich um Einfuhr- und Ausfuhrverbote, die Polen erst in Kraft setzen wollte bzw. nach dem September 1927 in Kraft gesetzt hat und die infolgedessen nach den Bestimmungen der Konvention sowieso nicht genehmigt werden konnten.

Loucheurs Sanierung der Bauunternehmer

SPD Paris, 2. Juli.

Am Montagnachmittag hat in der Kammer die Diskussion über das Wohnungsprojekt des Arbeitsministers Loucheur begonnen. Die Regierung fordert die Fristaufschaltung von 10 Millionen Franken in Form billiger Bankkredite, von denen jährlich 1,1 Milliarden zur Errichtung von Kleinwohnungen und Arbeitervorwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Nach der offiziellen Begründung des Gesetzes soll Arbeitern und kleinen Bürgern dadurch Gelegenheit geboten werden, gegen erträgliche Ratenzahlungen Besitzer einer anständigen Wohnungseigentum zu werden. In Wirklichkeit aber kommt das Projekt weit mehr dem Interesse der Bauunternehmer und Bauprälaten entgegen.

Im Parlament wird die von Loucheur vorgeschlagene Methode, die eine ausschließliche Begünstigung der Bauindustrie bedeutet, einer scharfen Kritik unterzogen. Nicht die geringsten Garantien beständen dafür, daß die allgemein ihren Händen überlieferter Ersparnis des wohnungsführenden Publikums auch zu treuen Händen verwaltet werden.

Nach Meldungen aus Melbourne gibt der australische Verteidigungsminister bekannt, daß die australischen Luftstreitkräfte in Kürze mit 32 leichten Bombern zwölf in der zum Gesamtpreis von drei Millionen Mark neu ausgerüstet werden werden.

Der Mensch im Zuchthaus

Blaidoner für Plättner

Von Kurt Grohmann, Berlin.

Scheinbar vergessen vegetiert ein Mann im Zuchthaus Luckau, das heute Niederlausitz. Die große Glocke die für Max Höls geschwungen wird Klingt nicht für Karl Plättner. Ich war im Auftrage der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, die ihn seit Jahren betreut, bei ihm und lernte einen Menschen kennen, für den es wert ist, seine Stimme zu erheben.

In dem roten Backsteinbau des Zuchthauses Luckau, das heute 340 Insassen in seinen brüchigen Mauern beherbergt, in einem spartanisch eingerichteten Zimmer wartete ich auf Karl Plättner. Durch das Fenster sah ich auf den Hof. Etwa dreißig Gefangene machten ihren Rundgang. In Abständen von drei Metern gehen sie auf der schmalen, vorgezeichneten Riesspur, weg-auf — weg-ab.

* * *

Plättner tritt herein. Ein etwa 35-jähriger, kultiviert aussehender Mensch reicht mir die Hand. Er ist Revolutionär und baut sich auf gegen die kommunistische, militärische Parteidoktrin. Darum gehört er auch nicht der Partei an. Schon seit nahezu zehn Jahren sitzt er im Zuchthaus — zu Unrecht, wie er und wir behaupten.

Karl Plättner ist mit seinen Genossen Hörl, Lewandowski, Töpfer, Meinhorn, Krause, Adolf und Heinrich Mendel Jahnke usw., wegen vollendetem Hochverrats (§§ 81 Abs. 2; § 74 StGB) in Tatenheit mit § 6 des Sprengstoffgesetzes wegen qualifizierten Raubes in zwei selbständigen Handlungen zu 6 Jahren Festungshaft und 16 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Gemäß § 74 StGB ist auf eine Gefamstrafe von 10 Jahren Zuchthaus erkannt und fast die gesamte Unterzuchungshaft in Unrechnung gebracht worden. Von der Abrechnung der bürgerlichen Ehrenrechte ist Abstand genommen worden!

Um diese zehn Jahre Zuchthaus vor dem Niederschlesischen Senat des Staatsgerichtshofes, hat Plättner vor dem Hallenser Schwurgericht einen schweren Kampf gekämpft. Der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Kuhlmann hat Plättner 28 Stunden = 3 Tage hintereinander sprechen lassen, damit er die Unzulänglichkeit des Schwurgerichts begründen könne.

Plättner ist in Verbindung mit der sogenannten „März-Aktion“ verurteilt worden. Er war nach der Novemberrevolution zu der Überzeugung gekommen, daß — um die Früchte der Revolution für das Proletariat zu teilen — nichts weiter übrig bliebe, als die Macht des Proletariats mit der Waffe in den Händen zu erlangen. Diese Auffassung hat er in mehreren Broschüren niedergelegt. Als im März 1921 der Aufstand begann, begab er sich, nach dem Urteil, am Sonnabend, dem 19. März 1921, von Leipzig nach Halle, sprach in einer öffentlichen Versammlung der KPD und versammelte am Montag, dem 21. März, nach weiteren Vorträgen in Heilsdorf Aufständische aus den Bezirken Halle, Ammendorf, Mansfeld und veranlaßte, daß die Arbeiter die Betriebe verließen und sich bewaffneten. Mehrere Tage später wurde er in die Bezirkskampfsleitung berufen und mit Sonderaufträgen betraut. Er bildete eine Sprengkolonne, die solche Aufträge auszuführen hatte.

Plättner erkannte sehr bald, daß diese Bewegung in dem Augenblick tot sein würde, da ihr die Mittel fehlten. Getrenn seinem revolutionären Programm, welches im Strategiebuch keine entsprechende Interpretation findet oder gar Verstümmelung, hat er verschiedene Eroberungen ausgeführt. So in der Chemischen Fabrik Bautzen, wo er 32 000 Mark „beschlagnahmt“. Als am 29. März 1921 der mitteldeutsche Aufstand für die

Arbeiterschaft sein Ende erreicht hatte, organisierte Plättner selbständig einen Aktionsausschuß, der sogenannte terroristische Gruppen bildete. Eine wesentliche Aussage zum Gelingen des gestellten Falles ist Plättner a) in der Abschreibung der Weisen, b) in seinen Eroberungen. Er nahm letztere in Deuben vor, wo er ca. 250 000 Mark exproprierte, in Brückdorf auf der Grube Klippe, wo er ca. 21 000 Mark nahm und in verschiedenen anderen Dörfern. Insgesamt soll Plättner nach dem Urteil ungefähr eine Million Mark „beschlagnahmt“ haben wovon er — wie das Urteil anerkennt — nichts für sich genommen hat.

Plättner hat das Urteil gegen sich als einen Machtspruch empfunden. Schon vor drei Jahren hat die juristische Abteilung der Liga für Menschenrechte Plättner mitgeteilt, daß es sich hier keinesfalls um einen Machtspruch handele, sondern um einen Fehler im Urteil. Warum?

Der Komplex der Plättner-Gruppe, deren Vorgehen etwas Exceptionelles darstellt, gehört — wie das ausgezeichnete Gutachten des Herrn Prof. M. Liepmann treffend ausgeführt hat — unter die Amnestie (Reichsamnestiegesetz vom 21. Juli 1922). In den Genuss dieser Amnestie kommen alle diejenigen, die ihre Straftaten nicht in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Nun ist gerichtsnotorisch erwiesen, daß die Straftaten der Plättner-Gruppe sich nicht in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Trotzdem wurde das Verfahren durchgeführt! Im Urteil wird keine Straftat festgestellt, die in das Jahr 1922 fällt.

Was hat aber der Staatsgerichtshof aus diesen klaren Bestimmungen gemacht?

Er führte aus, die Bestimmung des § 1 Abs. 1 Satz 2 des Amnestiegesetzes sei „nicht genügend klar“ gefaßt. Daher müsse sie „gemäß dem Zweck und Sinn des Gesetzes“ ausgelegt werden. Das Gesetz beschränkte sich hierauf auf die Hochverratsunternehmen des „untreuherrlichen“ Jahres 1921 und soll lediglich „aus der Welt schaffen“. Die Bedeutung der Bestimmung sei demgemäß, daß sich die Amnestie lediglich auf Täter und Teilnehmer an denjenigen hochverrätlichen Unternehmungen erstrecken solle, welche im Jahre 1921 abgeschlossen worden seien. habe sich aber das Unternehmen über das Jahr 1921 hinaus ausgedehnt und zwar — ohne daß die Täter oder Teilnehmer selbst durch weitere Handlungen das Unternehmen bis in das Jahr 1922 fortgesetzt zu haben brauchen — so sollte wegen der Gefährlichkeit und des Umfangs eines solchen Unternehmens Straftat nicht eintreten.

Nach Auffassung des Staatsgerichtshofes ist nur dann eine Amnestie am Platze, wenn der Täter durch tatsächliche Reue gezeigt habe, daß er die Tat nicht fortsetzen wolle. Danach sind auch nicht diejenigen unter die Amnestie gefallen, die bereits im Jahr 1921 verhaftet waren (so Jahnke) und somit außerstande,

In dieser Interpretation liegt der Schlüssel zum Fehlspur! Plättner ist ein hemmungsloser Phantast, der während der ganzen Kampagne wohl gedroht, lamentiert, aber — wie das Ende zeigt — nie einem Menschen etwas zuleide getan hat. Und der persönliche Eindruck, den man von ihm gewinnt, ist der, daß es sich hier lediglich um einen wertvollen Menschen handelt, der sich wohl gegen das geschriebene Gesetz vorgenommen hat, weil er glaubte, der Meßias seiner Klassengenossen sei zu müssen; der aber moralisch rein geblieben ist, wie ihm das auch der Niederschlags-Senat voreierte!

Sieht nicht schon hierin allein das Eingeständnis, daß das Urteil leider eine willkürliche Konstruktion ist? Darum darf man nicht warten, bis die neue Amnestie über das Schicksal Plättners endgültig entschieden, sondern der neue Reichsjustizminister hat eine erste Aufgabe, die Entlastung Plättners und Ge-

Nur für den Frieden

SPD Paris, 3. Juli.

Am Dienstag fand in Le Havre die seit langem angekündigte Parade der französischen atlantischen und Mittelmeersflotte vor dem Präsidenten der Republik und den Mitgliedern der Regierung statt. Präsident Domergue legte angesichts des ihm umgebenden militärischen Drucks, der stark an gewisse Veranstaltungen in der Vorkriegszeit erinnert, sichtlichen Wert auf die wiederholte Feststellung, daß Frankreich, wenn es zur See rüste, einzig und allein den Frieden habe, dem Frieden zu dienen, und daß eine mächtvolle Flotte zur Sicherung seiner Küsten und seiner Kolonien unabdinglich notwendig sei. — Der Marineminister verglich die Parade mit den vor drei Jahren in Cherbourg abgehaltenen und wies darauf hin, daß seither die Flotte vollkommen umgestellt worden sei. In der Tat sind von den 80 Einheiten, die an der Parade teilnahmen, die Hälfte Neubauten, vor allem neue Kreuzer und Torpedoboote. — Der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, erwähnte in seiner Ansprache, daß aus den im Dawesplan vorgesehenen Zahlungen die Summe von 1½ Milliarden für Neubauten des Hafens von Le Havre vorgesehen sei.

In Binnowith



Antwort der polnischen Sozialisten

Der Maulkorb für die Presse

SPD Warschau, 3. Juli.

Die Parlamentssitzung der polnischen Sozialisten hat sich am Dienstag mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigt. In der hierzu angenommenen Entschließung heißt es, die letzten Entschlüsse Piłsudski seien nichts anderes als eine offene Bedrohung der polnischen Verfassung, auf die Piłsudski erst vor wenigen Tagen vereidigt wurde. Die Sozialistische Partei erachtet es aber als unter ihrer Würde, auf die unerhörten Schmähungen gegen das Parlament einzugehen. Piłsudski Absichten ließen daraus hinaus, einen neuen Staatsrat mit allen Mitteln und bis zum Menschenfeind verhindern. Der sozialistische Robotnik ist am Dienstag wegen der Veröffentlichung der von der sozialistischen Sejmfraktion angenommenen Resolution und wegen eines Kommentars des Abgeordneten Niedzialkowski zu dieser Entschließung beschlagnahmt worden.

Wie der Robotnik mitteilt, hat heute nacht der Stadtpräsident den Redakteuren einer Reihe von Warschauer Zeitungen gedroht, daß die Blätter beschlagnahmt würden, wenn sie die sozialdemokratische Entschließung über das Interview Marschall Piłsudski abdrucken sollten. Robotnik erklärt, daß ein derartiger unerhörter Terror eine Vergewaltigung der Freiheit des Wortes bedeute, um so mehr als in Polen keine Vorzensur besteht.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

Auf dem toten Punkt

Die Litauische Telegraphenagentur berichtet über die polnisch-litauischen Verhandlungen: In der gestrigen zweiten Sitzung der Sicherheits- und Entschädigungscommission erklärte der polnische Delegationsvorsitzende, daß die polnische Delegation noch keine Ansicht über das litauische Gegenprojekt zur Sicherheitsfrage zum Ausdruck bringen könne, da die neu gebildete polnische Regierung es noch nicht beraten könne. Um die Frage zu beklären, begab sich das Mitglied der polnischen Delegation Professor Makowski nach Warschau, und man glaubt, daß die neuerliche Konfrontation Mittwoch oder Donnerstag eintreffen werde. Zur Frage der Liquidation der Zeligowitsch-Schäden erklärte die polnische Delegation, daß sie die Frage nur in Zusammenhang mit der gesamten Entschädigungsfrage behandeln könne. Die litauische Delegation lehnt ihrerseits nicht ab, über die Entschädigungsfrage in ihrer vollen Ausdehnung zu verhandeln, vorausgesetzt, daß vorher über die Sicherheitsfrage eine Verständigung erzielt werden ist. — Die nächste Sitzung soll nach Eingang der Instrumente aus Warschau stattfinden.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Ministerialrat Horwko, erklärte einem Pressevertreter, daß die Beratungen in durchaus freundschaftlichem Sinne erfolgt seien. Man habe sich bemüht, ein Kompromiß zu finden, das eine für beide Seiten befriedigende und annehmbare Lösung darstelle. Es hätten sich jedoch auf beiden Seiten so starke Meinungsverschiedenheiten bei der Behandlung dieser Frage gezeigt, daß schließlich die Beratungen auf dem toten Punkt anlangten und vertagt werden mußten.

Das Italien Mussolinis

Urteile des faschistischen Sondertribunals

23. April 1928. — Angeklagte: die Arbeiter Marcello Gorniero und Gino Quintavalla. — Anklage gegen Gorniero: bei einer Haussuchung in seiner Wohnung wurden vier Flugzettel und eine Nummer der Battaglie Sindacali (Gewerkschaftsorgan) gefunden; gegen Quintavalla: mit Gorniero im Wirtschaftshaus über zusammengetroffen. — Urteil: Gorniero 4 Jahre, Quintavalla 1 Jahr Zuchthaus. (Corriere della Sera vom 24. April 1928.)

23. April 1928. — Angeklagte: die sozialdemokratischen Arbeiter Mario Molteni, Angelo Rainoldi und Pietro Janoni. — Anklage: Kommunistische Flugzettel erhalten zu haben. — Urteil: Molteni 7 Jahre und sechs Monate, Rainoldi und Janoni je zwei Jahre Zuchthaus. (Corriere della Sera, vom 24. April 1928.)

23. April 1928. — Angeklagte: die Arbeiter Angelo Scuchia und Uberto Sagnetti. Anklage: Sagnetti erhielt von Scuchia Flugzettel des Gewerkschaftsbundes, ohne ihn dafür anzugeben. — Urteil: Scuchia 6 Jahre und drei Monate, Rainoldi und Janoni 1 Jahr und drei Monate Zuchthaus. (Corriere della Sera vom 26. April 1928.)

25. April 1928. — Angeklagter: Transportarbeiter Antonio Dell'Aglio. Anklage: „mit unbekannt gebliebenen Personen (1) Handlungen erwogen (1) zu haben die darauf gerichtet waren, den Bürgerkrieg und den Aufstand gegen die Staatsgewalt zu entfachen“. — Urteil: 7 Jahre und 6 Monate Zuchthaus.

28. April 1928. — Angeklagte: 10 kommunistischen Arbeiter aus Apulien. Anklage: Polizeikommunist Vincenzo Grano sagt aus: „er hätte erfahren, daß seit einiger Zeit vorbereitende Sitzungen zu einer am 20. Juni 1928 abzuholenden Konferenz stattgefunden haben, in welcher Konferenz eine revolutionäre Aktion großen Stils besprochen werden sollte; er ließ den Konferenzsaal von Polizeitruppen umzingeln und sämtliche Anwesenden verhaften.“ (Es war eine Bezirkskonferenz der damals noch legalen kommunistischen Partei, die ja erst am 9. November 1928 verboten wurde!). — Urteil:

Edoardo Boccoli	12 Jahre	6 Monate
Giuseppe La Torre	12 Jahre	3 Monate
Consiglio Carmignani	6 Jahre	8 Monate
Angelo De Roma	6 Jahre	3 Monate
Atilio Biola	6 Jahre	3 Monate
Francesco Nardelli	6 Jahre	3 Monate
Giuseppe Guarini	5 Jahre	— Monate
Pietro Dal Conio	4 Jahre	2 Monate
Roberto Raffoni	4 Jahre	2 Monate
Fosco Martinelli	4 Jahre	2 Monate
Egidio Valeri	4 Jahre	— Monate
Olimpio Crocchia	3 Jahre	4 Monate
B. Boccoli	3 Jahre	— Monate
Francesco Manzi	2 Jahre	— Monate
Maria Schirane	2 Jahre	— Monate
Zusammen	87 Jahre	Zuchthaus

(Corriere della Sera vom 20. April 1928.)

Todesurteile in Russland

OE Warschau, 2. Juli.

Polnische Blätter melden, daß vor einigen Tagen in Minsk 6 Polen sich vor dem Sowjetriegsgericht zu verantworten hatten und zwar unter der Anklage, daß sie vor Jahren während des polnisch-russischen Krieges 20 Kommunisten an die polnischen Feldgerichte angeliefert hätten. Nach den Meldungen der polnischen Blätter sollen die Angeklagten, obgleich sie ein Alibi beweisen konnten, dennoch schuldiggesprochen und 2 von ihnen zum Tode verurteilt worden sein.

Neue rote Generalstabssoffiziere

OE Moskau, 3. Juli.

Die Kriegsschule der Roten Armee, die zu Ehren des verstorbenen Kriegsministers Frunse den Namen Frunse-Akademie trägt, hat gestern eine größere Zahl von Generalstabssoffizieren nach Abschluß ihrer Ausbildung in die Armee übergeführt und auf die verschiedenen Truppenteile verteilt. 40,9 Proz. dieser Generalstabsleute sind aus der Arbeiterschicht hervorgegangen, 25,5 Proz. aus der Bauernschicht, 31,8 Proz. aus der Klasse der Angestellten, die Hektarflächen der übrigen wird nicht genauer bestimmt. Der Sowjetpräsident Kalinin und der Kriegsminister Voroschilow begrüßten in der Sowjetpresse die neuen Generalstabssoffiziere, die „den Ausbau der Roten Armee zur Verteidigung des Sowjetlandes gegen die zahlreichen Feinde der Werkstätigen fördern werden“. Ferner hat die Marinakademie in Leningrad dieser Tage eine Gruppe von Secossoffizieren nach Ablösung des Kursus auf die Schiffe der Roten Flotte abkommandiert.

Venizelos bildet ein Kabinett

SPD Athen, 3. Juli.

Der Führer der griechischen Republikaner, Venizelos ist am Dienstag von dem Staatspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden. Venizelos bedachtigt, seine Verhandlungen mit den Parteien bereits am Mittwoch abzuschließen und dem Staatspräsidenten eine endgültige Ministerliste zu unterbreiten. Auf welcher Basis das neue Kabinett gebildet ist, ist bisher unbekannt.

Orden in der Tschechoslowakei

IB Es ist statistisch festgelegt, daß die tschechoslowakischen Urteile zu den am schlechtesten entlohten in der ganzen Welt gehören. Dazu stiegeln dank einer sehr ausgeschütteten Schutzhilfepolitik unentwegt die Preise der Lebensmittel, es steigen die Wohnungsmieten, die Volkswirtschaft hat ziemlich erhebliche Sorgen. Ist es aber Pflicht einer Bürgerstaatregierung, sich um solche Kleinheiten zu kümmern? Sie hat andere Sorgen und deshalb legt sie dem Parlament einen Antrag vor, wonach in der Tschechoslowakei nun wieder besondere Orden gegründet werden können und zwar sowohl für „besondere Tapferkeit vor dem Feinde“, denn der Krieg ist doch das Heiligste, was die Völker haben und man muß ihm schon im Frieden vorbereiten, als auch für besondere Zivilverdienste. Dem Präsidenten der Republik wird sofort vom Kanzler wegen der höchsten Orden der Republik verliehen und er darf die so erworbene Auszeichnung auch behalten, wenn er aufgehört hat, Präsident zu sein. Ebenso werden zukünftig auch tschechoslowakische Bürger fremde Orden annehmen dürfen, was ihnen bisher zum großen Verdienst einzelner tschechoslowakischer Patrioten verboten war. Wie schade, daß nicht Amanullah jetzt erst aus Europa reisen geht!

Begrüßlich, daß sich sogar ernsthafte Blätter finden, die diesen lächerlichen Ordensblödsinn warm verteidigen und die Republik mitleidig betrachten, weil sie in ihrer „Jugend“ gar zu stürmisch gewesen sei und alle westlichen Gedanken auf dem Gebiet der menschlichen Freiheit ablehne. Es bleibt die Frage, ob die schwedische Republik ist als etwa die sich immer heftiger in die Polizeimeethoden des alten Österreich verliebende Tschechoslowakei.

Wir haben Orden und das Vaterland ist wieder einmal gerettet.

Dem „Rapitän des Eis“

20 Tote?

Das Ergebnis der faschistischen Nordpolsexpedition

An der Rettung der verunglückten Italia-Mannschaft sind bis jetzt 20 Flugzeuge, ungefähr 20 Schiffe und viele Schlitten- und Skiatrouppen mit ungefähr 500 Menschen beteiligt. Insgesamt dürften bisher etwa 5 Millionen zur Rettung der verunglückten Opfer des faschistischen Wahnlaufs zur Verfügung gestellt worden sein. Mehr als 1 Million ist nach den vorliegenden Feststellungen bereits verausgabt worden, ohne daß voreilige Erfolg zu verzeichnen wäre. Am undenbar muß ebenfalls als ein Opfer seiner Hilfsbereitschaft betrachtet werden; ebenso dürfte der größte Teil der Italia-Mannschaft die Heimat niemals wiedersehen. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn die Empörung der nordischen Völker gegen Robbe von Tag zu Tag wächst. Man spricht bereits davon, daß die Città di Milano Spitzbergen wahrscheinlich bald verlassen muß, um Demonstrationen zu entgehen. Auch in Russland hat das Verhalten Nobiles Empörung hervorgerufen. Man ist der Auffassung, daß Nobile seinen Posten als Leiter hätte verlassen müssen. Indessen sunt Nobile tagtäglich endlose Kundgebungen in die Welt hinaus, statt zu schweigen. Auf seinem Gewissen und dem seiner faschistischen Auftraggeber lasten voraussichtlich mehr als 20 Tote.

*

Die Meldung von der Rettung der Viglieri-Gruppe und der Rettung Lundbergs entspricht nicht den Tatsachen. Auch die Nachricht von dem Auftreffen der Leiche Amundens wird als eine Mythenbildung bezeichnet.

Das hat noch gefehlt!

Der römische Korrespondent des Berliner Tagessalates meldet:

„Während die ganze Welt erschüttert die große Tragödie am Pol verfolgt, läuft jene Gabriele d'Annunzio durch eine Agentur verbündet, daß er Nobile und seinen Leuten durch ein Epos die Unsterblichkeit sichern will. „Kapitän des Eises“, so soll der Hymnus heißen, der visionär die Seelen der Helden der Arctis schildert. Die Wirkung des Dichters wird bei der Stimmung in der heutigen Bevölkerung, die sich durch höchstens offizielle Geiten kaum noch beeinflussen läßt, wahrscheinlich wenig Anfang finden.“

*

Ein solcher Heldenepos eines überspannten Poeten über die durch faschistischen Größenwahn veranlaste Irrfahrt der Italia, die jetzt ein so tragisches Ende nimmt, hat gerade noch gefehlt. In der ganzen Welt zeigt sich immer mehr die Empörung über den „Kapitän des Eises“, der seine Mannschaft in der größten Not verlassen hat, und da will dieser d'Annunzio das „Heiltemperium Nobiles“ bejubeln und ihm die „Unsterblichkeit“ erringen! Die Verantwortlichen in Italien müßten alles Interesse daran haben, doch reicht durch den Zeitpunkt kommt, wo niemand mehr über das mit so viel geradezu verbrecherischen Leichtsinn begonnene und durchgeführte Unternehmen spricht. Es scheint aber nach wie vor das Bestreben gewisser Kreise dort zu sein, sich unter allen Umständen immer wieder unsterblich zu blamieren.

Ein neuer Rekordflug

OE Rom, 3. Juli.

Die beiden italienischen Rekordflieger Ferrarin und Del Porte sind am Dienstag gegen 20 Uhr zu einem Oceanflug über Algier, Gibraltar und Westafrika nach Buenos Aires gestartet.

Eine rüpelhafte Beleidigung

SPD Alle maßgebenden Blätter des In- und Auslandes haben sich in den letzten Tagen mit der neuen Reichsregierung, ihrer Lebensdauer und ihren vermeintlichen Törichten beschäftigt. Von überall kommen Stimmen der Anerkennung über die Verantwortungsfreudigkeit der Sozialdemokratie. Aber es gibt auch Ausnahmen und dazu gehört vor allem der Amsterdamer Telegraaf. Dieses Blatt hat die Geschmaclosigkeit bejubelt, in einer längeren Beleidigung über Hermann Müller folgendes zu schreiben:

„Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, wozu er in einem geliehenen Rock im Spiegelsaal des Verfaßter Schlosses erschienen sei, sei er eine wichtige Persönlichkeit in der deutschen Inlandspolitik geworden, obwohl man es ihm nicht ansehe. Er sei lärmhaft (slungelachtig) in seinen Manieren, trage auf seinen hohen Beinen ein mit den Jahren an Umfang zunehmendes Büchlein, und ohne seine beiden großen Brillengläser würde sein Gesicht vollkommen ausdruckslos sein. Seine Stimme ist ohne Klangfarbe, und was er zu sagen hat, höspelt er schnell ab.“

Wir würden über diesen Beweis deutsch-nationaler Gefinnungsfeindschaft hinwegsehen, wenn es sich bei dem Telegraaf nicht um ein Blatt handele, dessen Korrespondent seit Jahren in Berlin die Gastfreundschaft der Deutschen Republik genießt. Wir würden niemals daran denken, uns auch nur einen Augenblick gegen eine lächerliche Kritik zu wenden. Das Recht zur sachlichen Kritik an den Verhältnissen in Deutschland hat jedes Blatt des In- und Auslandes. Aber schließlich kommt es darauf an, wie diese Kritik geübt wird. Was sich der Amsterdamer Telegraaf geleistet hat, ist eine unerhörte Beleidigung des Reichsanzlers der Deutschen Republik, die nicht scharf genug zurückschwelen kann!

Nobile

Ein Held von bester Qualität!
Ist Nobile, der Polathlet,
Gepräsen sei sein Name! —
Ein jeder ehrfurchtsvoll steht:
Ein Meister der Kessame!

Wohin man sieht, wohin man spukt,
Steht Nobile in Fett gedruckt
Beim Duce, Welch Theater! —!
Das hat er Ihnen ja abgeguckt,
Italiens Heldenvater!

Wenn seine Mannschaft auch krepiert,
Ein General, den das geniert? —
Doch ich nicht heißtig lache! —
Man hat mit Leichen fastzuliert! —
Das stärkt den Feig der Mode!

Mit dieser 7300 Kilometer langen Strecke wollen sie Chamberlain's Streckenrekord Amerika-Deutschland brechen.

Schweres Straßenbahnunglück in Berlin

OE Berlin, 3. Juli.

Am Dienstagvormittag hat sich in der Nähe der Waisenbrücke ein schweres Straßenbahnunglück ereignet. Aus bisher noch unbekannter Ursache sprang an der Kreuzung der Straßauer und Neuen Friedrichstraße der Hänger eines Straßenbahnenwagens aus den Schienen, fuhr gegen einen Lichthof und kippte um. Die sämtlichen Insassen des Wagens, 10 bis 15 Personen, erlitten Verletzungen, die zum Teil eine Überfahrt ins Krankenhaus notwendig machten.

Wieder ein D-Zug entgleist

Stuttgart, 3. Juli.

Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Heute nachmittag 3,20 Uhr ist der D-Zug 59 von Stuttgart nach München bei der Entfaltung in die Station Ulm mit Lokomotive und Tender und dem nachfolgenden Postwagen und einer Achse des ersten Personenwagens entgleist. Ein Postbeamter hat eine Rettungskette erlitten. Zwei Reisende sind leicht verletzt worden. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ermittelt. Eine Überschreitung der Fahrgeschwindigkeit liegt nach den getroffenen Feststellungen nicht vor.

Typhuserkranckungen

In dem bei Siegburg gelegenen Algert erkrankten sechs Personen an Typhus. Die Erkrankten wurden in die Isolierabteilung des Siegburger Krankenhauses gebracht. Die Gefahr der Weiterverbreitung des Typhus besteht, da von Algert große Mengen Milch nach Siegburg gebracht werden.

Ein englischer Kreuzer gestrandet

Halifax, 2. Juli.

Der britische Kreuzer Dauntless (4650 Tonnen) ist innerhalb der Hafeneinfahrt im Nebel auf eine Sandbank aufgelaufen. Versuche an Menschenleben sind nicht eingetreten. Vier Stunden nach dem Unfall gab der Kommandant des Kreuzers Befehl zum Verlassen des Schiffes. Er erzielte auch allen um den Kreuzer versammelten Schiffen die Weisung, sich fernzuhalten, da die Gefahr besteht, daß der Kreuzer aneinanderbricht. Die aus 425 Mann bestehende Besatzung wurde mit ihrem persönlichen Eigentum auf Rettungsboote gebracht und an Bord zweier kanadischer Kreuzer gesetzt.

Gräßlicher Unfall auf einem Dampfer

Aus Lübeck wird berichtet: Als der Dampfer Dam der Travemünde-Linie eine Schiffbrücke passierte, wurde dem Schiff junger Hockpynner, der einen Hender zwischen Schiff und Brücke legen wollte, der Kopf vom Rumpf abgetrennt. Der Passagier bemächtigte sich einer großen Stregung. Die meisten Gäste verließen das Schiff, das erst später die Fahrt nach Travemünde fortsetzen konnte.

Gefährliche Verbrecher entwischen

Der gefürchtete Berliner Verbrecher Franz Kirsch, der in der Strafanstalt Sonnenburg eine mehrjährige Zuchthausstrafe verbüßt, ist am Montag gemeinsam mit einem Mitgefangenen, einem Paul Meethof, wiederum geflüchtet. Als Kirsch gegen 10½ Uhr in das Verwaltungsgebäude geführt werden sollte, gelang es ihm, zu entfliehen. Kirsch befähigt sich bereits seit dem Jahre 1905 als Verbrecher. 22 Jahre seines Lebens hat er bisher hinter harten Zuchthausmauern verbracht. 8½ Jahre Zuchthaus hat er noch zu verbüßen.

Zusammenstoße beim Stahlhelmtag

Beim Stahlhelmtag in Bregenz kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlern und Rothäntzern. Als der Stahlhelm am Sonntag auf dem Seebadplatz eine Gedächtnissfeier für die Gefallenen abhielt, wurde er von Rothäntzern angegriffen, denen die Abhaltung eines Antifaschistentages verboten worden war. Bremer Schupo griff ein. Bei den Zusammenstößen gab es 18 Verletzte. Sieben Personen sind verhaftet worden.

Gerichtsstaat

Werkwürdige Kontrolle

Dieser Tage stand vor dem Gemeinsamen Schöffengericht ein Mann wegen Amtsverbrechens, der bisher bei seinen bürgerlichen Klassengenossen im besten Ruf und Asehen gestanden hatte. Es war der frühere Bürgermeister von Bornitz bei Orlitz, Schmiedemeister Richard Kreßler. Seit rund 25 Jahren jungfräulich er als Bürgermeister, und bei der Orlitzer Amtschäpmannschaft gilt er als das Muster eines Bürgermeisters. Das Vertrauen machte sich der vorbildliche Bürgermeister zunutze. Allerdings stand er auch unter einer Kontrolle, die sehr merkwürdig verliefen muß. Die Amtschäpmannschaft kündigte ihm ihre Kontrollen stets vorher an, so daß Herr Kreßler stets gewarnt war und Verteilungen treffen konnte, die eine Abstufung seiner Verschwendungen unterbanden. So hat er seit 1924 rund 7500 M. ihm anvertraute Gelder unterlagen und füllt sich verbrauchen können. Er vernichtete Postabschriften und buchte falsch. Käufliche Akten beiseite und den Gemeindevertretern legte er gefälschte Abrechnungen vor. Schließlich schäppte der Gemeindeschäftele über doch Verdacht, veranlaßte eine Revision, die ausnahmsweise nicht vorher angekündigt wurde, und siehe da, es stellte sich sofort ein Fehlbeitrag von 1000 M. heraus. Doch Kreßler wußte sich zu helfen. Er dorgte sich von einem nichtsahnenden Nachbarn holen, der 1000 M. und redete sich mit allerhand Ausflügen heraus. Das Prestige des seriösen Bürgermeisters siegte noch einmal. Doch bei einer bald folgenden zweiten gründlicheren Revision wurden einige Fälschungen in den Büchern festgestellt, und nun war es mit dem Bürgermeister Kreßler für immer vorbei. Er wurde wegen schwerer Amstunterstellung zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt; das Gericht sprach ihm außerdem die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren ab.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:</p

VOLKSHAUS

Jeden Tag tritt die

Ananas-Bowle

Wird auch über die Straße abgegeben

Neues Theater.

Augstudiengang Berliner 214/15

Mittwoch, den 4. Juli 1928

125. Kurzspiel-Bühne, 14. Folge, dramatisch

mit der neuen Aussetzung

Das Glöckchen des Eremiten.

klassische Oper in 3 Akten, nach dem Vortheil von

dem Vortheil und Coenon, deutsche Bearbeitung von

G. Ernst, Musik von Hugo Maßkant.

Wissenschaftliche Bearbeitung: Wilhelm Schlesinger

Aussetzung: Heinz Holmann

Personen: Ebibaut, ein reicher Vägler (Hans Haußel); Georg, seine Frau (Eduard Wohlleben); Béatrice, Dragoner - Unteroffizier (Walter Spiller); Chloé, erster Sohn des Ebibaut (Oskar Heidrich); Rose Grisot, eine alte Dame (Elisabeth Gerhardt-Schäffer); Ein Prediger (Albert Holländer); Ein Dragoner (Walter Hoffmann); Eine Dragonerin (Karin Walter); Ein Dragoner (Walter Hoffmann); Eine Panzerin (Anneliese Glaeser).

Dragoner, Panzer und Pässerinnen.

Zahl der Handlung: 1794, gegen das Ende des Ersten Weltkriegs. Scene: Ein französisches Gebürg, doch nicht weit vor der deutschen Grenze.

Fabrikalideale und technische Erfahrung: Otto, Werke

Die Dekorationen wurden in den Werkstätten der Städtischen Theater unter Leitung von Emil

Sonnefeld gemacht.

Uraufführung nach dem 1. und 2. Akt

Einl. 10 Uhr, Aufgang 19½ Uhr, Ende gegen 22½ Uhr

Preise der Plätze 10 Pf., 12½ Pf., 20 Pf.

Donnerstag, den 5. Juli, 10 Uhr: 125. Uni-

Bearbeitung (4. Folge, dramatisch). Der Vorberater von

Sevilla.

Freitag, den 6. Juli, 19½ Uhr: Hoffmanns

Erfahrungen.

Die neuen Aussetzungen werden

ab 8. Juli 1928 von 10 bis 11 Uhr am

der Tageszeit ausgegeben.

Altes Theater.

Nichard-Wagner-Alley Berliner 214/15

Täglich 20 Uhr

Commerzvereite

Min Chocolate

Lustspieloperette in drei Akten von Hans Regina

von E. S.

Musikalische Bearbeitung u. Leitung: W. Schleusinga

Aussetzung: mit Bildern von W. Bräuer-Mann

Ersteller: Die verjüngte "Metzger-Berlin-Varieté"

Am Stützpunkt: Eva Böhl, Marita Müller

Personen: Bibi (Eduard Wohlleben)

Albert (Walter Spiller); Ebibaut (Eduard

Wohlleben); George (Heinrich Kroll); Maxine (Eduard Wohlleben); Dorothea (Bettina

Heger); Jean (Rummerklemm) (Helene Reppberg)

Urt.: Ein Komödiant. — Oel. — Vorber.

1. Akt: In der Wohnung eines Antiquitätenhändlers, 2. Akt:

Einen Tag später in der Wohnung des Bibi;

3. Akt: 4 Wochen später in einem Bergungsunter-

hof

Zwei Tage später ein zweiter Tag

und dem 1. und 2. Akt

Einl. 10½ Uhr, Aufgang 19 Uhr, Ende gegen 22 Uhr

Preise der Plätze 10 Pf., 12½ Pf., 20 Pf.

S. Seidel-Sänger S. S. Singspiele

Thomaskirchhof 10 Telefon 26664.

Täglich abends 8 Uhr:

Gastspiel der

Dresdner Elite-Sänger.

Wieder alles neu!

Komikerwettstreit!

Alfons — beherrsche Dich!

Brauhaus Riebeck

Mainstraße 17/19 — Nähe Markt

Täglich nur kurzes Gastspiel

Solo-Quartett „Bardensang“

mit starkem Orchester

Kapelle Bruno Moßner

Das gute Riebeck-Bier

Bier- und Speisegasthaus

„STADT ZETZ“

Inhaber Richard Klösser

Gemütl. Aufenthalt :: Gut gepflegte Biere

Sonnabend Schwanknachten

Freitag Schlachtfest

Stornvorleserstr. 31 — Fernruf 107561

Geräucherter fetter Speck

Pfund 85,-

Blutwurst | Leberwurst 75,-

auch geräuchert, empfohlen in Postkofferten

per Nachnahme frisch

Hugo Fechner

Auerstedt i. Thür.

Panorama-Garten

Zäglich große Konzerte

4½ Uhr nachmittags, 7½ Uhr abends, ausgeführt von erstklassigen Musikkapellen,

Jeden Sonntag

Frühstückspausen-, Nachmittags- und Abend-Konzerte

Neuer Schützenhof

Heute Mittwoch

Großes Militär-Konzert

(ehemalige Militärmusiker) verbunden mit

Riesen-Pracht-Feuerwerk

Ausschank der vorzüglichen Naumann-Biere Bürgerliche Küche

Telephone 10311

Zoologischer Garten

mit Aquarium

Hier eröffnet: Die Freianlagen

Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr:

Großes Garten-Konzert

des Leipziger Post-Orchesters (60 Mann)

Morgen, Donnerstag, abends:

Großes Garten-Konzert

des Vereins ehemal. Militär-Musiker (60 Mann)

Festschriften an der Kasse des Zoo erhältl. Stück 450.

PLANETARIUM

Vorführungen: Täglich nachm. 16 Uhr; außerdem jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr

Gute Bücher kaufen Sie

in der

Leipziger Buchdruckerei AG

Alt. Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Schaupielen.

September 1928. Dir. H. Biehnen, Tel. 10267/32113

Mittwoch, den 4. Juli 1928

Mit Bernhard Wildenhain

Zum 5. Weile

Unter Geschäftsausflug.

Schau in 3 Akten von Ernst Arnold und Ernst Bach

Geist Bach.

Die Scene gesetzt von Bernhard Wildenhain, Bernhard Stracke, Eduard Gatzschke, Paul Böltner (Bernhard Wildenhain), Emilie Böhl (Eduard Gatzschke); Marlene, dessen Tochter (Eduard Gatzschke); Georg Schilling, Chef des Kinos Theodore Schilling nach (Karl Höhn); Konstanze (Eduard Wildenhain); Silke, dessen Tochter (Eduard Gatzschke); Wolf Anger, Sängerin (Eduard Gatzschke); Leopold, Oberleutnant am Polizei-Theater (Ernst Bach); Ruth, Schaffnerin (Eduard Gatzschke); Max, Bühnspieler, Bühnenbildner (Eduard Gatzschke); Wolfgang Engel, Bob, Sommerkönig (Eduard Gatzschke); Otto Müller, Seefahrer (Kurt Schmid); Gustav (Eduard Gatzschke); Otto (Eduard Gatzschke); Carl (Eduard Gatzschke); Paul (Eduard Gatzschke); Helga (Eduard Gatzschke); Greta (Eduard Gatzschke);

Das Stück spielt an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in Berlin, etwa Anfang September.

Der erste Tag spielt im Bureau der Kirma Dr. Schilling nach, der zweite und dritte Tag bei

Pauls nach dem 2. Akt

Einl. 10½ Uhr, Aufgang 19 Uhr, Ende 21½ Uhr

Täglich 10 Uhr:

Mit Bernhard Wildenhain

Unter Geschäftsausflug.

Schau in 3 Akten von H. Arnold und E. Bach

Preis-Ausflugsreise!

Weltreise Siehe

Mit den Ausflugssätzen von Unter Geschäftsausflug

Schau in 3 Akten von Ernst Arnold und Ernst Bach wird ein Preisabschlag verhängt. Es ist die

Zeige zu beachten:

Warum kommt die Unter Geschäftsausflug

war „Unter Geschäftsausflug“

Die Antwort auf diese Frage ist:

Die wichtigsten Antworten erhalten:

einen 2. Preis von 300 Mark

“ “ “ 150 “

10 Kreuzerpreise von je 10 Mark

Preisreise:

Bernhard Wildenhain, Ernst Arnold, H. Stracke,

Hilma Neumann mit dem Wettbewerb „Brotkönig“ sind ab 1. August 1928 verschlossen an das Schaukabinett zu finden. Die benötigte Eintrittskarte ist ab dem Kino zu bezahlen. — Die preisgekrönten Kämpfer werden am 10. August 1928 verhängt.

Weltreise des Schaukabinetts und deren Ausgabe sind vom Preisabschreiben ausgeschlossen.

* Der Begriff „Unter Geschäftsausflug“ kann auch weiter gelten werden, z. B. jeder Chemnitzer befindet sich u. G.

Wir eröffnen

Donnerstag, den 5. Juli 1928, bormittags 8 Uhr

unsere

31. Fleisch-Verteilungsstelle - Nr. 141

Nordstraße, Ecke Reißstraße

Wiederum übergeben wir eine modern eingerichtete Verteilungsstelle dem Betrieb und bitten um rege Zuspruchnahme

Konsumentverein

Leipzig-Vielitz und Umgegend - E. G. m. b. H.

Die Benutzung aller konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen

ist nur unseren Mitgliedern gestattet

Mitgliederzutritts in allen Verteilungsstellen

Statt Karten!

Für die anlässlich unserer Silberhochzeit und Geschäfts-Jubiläums erwiesenen Ehrungen. Glückwünsche und Aufmerksamkeiten sprechen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank aus.

Die Erklärung des Reichskabinetts

Berlin, 3. Juli.

Die Tribünen sind schon längere Zeit vor Sitzungsbeginn dicht besetzt.

Der Präsident verliest das Schreiben, in dem Reichskanzler Müller dem Reichstag seine Ernennung mitteilt und die Mitglieder seines Kabinetts aufzählt. (Abg. Torgler (Komm.) ruft: Lauter Namen, aber keine Köpfe! — Heiterkeit.)

Hierauf nimmt der Reichskanzler das Wort. Die Kommunisten empfangen ihn mit Rufen: „Der Generaldirektor kommt!“

Reichskanzler Müller-Franken

Der Wahlkampf hat der Welt bewiesen, daß das Deutsche Reich nach den schweren Nachkriegsjahren in einer Periode ruhiger und steter Entwicklung getreten ist. Entschiedenes Weiterarbeiten auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschrittes entspricht dem Willen, den das deutsche Volk bei der Reichstagswahl bestimmt hat. Solchem Ziele dient die Zusammensetzung der Reichsregierung. Beruht sie auch noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage, so hat doch ihre Zusammensetzung die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. In der

Außenpolitik

werden wir an der bisherigen Grundlage, dem Willen zur friedlichen Verständigung unter Bericht auf den Gedanken der Revolution, festhalten. Dabei werden wir das Ziel weiter verfolgen, Deutschland eine gleichberechtigte Stellung unter den Nationen zu sichern und in aufrichtiger Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas hinzuwirken. Nur noch 1½ Jahre trennen uns von dem für die Räumung der zweiten Zone vorgesehenen letzten Beratungstermin. Bleibe die Räumungsfrage einzach dem Zeitalter auf überlassen, so wäre damit eine bedenkliche Gelegenheit verjüngt, die Politik der Verständigung in die Tat umzuführen, obwohl alle Voraussetzungen dafür gegeben waren.

Im Völkerbund, an dessen Aufgaben wir loyal mitarbeiten wollen, sehen wir einen der wichtigsten Faktoren des internationalen Lebens und damit auch der Förderung des nationalen Interesses. Im Vordergrunde unseres Interesses steht dabei die Frage der allgemeinen Abrüstung. Die Entwaffnung Deutschlands ist bis zum letzten Ende durchgeführt. Deutschland war der erste Staat, der dem amerikanischen Rat zur Reduzierung des Krieges ohne Vorbehalt zustimmte. Die Welt muß sich aber darüber klar werden, daß es auf die Dauer ein unmögliches Zustand ist, daß ein großes Land wie Deutschland einszeitig abgerüstet sich inmitten von Ländern befindet, die bis an die Zähne bewaffnet sind.

Bon entscheidender Bedeutung für die gesamte Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands auf lange Jahre hinaus ist auch

die Reparationsfrage

Deutschland hat nach dem Sachverständigenplan seine Verpflichtungen regelmäßig und pünktlich erfüllt. Die Sachverständigen selbst aber haben diesen Plan nur als vorläufige Regelung bezeichnet. Jetzt ist die Entwicklung weit genug fortgeschritten, um die Überprüfung zu festigen, daß die baldige Herbeiführung der Endlösung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist. Der Erfolg hängt davon ab, daß auf dem Wege gegenseitiger Verständigung nach den Methoden einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und selbstverständlich unter Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung des deutschen Volkes vor-gegangen wird. Die

Innenpolitik

erfordert die Ausführung des Sachverständigenplans. Die Reparationszahlungen können nach den eigenen Worten der Sachverständigen auf die Dauer nur aus wirklichen Überschüssen der deutschen Wirtschaft geleistet werden. Die Reichsregierung wird alle Bestrebungen zur weltwirtschaftlichen Verbesserung der deutschen Volkswirtschaft unternehmen, um die deutschen Wirtschaftskräfte zu stärken. Die neue Reichsregierung nimmt die vorbehaltlose Anerkennung der Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz für die bisherige Reichsregierung auf. Sie wird sich insbesondere für die Senkung der Zolltarife durch internationale Vereinbarungen einsezten.

Die Reichsregierung sieht Handelsverträge mit den östlichen und südostlichen Staaten als eine wesentliche Aufgabe an, sie begrüßt, daß die Verhandlungen mit dem Stammesverband Oesterreich eingeleitet haben und wird auch den Weg autonomer Maßnahmen auf dem Gebiete des Zolltarifs beschreiten.

Die vom Reichswirtschaftsrat bereits begutachteten Vorschläge einer autonomen Zollsenkung für in Handelsverträgen nicht verwertbare industrielle Positionen des deutschen Zolltarifs werden den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlusshaltung vorgelegt.

Preisgestaltung auf dem inneren Markt.

Zu ihrer Beeinflussung muß die Leitung eines Staatswesens den unbedingt nötigen Überblick und Einblick in die Kartells, Trusts und ähnliche Organisationen haben, um sich ein Urteil über Art und Auswirkung ihrer Betätigung bilden und ihre Maßnahmen entsprechend einzustellen zu können. Entsprechende Vorschläge einer Erweiterung der Kartells- und Monopolgesetzgebung, insbesondere nach der Richtung einer Einbeziehung der den Markt beherrschenden Großunternehmungen, werden nach ihrer Fertigstellung vorgelegt. Mit besonderer Sorgfalt verfolgt die Reichsregierung die Entwicklung der Verhältnisse im Steinkohlenbergbau. Die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in Wirtschafts- und Sozialpolitik nach Art. 165 der Reichsverfassung soll durch den Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der demnächst vor dem Reichstag kommt, gefördert werden.

Die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft ist im Interesse eines gelundenen Aufbaues des Deutschen Volkes unumgänglich notwendig. Deshalb sollen die Maßnahmen des Reichs zur Förderung der Bodenverbesserung und Hebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung fortgeführt werden, ebenso alle modernen Mittel zur Steigerung der Erträge.

In der

Sozialpolitik

beabsichtigt die Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommen's über den Arbeitsmarkt; der vom Reichstag bereits verabschiedete Entwurf eines Arbeitsmarktgesetzes soll alsbald vor dem Reichstag kommen, und zu seiner Ergänzung ein Bergarbeitsgesetz. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wird sich erst in Zukunft voll auswirken können, denn auf diesem Gebiete sind Vergütungen von Jahrzehnten nachzuholen. Rechtzeitig vor dem Winter muß die Frage der Stellung der Saar- und Arbeiter in der Arbeitslosenversicherung geklärt werden. Die Dauer der Krisenunterstützung für ältere Angestellte und Arbeiter soll verlängert und weiter geprüft werden, ob rücksichtsloser Entlassung älterer Angestellter wirksam gesteuert werden kann. Der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande soll entgegengewirkt und das Bestreben zur

Umschulung von Arbeitsräten und Erleichterung der Freizeitaktivität unterstützt werden. — Die Reichsversicherung soll einfacher, wirtschaftlicher und ertragsgünstiger gemacht werden. Namentlich werden die Versicherungsträger noch härter auf vorbeugende und verhindrende Maßnahmen sich einstellen, auf Bekämpfung der Volkstrunkenheit und Schutz gegen Arbeitsunfälle. Es wird zu erwarten sein, ob und inwieweit die Versicherungspflichtigen zu erweitern ist. Das Ziel der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu bestreiten, entspricht dem einmütigen Empfinden des Deutschen Volkes. Die Reichsregierung wird die Kleinrentner-Hilfe auf eine von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage stellen.

Die Wohnungsnos

veranlaßt eine besondere Fürsorge für die Erhaltung des Altwohnraums und den Bau neuer Wohnungen, wobei die Bedürfnisse der unbemittelten und minderbemittelten wohnungslosen Volkstreite, vor allem der neugegründeten und der kinderreichen Familien sowie der unmittelbaren Kriegsopfer hervorragend zu berücksichtigen sind. Auch andere Maßnahmen zur Entlastung kinderreicher Familien werden getroffen. Die Neubaumieten sollen auf exzäglicher Höhe gehalten werden, u. a. durch Abwehr ungerechtfertigt ansteigender Bodenpreise und rationelle Gestaltung des Bauwesens. Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus werden alle Kräfte der gemeinnützigen und privaten Bauwirtschaft herangezogen. Die Regierung wird die vom Reichsrat beschlossene

Initiativ-Vorlage über den Verfassungstag

unverzüglich beim Reichstag einbringen. Es ist selbstverständlich, daß sie die Verfassung gegen jeden geschwätzigen Angriff, gleichviel von welcher Seite er kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen wird.

Das geltende Wahlrecht weist Mängel auf, die zu einer Entfremdung des Gewählten von den Wählern und zu einer Spaltung des Parteiwesens führen. Aufgabe der von der Reichsregierung in Angriff zu nehmenden Wahlrechtsreform wird die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßig festgelegten Systems der Verhältniswahl aber zugleich die Sicherstellung einer engeren Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sein. In der

Schulpolitik

wird die Reichsregierung die Lösung des weittragenden Problems des Reichsschulgesetzes im Sinne der Erhebung und Verbesserung des hochwertigen deutschen Schulwesens anstreben. Dabei ist die Stellung der Schule als eines der Staatshoheiten unterliegenden Organismus, dessen Aufbau und Gliederung auf den Bestimmungen der Reichsverfassung beruht, das Recht der Religionsgesellschaften bezüglich des Religionsunterrichts und die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit unter Berücksichtigung der Elternrechte zu

Die Wehrmacht

der Deutschen Republik wird ihre Aufgaben — Schutz der Grenzen und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern — nur dann wirklich erfüllen können, wenn sie im Volke wurzelt und von Vertretern aller Bevölkerungsschichten geprägt wird. Dafür ist eine rein volkstümliche und überparteiliche Einstellung erforderlich. Der Parteidiskurspunkt muß ausgeschaltet werden, damit jeder Deutsche trotz auf unsere Wehrmacht sein und in ihr nur den Helden und Schützer sehen kann. — Bei der Fortführung der

Strafrechtsreform

wird namentlich die Frage der Besteigung der Todesstrafe zu entscheiden sein. Schon jetzt wird die Reichsregierung bei den Landesregierungen anregen, bis dahin das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Bei dem Strafrechts-Reformkredit ziehen sich zum erstenmal seit langer Zeit Oesterreich und Deutschland die Hannd zu gemeinsamer Gesetzesarbeit, die uns den ersten großen Schritt zur Richtiggleichheit der Deutschen bringen soll. Bei den Amnestie-Anträgen hofft die Reichsregierung, daß der Reichstag sich über Umfang und Grenzen verständigen wird und legt besonderen Wert darauf, daß durch eine beschleunigte Behandlung der Anträge die gehegeberische Lösung der Aufgabe noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zum Abschluß gelangt.

In der

Steuerpolitik

wird zu prüfen sein, inwieweit die drückende Steuerlast der mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung eine Erleichterung erfahren kann. Namentlich unter Berücksichtigung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und der Lage der Reichsfinanzen wird zu prüfen bleiben, ob eine mäßige Senkung des Tarifs in den unteren und mittleren Stufen der Einkommensteuer durchführbar erscheint. Erst in Herbst wird man sich ein Urteil hierüber bilden können.

Worringlich erscheint die Frage, wieviel bei den Einkommen bis zu achttausend Mark, sei es, daß sie dem Wohnabzug unterliegen, oder veranlagt werden, eine Erleichterung angestrebt werden soll, angesichts der Tatsache, daß das Einkommen an Wohnsteuer in den vergangenen Monaten des Rechnungsjahres Betrage erreicht hat, die eine Überschreitung der gesetzlich festgelegten Höchstsumme erwarten lassen.

Bei der Vermögenssteuer sollen die 40 Millionen nach erhoben werden, die 1926 ausgefallen sind.

Die Reichsregierung stimmt mit der Länderkonferenz und der Gesamtheit des Volkes darin überein, daß die gegenwärtige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern einer grundlegenden Reform bedarf. Sie erfordert eine starke Reichsregierung mit Berücksichtigung der vielfältigen Eigenarten des deutschen Volkslebens. Die Reichsregierung wird in enger Zusammenarbeit mit den Ländern herbeigeführt.

Der Kanzler schloß mit der Erklärung, daß dieses eingehende Programm nur dann in die Tat umgesetzt werden könne, wenn die Krise der Krisen beendet und die politische Lage so gesichert und fest ist, daß die ganze Kraft der Reichsregierung sich auf die Erledigung der ihr obliegenden Aufgaben konzentrieren kann. Die Regierung, so erklärte er, nimmt für sich die Führung auf dem Wege des Wiederaufbaus in Anspruch und verzerrt darauf, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses hinter dem Programm der Reichsregierung steht.

Die Regierungserklärung wurde oft durch Beifall und Jubel声援 von Sozialdemokraten und der Mittelparteien wiederholt auch durch höfliche Jurate der Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen. Der Kommunist Leo von Klenze legte auf den Tisch des Hauses einen Entwurf vor, der die Kommunisten riefen: „Die SPD selbst euch ein!“

Präsident Löbel rief schließlich den Abgeordneten Torgler (Komm.) wegen fortgesetzter Unterbrechungen zur Ordnung.

Am Schlus des einflussreichen Reden des Reichskanzlers kamen von den Sozialdemokraten und den Mittelparteien lebhafte Beifall und Jubel声援.

Auf Vorschlag des Präsidenten vertagte der Reichstag um 4½ Uhr die Aussprache über die Regierungserklärung auf Mittwoch 12 Uhr.

Zodesurteil gegen den Mädchenmörder

Kiebach

Trotz festgestellter erblicher Belastung!

SPD. Der Mädchenmörder Kiebach, der im Dezember v. J. die 20jährige Dora Perske im Eisenbahnzug niederschlug und verärgerte, wurde am Dienstag vom Landgericht II in Berlin zum Tode verurteilt. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete ebenfalls auf die Todesstrafe, da „unzweifelhaft Mord vorliege.“

Zu Verlauf der Verhandlungen wurde u. a. die Frau des Arbeiters Buettgen vernommen, der Kiebach zur Anzeige gebracht hat. Die Zeugin erzählte, daß ihr Mann, der früher einmal in Beziehungen zu der Schwester Kiebachs gestanden habe, eines Tages mit der entsetzlichen Mitteilung gekommen sei, daß Kiebach zu der Tat befasse. Sie habe sofort auf eine Anzeige bestanden, ohne daß ihr Mann dem entsprochen hätte. Buettgen habe auch ein Paket mitgebracht, in dem sich zerstreuende Sachen, darunter ein Schlips und blutige Handschuhe, die mit der Tat in Verbindung standen, befanden. Wiederholte habe es Streit zwischen ihrem Ehemann und ihr gegeben, weil er es ablehnte, der Polizei von den Neuerungen seines Freunds Mitteilung zu machen. Anschließend wurde der Ehemann der Zeugin, der Arbeiter Heinrich Buettgen, vernommen. Er ist viermal, insbesondere wegen Diebstahls, vorbestraft und hat Kiebach im Gefängnis kennengelernt. Der Zeuge machte einen etwas bedrückten Eindruck. Er wird nach seinen eigenen Darstellungen wegen seiner Anzeige von gewissen Kreisen nach wie vor verfolgt. Buettgen gibt zu, daß er mit Kiebach gelegentlich einmal einen gemeinsamen Einbruch vorbereitet habe und ganz überredet war, als ihm sein Freund mitteilte, den Mord an der Dora Perske begangen zu haben. Das bei der Tat verwendete Eisenlineal und das Paket mit den zerstreuenden Kleidungsstücke habe ihm Kiebach am Abend nach der Tat übermittelt. Über das Verbrechen selbst habe sein Freund erzählt, daß die Perske sehr gewalttätig hätte. Er habe von dem harren Schädels eines Opfers gesprochen und erklärt, daß er deshalb immer wieder zugeschlagen habe, bis das Mädchen bewußtlos zusammenbrach. Außerdem hätte er geäußert, daß selbst wenn die Dora Perske zum Bewußtsein kommen sollte, ihr Verstand infolge der furchtbaren Schläge herabgemindert sein würde und sie ihn gar nicht wiedererkennen könnte. Auch von einem Kaiser messer, das er unter Umständen verwendet haben würde, habe Kiebach gesprochen. Der Zeuge schloß seine Befunden mit der Feststellung, daß er ohne seine Frau den Kiebach nicht angezeigt haben würde.

Unter starker Bewegung im Saale wurde die Mutter des Angeklagten verhört. Sie behauptet, daß insbesondere der Vater, der gelegentlich trinke und hin und wieder roh zu dem Angeklagten war, an dessen Elend viel Schuld trage. Der Vater selbst verweigerte die Auslage, während die Schwester des Verbrechers ebenfalls einen großen Teil der Schuld auf ihren Vater abwälzte und ihn als Trinker bezeichnet. Die Zeugin veranlaßte den Vater, mit lauter Stimme dazwischen zu rufen: „Unsinn, ich bin nie betrunken gewesen!“ Der Vorsitzende ermahnte daraufhin den Zeugen, sich zu mäßigen. — Die Braut des Angeklagten erwiderte auf eine Anfrage des Vorsitzenden, daß sie die Begelebungen der Kiebach noch nicht gelöst habe, sie blieb daher unverheiratigt.

Der Angeklagte nahm das Urteil gelassen hin.

Hindenburg und der Stahlhelm

Die Verfassung muß geändert werden

SPD. In Oppeln fand am 1. Juli ein Stahlhelmtag für die beiden Provinzen des preußischen Schlesiens statt, zu dem neben bekannten Industriellen aus dem oberösterreichischen Industriebezirk auch August Wilhelm und Wilhelm Hohenlohe Jr. erschienen waren. Bemerkenswert waren die Ansprachen der beiden erschienenen Bundesführer. Der Generalissimus Seldte hielt eine betont politische Rede, in der er die Forderung nach alternativem Rechts-politik unterstrich. Der Stahlhelm, meint Herr Seldte, müsse seine Forderungen viel stärker herausarbeiten und die Bildung eines Rechtoblocks zur Aenderung der Verfassung verlangen. Die Forderung des nationalen Gedankens sei sehr notwendig in einer Zeit, in der Beamte des Staates eine Sprache führen, die der Stahlhelm nicht mehr als die eines Deutschen ansehen könne. Wie die Rote Armee war auch die Ansprache des zweiten Bundesführers Oesterberg deutlich gegen die nicht genügend nationalen Deutschnationalen gerichtet. Unter starkem Beifall betonte er, daß der Stahlhelm nicht nur zum Feiste seien und für die Wahlen da sei. Man will also aktiv politisch werden, sagen jagen die nationale Knochenverwaltung der Deutschnationalen — nach Auffassung des Stahlhelms — bekämpfen und dafür sorgen, daß die Verfassung, natürlich im monarchistischen, zum mindesten im Sinne einer Diktatur, geändert wird.

Unbedachtet dieses sehr eindeutigen Charakters der Veranstaltung, hat es sich das Ehrenmitglied Hindenburg nicht nehmen lassen, die Tagung mit einem Begrüßungsredegramm zu befehlen. Der Präsident der Republik bekannte sich also offen und demonstrativ zu einer Organisation, die ebenso offen eine Änderung der Verfassung, natürlich im antirepublikanischen Sinne, fordert — Unbegreiflichkeit einer Republik.

Der Faschistenterror in Litauen

Notschrei eines Geflüchteten

SPD. Wilna, Ende Juni. Der Zustrom an Flüchtlingen aus Litauen hat in letzter Zeit wieder stark zugenommen. Täglich treffen hier Angehörige linker Parteien aus Litauen ein, teils direkt, teils über Riga kommend, die sich den unerträglichen Verfolgungen und Gewaltmaßnahmen der Bolemeras-Regierung entzogen haben. Einer dieser Flüchtlinge, namens Leopold Ruska, hat sich in abenteuerlicher Weise aus dem berüchtigten Konzentrationslager in Marna retten können. Er erzählt über seine Flucht folgendes: Das Leben im Konzentrationslager von Marna ist furchtbar schwer zu ertragen. Für die geringsten Vergehen werden die Gefangenen geschlagen, gequält und in heftige, unterdrückende Kerker geworfen. Immer wird mit verschlungenen Fingern die Füße gebrochen, wenn die Polizei nur eine leise Unterhaltung der Gefangenen bemerken. Es ist höchste Zeit, daß sich die Kulturrölker einmal diese Zustände kümmern.

Der Gedanke zur Flucht beschäftigte mich schon lange, und in alter Stille bereitete ich mich darauf vor. Der geeignete Moment zur Flucht war der Sonntagabend, als ein starker Gewitter herausbrach. In der Nacht brach ich aus dem Ausgangstür zum Korridor auf und ließ mich durch das Fenster an einem Eisenrahmen in den Hof hinunter. Mit mir versuchten noch acht andere Schicksalsgenossen die Flucht. Alle neun gelangten mit Glücklich ins Freie und trennten uns dann, um auf verschiedenen Wegen die Grenze zu erreichen. Später hörte ich, daß alle gefangen genommen wurden. Ich blieb zunächst mit dem ehemaligen Abgeordneten des Seins, Radis, zusammen. Als wir nun Kilometer weit entfernt waren, kamen uns die Verfolger auf die Spur. Radis eilte in den Wald und wurde, wie ich später hörte, gefangen. Ich war in den vorbereiteten Bach und blieb etwa zwei Stunden im Wasser. Dann schwamm ich mich weiter durch Sümpfe und Wälder zur Grenze durch.

Stellungswchsel der Schwerindustrie

Wir veröffentlichen den folgenden, der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 26 entnommenen Artikel, weil er Tendenzen der Unternehmerschaft aufzeigt, die der aufmerksamsten Beachtung der Arbeiterschaft wert sind.

Die westdeutsche Schwerindustrie hat in den letzten Wochen in mehreren Kongressen zu Problemen der Gegenwart Stellung genommen. Anfang Juni fand ein sogenannter "Deutscher Bergmannstag" statt, einige Tage später waren die Herren vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zusammen und am 19. Juni tagte in Düsseldorf eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnauverein). Auf all diesen Tagungen hat man sich lebhaft mit der sozialen Frage beschäftigt. Der Bergmannstag und das Parlament der Eisen- und Stahlindustrie stellen gewisse Forderungen auf, die unbedingt erfüllt werden müssen. Auf dem Deutschen Bergmannstag waren es fünf Punkte und Herr Dr. Reichert vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hatte sogar 10 Gebote aufgestellt. Letztere waren an die in der Bildung begriffene Regierung gerichtet. Greifen wir das heraus, was für die Arbeiterschaft von besonderem Interesse ist. Die Forderungen des Bergmannstages erwähnen wir bereits in einem früheren Artikel. Unter den 10 Geboten, die Dr. Reichert aufstellt, befinden sich folgende, die sich mit der Sozialpolitik beschäftigen: "Aufhebung des Schlichtungzwanges in den Lohns- und Gehaltsregelung und Wiederherstellung der Selbstverantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Lohn- und Gehaltsverhandlung, Vereinfachung und Verbilligung der Sozialversicherung und Senkung der sozialen Abgaben. Sicherung der Kapitalfreiheit, ebensowohl für die Unternehmer wie für die Arbeiter."

Die Forderungen des Bergmannstages und diejenigen der Eisenindustrie gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Die Männer der Kohle und des Eisens verlangen nicht mehr und nicht weniger als Beendigung der Tarifverträge, der Arbeitszeitblöcke und die Konsolidierung der Gewerkschaften. Denn was soll man weiter denken, wenn vom Bergmannstag "freie Arbeiter" gefordert werden, die vollständig losgelöst von jeder Bindung arbeiten sollen? Dies verlangen ausgerechnet jene Leute, die Duhenden von Organisationen angehören, deren Industrien fast ausschließlich nach verschiedenen Richtungen gebunden und überhaupt organisatorisch derartig verknüpft sind, wie es ein zweites Mal in derartiger Form in der ganzen Welt nicht anzutreffen ist. Wir haben noch nie davon gehört, daß diese Herren freie, d. h. unorganisierte Unternehmer gefordert hätten, die ihre Produkte selbst verkaufen können und auch sonst von der Votumslösung ihrer Organisationsbestimmungen bestreit sind. Eine Inkonsistenz mithin, die kaum zu übersehen ist.

Der Langnau-Verein hatte seine Tagung in Düsseldorf. Die Tagung am 19. Juni war wie immer sehr zahlreich besucht. Die führenden Industriellen und Leiter der großen Konzerne Westdeutschlands waren geschlossen anggetreten. Die Sparten sämtlicher Behörden, zahlreiche Vertreter der rheinisch-westfälischen Universitäten und Hochschulen, der Banken, des Handels und des Verkehrs kamen in hellen Scharen. Mehr als 800 Personen füllten die Tonhalle. Auf der Rednerliste standen als Hauptredner zwei Demokraten, der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Achhoff und der süddeutsche Industrielle Dr. Wieland. Damit sollte wahrscheinlich der Schein erweckt werden, als stände diese Tagung unter einem besonders günstigen Stern.

Der Vorsitzende des Langnau-Vereins, Generaldirektor Dr. Paul Reusch, nahm, wie immer, einleitend das Wort, um dem Ganzen das Gepräge zu geben. Reusch sprach von der Unentbehrlichkeit der deutschen Industrie; er wied daran hin, daß die Wirtschaft keine Wohlfahrtsseinrichtung sei, ritt das Stedensdorf vor den sozialen Lasten, glaubte die badeurische Tatsache feststellen zu müssen, daß mehr Roggenbrot als Weizenbrot gegessen würden und jammerte über den stark angestiegenen Zigarettenverbrauch. Nur Männer, welche sich nicht von Wohlhabenden und Massengenossen beeinflussen lassen, werden in der Lage sein, die Verhältnisse zu meistern." Von dem neuen Reichstag erwartet Herr Dr. Reusch, daß er "Wirtschaft" mit weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen verschonen möge. Die bürgerlichen Parteien bekommen einen Hilfsfall, weil sie sich in der Vertretung marxistischer Anschaufungen gesetzlich überbetont und es ihnen leider an dem nötigen Mut fehlt, für ihre Weltanschauung zu kämpfen." Dann kommt der Knallsatz der ganzen Rede:

"Das Unternehmertum befindet sich seit Kriegsende bei der Vertretung seiner Belange fast immer in der Defensive; es wird zu prüfen sein, ob es durch die Entwicklung der Verhältnisse nicht gezwungen wird, die bisherige Haltung zu ändern. Auch der Gedanke wird erwogen werden müssen, ob an den bisherigen Organisationsformen festgehalten werden kann. Wie stehen ohnedies zu sehr im Kollektivismus und müssen dem Individualismus wieder mehr Spielraum geben."

Am Schluß seiner Rede gab Reusch der Hoffnung Ausdruck, daß sich im Deutschen Reich eine neue Wirtschaftsethik durchsetzen möge, deren Träger die Unternehmer und die Arbeiter

in gleicher Weise sind und die mit die Voraussetzung für einen guten wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes sein wird."

Dunst ist der Rede Sinn, möchte man ausrufen, wenn man eine solche Rede im offiziellen Auszug liest. Worin soll der Stellungswchsel nun eigentlich bestehen? Den Schleier läuft die Frankfurter Zeitung, die in ihrer Nr. 465 von der Tagung rückblickend folgendes schreibt:

"Für die Einstellung der wirtschafts- und noch mehr der sozial-politischen Kampfkraft des Unternehmertums sind in westdeutschen Wirtschaftsfoltern in letzter Zeit zwei Wege erörtert worden: der eine soll Auflösung der Arbeitgeberverbände und Rücksicht zur betrieblichen Regelung der Arbeitsbedingungen bringen, wie es vor dem Kriege meist üblich war. Der andere Weg wäre stärkere Centralisierung der Arbeitgeberorganisationen, Schaffung verstärkter Querverbindungen und einer zentralen Kampforganisation der deutschen Unternehmerschaft, wie sie die mehr verbandstechnische Arbeitsgemeinschaft in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nicht darstellt. Der leichtere Weg schließt den ersten nicht aus; man erhofft von einer zeitweiligen Suspendierung der Arbeitgeberverbände und von den zu erwartenden Schwierigkeiten des einzelnen Unternehmens mit Belegschaft und Gewerkschaft eine Begebung der heute in mittleren und kleineren Unternehmertum nach Auffälligkeit bestimmter Kreise vorhandenen Laune in sozialpolitischer Hinsicht."

Demnach erwägt man nicht mehr und nicht weniger als eine Auflösung bzw. Suspendierung der Arbeitgeberverbände und die Rücksicht zur betrieblichen Regelung der Arbeitsbedingungen, womit nichts anderes gesagt sein soll, als daß die Tarifvereinbarungen, wie sie heute bestehen, verschwinden sollen. Denn wenn kein Kollektivpartner auf der Gegenseite mehr vorhanden ist, dann können die Gewerkschaften auch keine Tarifverträge mehr abschließen. Die in Aussicht stehende zentrale Kampforganisation ist ja bereits vorhanden. Man braucht die im vorigen Herbst gegründete Gesellschaftsgemeinschaft nur auszubauen und den vorhandenen Kampfonds flüssig zu machen. Die in der sogenannten Gefahrengemeinschaft zusammengeschlossenen Unternehmer Westdeutschlands haben im vorigen Jahre Monate hindurch pro Arbeiter und Monat zu einem Kampfonds gesammelt, der infolge der Beilegung des Eisenkonfliktes durch den Reichsarbeitsminister nicht angegriffen zu werden brauchte, vorläufig also noch ungenuug vorhanden ist. Die Beitragszahlung ist vorläufig eingestellt, soll aber gegebenenfalls wieder in Kraft treten.

Die Gewerkschaften wissen nun, voran sie sind. Sicher wird nicht alles so heftig gesessen wie es gelobt wird, aber die immerwährenden Drohungen, die von Westdeutschland herüberschreiten, deuten doch darauf hin, daß wir vor einer Periode stärkerer Aktivität der Arbeitgeberchaft der Schwerindustrie stehen. Was es mit der neuen "Wirtschaftsethik" auf sich hat, kann sich jeder denken. Gemeint ist damit offenbar eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie sie zwischen den gelben Gewerkschaften und dem Unternehmertum besteht. Das wir uns für eine solche Harmonie bestehen, braucht nicht näher begründet zu werden. Die Gewerkschaften haben aus berufsem Munde zur Kenntnis genommen, daß die Unternehmer der Schwerindustrie eine schärfere Frontstellung in sozialpolitischer Hinsicht für notwendig halten. Sie werden sich darauf einstellen.

pu.

Mitgliederversammlung der Zimmerer

Uns wird geschildert: Dienstag, den 3. Juli, beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung mit dem Revisionsbericht, über die Kassenübergabe und Behandlung der Beschlüsse der Funktionärsversammlung. Die Kameraden Ochay als Kassierer, Böhöld als Revisor und Lauer als Gunterleiter gaben einen sehr eingehenden Bericht über die Kassensführung Kronenberg. Die Versammlung war sehr unruhig. Schon bei der Eröffnung wurde ein Vorstoß gegen die Geschäftsführung unternommen. Die Berichterstatter, die sehr sachlich waren, wurden mit unqualifizierten Barren zwischengeworfen überhäuft. Von kommunistischer Seite wurde eine Resolution eingeführt, die auf einer größeren Baustelle angenommen worden sei, in der verlangt wird, daß Kronenberg zur Disposition gestellt wird. Als ein Diskussionsredner zur Resolution in absehendem Sinne sprach und dabei auf die Schreibweise der USZ zu sprechen kam, wurde er tatsächlich angegriffen und vom Rednerpult gestoßen. In dem hierauf folgenden Tumult mußte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Kameraden, in dieser Versammlung zeigte es sich, daß ein Teil der Mitglieder nicht gewillt ist, sich Klarheit über die Angelegenheit verschaffen.

Das Stichwort zu diesem Spektakel gab die SAZ, indem sie die

Mitglieder aufforderte, sie sollten sich die Geschäftsführung der Ver-

sammlung durch den Kameraden Fröhlich nicht wieder gefallen lassen.

Die Versammlungsleitung mußte die Versammlung auflösen,

wie sie nicht dulden kann, daß die Meinungsfreiheit in einer

derartigen Weise unterdrückt wird. Ein kleines Beispiel haben die

Kameraden in dieser Versammlung davon bekommen, wie es wird,

wenn die Brüder von "links" die Geschäfte zu führen haben. Mit

der Meinungsfreiheit in unseren Versammlungen ist es dann vor-

bei; wer nicht in das Horn dieser Leute tutet, wird mundtot gemacht. Kameraden, der Vorstand wird zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und eine neue Versammlung ansetzen.

Achtung, Bauarbeiter!

Das Baugeschäft von Dubiel u. Peters in Marienberg ist für die organisierten Bauarbeiter gesperrt, da die Firma ihrer Belegschaft noch rechtliche Löhne schuldet.

Deutscher Baumarkt, Baugewerkschaft Leipzig.

Das verlorene Paradies

SPD. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind mit der gegenwärtigen Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft höchst unzufrieden. Vorsichtigerweise unterliegen sie es jedoch bisher, ihre Wünsche klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Jetzt hat Herr Staudinger, Güstrow, Generaldirektor der von Kameleschen Saatgutwirtschaft und Kartoffelzuchstationen (in Nr. 3 der Zeitschrift Die Deutsche Zuckerindustrie, Jahrgang 1928), die Karte aus dem Sac gelassen. Herr Staudinger beschäftigt sich in der erwähnten Zeitschrift mit den Schwierigkeiten, die bei der Beschaffung von Arbeitskräften für den Haushaltbau zu überwinden sind. Dabei führt er wörtlich folgendes aus:

"Vor 40 bis 50 Jahren war das anders: da gab es prachtvolle deutsche Arbeitskräfte für den Haushaltbau, denn alljährlich kamen auf die einzelnen Güter fast immer dieselben sogenannten Londoberger Schnitter. Alles Leute von kleinen Siedlungen, meist ganze Familien, die bis auf ein oder zwei Angehörige, die die Wirtschaft daheim weiterführten, auf den Schnitt gingen. Friedliche, fleißige Leute, die beim Rübenholzen morgens früh um 3 Uhr hinausgingen und, bei zwei Stunden Mittag, spät abends im Dunkeln singend von ihrer Arbeit heimkehrten."

Ja, ja: 16 Stunden Arbeit, also doppelter Achtsumentag! Das war noch eine schöne Zeit. Das war noch die gute alte Zeit — für die Großagrarien, aber nicht für die Landarbeiter. Das Paradies der Ausbeuter liegt in der Vergangenheit, das der Ausgebeuteten in der Zukunft.

Verbandstag des Bekleidungsarbeiter-Verbandes

SPD. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hält zur Zeit in Stettin seinen 17. ordentlichen Verbandstag ab. Der Verbandsvorsitzende Pleissl ehrt in seiner Begrüßungsansprache vor allem die Veteranen des Verbandes. Der Ehrenvorsitzende, Spörl-Zena, der bereits den Gründungsverbandstag vor 40 Jahren in Weimar geleitet hat, dankt im Namen der Verbandsopioniere.

Das Reisenjahr 1926 mache, wie Pleissl in seinem Geschäftsbericht mitteilte, schwere Arbeitskämpfe notwendig, die jedoch mit Erfolg beendet wurden. Die Lohn- und Tarifpolitik der Zentralleitung hat sich bewährt. Das böse Wort vom "tariflich faulierten Elend", mit dem ein Funktionär der Hamburger Ortsverwaltung die Tarifpolitik der Zentralleitung kritisierte, wurde von Pleissl scharf zurückgewiesen. In einem kurzen Exkurs darauf hin, daß die Maschinenfabrik immer ärger von der Konkurrenz bedroht werde. Die technisch hoch entwickelten Betriebe der Konkurrenz würden eine Umwandlung der Maschinenfabrik erzwingen. Die Mitgliederbewegung zeigt nach den Mitteilungen Pleissls gute Fortschritte: Ende 1927: 74 076 Mitglieder (35 782 männliche, 35 247 weibliche Mitglieder und 3047 Lehrlinge). Der Rückgang in den Krisenjahren ist durch rund 8000 Neuaunahmen im Jahre 1927 zum Teil wieder wettgemacht worden. Auch im 1. Quartal 1928 konnte der Verband rund 3500 Neuaunahmen verzeichnen. Aus dem Kassenbericht, den Heitmann Berlin erststellt, geht hervor, daß die Einnahmen sich 1927 wieder etwas gebessert haben. Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf rund 2½ Millionen Mark. Die Entwicklung ist nicht schlecht, aber noch nicht befriedigend.

Der Arbeitszeitkonflikt in der sächsischen Textilindustrie

Chemnitz, 3. Juli. (WTB) Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Arbeitgeberverband für die sächsische Textilindustrie beschlossen, den vom Landeschulthei in der vergangenen Woche gefällten Schiedsspruch für die Arbeitszeit in der sächsischen Textilindustrie (Mehrarbeitszeitabkommen) anzunehmen, und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Der Spruch ist von den Arbeitnehmern bereits abgelehnt worden.

Möglichkeit, diesen Drang zu erleichtern, war, laut zu reden. Durch das Bilden und Ausbreiten der Worte wurde ein Teil seiner Denkschrift abgelenkt und verdeckt. Schneller und schneller, wilder und wilder mußte er sprechen, um mit der richtigen Geschwindigkeit seinen erzielten Gehirns Schritt zu halten.

Mit einer Art Gackern in der Kehle, das wie ein Lachen klang, flüsterte er: "Wo ist er jetzt? Wo ist er jetzt? Warum können wir nicht mit dem Geist in weite Entfernung sehen? Wie schrecklich dummkopf bin ich am Ende trotz meiner Philosophie. Vielleicht ist er in diesem Augenblick auf der Polizeiwache und ein großer, fetter Sergeant notiert gerade seine Angaben." Er schauderte und blickte auf die Lippen. "Herr Gott, Mary! Wenn du nur willst, was für Angaben er machen kann. Ha, ha! Er und Francis sind die Wichtigsten auszuladen könnten. Und Francis ist tot."

Er machte eine Pause. Mary preßte die Zähne aufeinander, vertiefte den sicheren Rundgang und begann ein neues Gebet. Sie betete zu Unserer lieben Frau der ewigen Hilfe.

"Sieht du, Gypo war so müßig. Es gab Sachen, die niemand außer ihm machen konnte. Nicht so sehr wegen seiner ungeheuren Kraft, als wegen seiner ganz besonderen geistigen Eigenschaften. Es ist leicht, einen ebenso starken Mann zu bekommen, aber ein Schirm wie seines ist schwer zu finden. Ich bezweifle, daß es noch für eines gibt. Er war unbeschreibbar. Verdammmt soll er sein. Er ist ein übermenschliches Ungeheuer. Warum habe ich vorhin gesagt: war? Er ist. Er ist. Das ist das Schlimmste daran. Ich wünschte, er . . . Die Regierung würde eine Million Pfund für seine Angaben zahlen. Herr Gott! Ich hätte nie gedacht, daß Gypo zum Verräter werden würde. Es muß ein Irrtum gewesen sein. Ich kann mich in ihm nicht lächeln. Eigentlich Irrtum. Bestimmt. Er ist nicht von der Sorte. Bestimmt. Ich schwöre, daß es nicht ist. Wie könnte er es sein? Er wird von mir beeinflußt wie die Nadel vom Magneten. Also wie hat er verraten können? Auch noch seinen eigenen Freund! Das ist das Merkwürdigste daran. Ich habe ihn acht Jahre lang studiert, und er hat nie Merkmale einer eigenen Initiative gezeigt. Nicht ein einziges Mal. Ich hätte ihn nicht sechs Monate lang fallen lassen sollen. Aber ich mußte natürlich den Respekt vor den Bestimmungen der Organisation aufrechterhalten. Herr Gott!" rief er, pathetisch nach der Decke blistend und sang fast in Verzweiflung die Hände. "Ich bin allein und niemand kann mir helfen. Mary, niemand ist da, der mir raten kann. Warum hat mich niemand davor gewarnt, Gypo einzufangen?"

(Fortsetzung)

Die Nacht nach dem Verrat

53) Roman von Bram Stoker.
Berechtigte Übertragung aus dem Englischen von H. Häuser.

Copyright by Th. Knaur Nachf., Berlin W 30.

Mary umsägte sein rechtes Knie mit beiden Armen und rieß: „Dan, Dan, qual' dich nicht. Quäl' dich nicht, Dan.“ Sie fing an, sein Knie zu reiben. „Das ist nichts. Mein Vater hat das oft. Das sind die Nerven. Eine Krankenschwester aus dem Matern-Hospital hat mir das erklärt. Du kannst damit hundert Jahre alt werden. Sie sagt, es kommt vom Teetrunken. Aber . . . Dan, warum spricht du plötzlich über alles so hart und zynisch? Kannst du nicht alles ausgeben und zur Ruhe kommen? Du sagtest, du —“

Gallagher sprang auf und sah sie grimmig an, als ob sie ein hasserwertes Verbrechen vorgeschoßen hätte. „Zur Ruhe kommen? Aufgeben? Was meinst du? Weiber, Weiber, Weiber! Du begreifst nicht, daß das mein Leben ist. Es ist mein Leben, sage ich. Du könnetest ebenso gut sagen, ich sollte aufhören zu atmen und . . . idiotisch . . .!“ Er schien an etwas überwältigend Unerwartetes zu denken; denn er starrte sie mit offenem Munde an. Er fuhr fort, ja schüchtern, mit kaum hörbaren Stimme, als ob er zu sich selbst spräche. „Schließlich warst du nicht in der Art beeindruckt, wie ich es erwartet hatte. Du wußtest die Unternehmer und die Arbeiter nicht mit vereinen in der Art, wie . . . hm! Ich sehe.“

Erregt in ihre Finger weisend, flüsterte sie: „Was habe ich denn gesagt, Dan?“

Sie war entsetzt, daß sie ihn verloren haben könnten; ja, merkwürdigweise hatte sie Angst, seine Liebe zu verlieren, als ob sie ihn lange Zeit als liebenden Gatten fest besessen hätte . . . daß sie ihn durch eine törichte Redensart verloren haben könnte.

Unbewußt murmelte er: „Nichts.“

Er streute die Arme auf der Brust und sang wieder an, aus und abzugehen. Es dauerte lange Zeit, bis er wieder sprach. Sie versuchte, während über ihn zu werden, aber es gelang ihr nicht. Sie sang an, sich zu bemühen.

Blödig sagte er flüsternd: „So zu warten, das ist hart. Ich mache mir nichts daraus, zu sterben. Daraus magst ich mir nichts. Aber zu warten, ohne die Möglichkeit zu wissen, was geschehen wird! Da spricht man von der Tapferkeit jener Kerle, die einen Kriegsorden bekommen. Was sind sie anders als dumme Kuhköpfe? Sie haben die Tapferkeit von blöden Ochsen. Ein Mann aufzuhören, in großer Geschwindigkeit zu denken, und die einzige

muss intelligent sein, um tapfer zu sein. Nur der intelligente Mann kann sich die Gefahr vorstellen. Wenn er tapfer ist, sucht er nie die Gefahr, aber er sucht gefährliche Arien, zu leben. Siehst du den Unterschied? Nun, es ist sowieso gleichgültig. Ich habe das alles vor langer Zeit ausgearbeitet, daher brauche ich nicht viel darüber zu reden! Aber dies ist der Punkt, den ich jetzt erläutern muß. Es gibt keine Gefahr im offenen Kampf. Da gibt's nur Tod, und Tod ist nicht Gefahr. Das haben die Russen bewiesen. Nicht töricht, sondern zur Zeit von Bielinsky. Das heißt natürlich, sie haben es in bezug auf ihre eigenen Bedürfnisse bewiesen. Aber meinen eigenen Überlegungen und Entdeckungen aufzugehen bringt uns der Tod in das große Bewußtsein des ewigen Universums zurück. Daher ist der Tod richtig gelegt, gar kein Tod. Es ist ein zweites Stadium der Geburt. Nein, das ist ganz falsch. Ich sehe schon, wohin mich das führen würde. Es gibt weder Geburt noch Tod. Aber . . . Das alles zählt nicht mehr. Wir müssen uns eine geringere Frage machen. Das ist sehr besser. Jetzt sehen wir, daß der Tod keine Gefahr ist. Aber Niederlage ist Gefahr. Dem Feind unterliegen. Nicht den Freunden unterliegen. Aber es gibt natürlich keine Freunde. Freund ist ein überglückliches Wort. Es hat keine Bedeutung mehr. Also heißt unterliegen im eigentlichen Sinne: den Feinden unterliegen. Das ist ein Synonym. Nun, ich schaue der Niederlage ins Auge. Dafür . . .“ Blödig wirkte er mit der rechten Hand über seinem Kopf im Kreise umher, zeigte dann finster nach links auf die Wand und rief grimmig: „So zu warten, das ist hart. Ich habe oft mit 'nem Revolver unterwegs gewesen. Man hat oft aus mich geschossen. Ich habe zwei Löcher im Fell. Das hat nichts zu sagen. Man weiß nicht, was geschieht; denn man wird wie ein Tier. Aber warten ist etwas anderes. Ein Gesicht, ein Gesicht, ein großes Auge, das das Unbekannte prüft. Aber . . .“ Blödig hörte er auf und lächerte hörbar in der Kehle.

„Judas, Maria und Joseph, beschütze ihn!“ Mary sang hastig an, vor sich hin zu murmurieren. Sie schloß ihre Augen und

Frauen, die gern Sport treiben, aber auch wissen, wie teuer er ist, raten Ihnen:

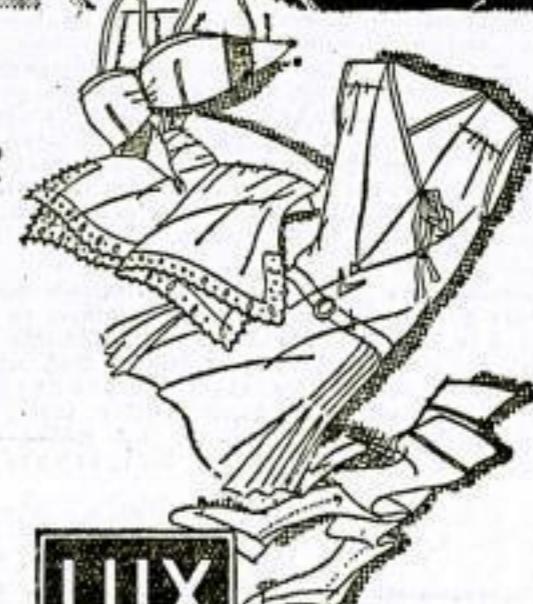


„Nehmen Sie Lux Seifenflocken zur Pflege Ihrer Sportkleider, dann bleiben sie länger frisch und schmiegksam.“

Hinaus ins Freie! — ruft der Sommer wieder. Wie gern folgt jede Frau diesem Ruf, aber — die neue Saison erfordert neue Kleidung. Helle Sommersachen müssen gekauft werden, ein neues Sportkostüm, dünne Seidenstrümpfe, bunte Schals und schmiegsame Wollsachen, die so schwer zu waschen sind: der Sommer kostet viel! Aber kluge Frauen haben an rechter Stelle zu sparen gelernt, um sich diese Ausgaben leichter zu machen. Sie waschen ihre zarte Unterwäsche und feinen Kleider mit Lux Seifenflocken und schützen sie damit vor der Beschädigung durch scharfe

Waschmittel. So halten auch die empfindlichsten Sachen sehr viel länger; nach jedem Waschen sind sie reizvoll, farbenfrisch und wieder wie neu.

Millionen Frauen haben erkannt, dass man auf diese Art auch bei bescheidenen Mitteln stets gut gekleidet sein kann. Eine Frau wird immer entzückend ausschen, solange sie allem, was sie trägt, den Reiz der Frische und strahlenden Reinheit zu erhalten versteht. Gerade zur Pflege der wunderbaren Sommerstoffe sind Lux Seifenflocken wie geschaffen; sie erhalten und erneuern sie.



NORMALPAKET
50 Pfg.
DOPPELPACKUNG
90 Pfg.

KOSTENLOS!

Machen Sie einen Versuch auf unsere Kosten! Ein Probepaket Lux Seifenflocken für jeden Haushalt! Füllen Sie diesen Gutschein aus und senden Sie ihn uns sofort als Drucksache (Porto 5 Pfg.) Sie erhalten völlig umsonst eine Probepackung Lux Seifenflocken und können damit ein paar zarte Sommerkleider oder dergl. waschen, um die grossen Vorteile von Lux Seifenflocken selbst zu erkennen.



Lx 224/270

LUX
SEIFENFLOCKEN

NEU UND WERTVOLL!

Die drei anachaulichen Haushalts-Lehrkurse des neuen Sunlight-Instituts Mannheim — je 12 Hefte — können alle Verbraucher von Suna, Sunlight Seife, Lux Seifenflocken und Vim kostenlos beziehen. Verlangen Sie Prospekt.

„SUNLIGHT“ MANNHEIM

An die Sunlight Ges. A.G. Mannheim
Senden Sie mir kostenlos ein Probepaket Lux Seifenflocken.

U61

Name _____

Ort _____

Strasse u. Nr. _____

Die Tragödie des Sports

Eine Zukunftssotire von Heinrich Wiegand.

Im kleinen Sitzungszimmer des Internationalen Sportpalastes zu Genf wurden die Mitglieder des Spitzenausschusses für Welt-Sport von Minute zu Minute unruhiger. Alle fühlten, daß noch den erregten Angriffen in den Vorversammlungen in der heutigen geheimen Schlusssitzung umwälzende Entschlüsse gefaßt werden müßten, wenn nicht der ehemalig gegebene Sportbetrieb in den nächsten Jahren gänzlich eingeschlafen und versallen sollte. Alle hier versammelten ehrwürdigen Vertreter der Nationen hatten an der Hochblüte des Sports jahrtäglich einen guten Teil genommen, alle in den letzten Jahren mit Kummerholzen die Stagnation der Reforme festgestellt, aber keiner vermutete, daß dieses leichte Olympische Spiel einer solchen Unintelligenztheit bei der Welt-Preis begegnen und zu einer so katastrophalen Pleite führen würde, wie es in der Tat geschehen war.

Als der Generalpräsident den Raum betrat, wurde es augenscheinlich still. Sein Sekretär verteilte Auskünfte der Rede in zehn Sprachen. Dann begann der Generalpräsident düster und langsam zu sprechen.

Meine Herren, ich muß Ihnen von der Todesgefahr für unsreten geliebten Sport reden. Sie gehen nicht fehl in der Annahme, daß ich Sie noch heute zum Beschlüsse neuer Sportgesetze bewegen möchte, die uns, nach meiner Meinung, allein retten können. Erlauben Sie mir, ehe ich meine Pläne entwickele, daran zu erinnern, was das vorige Jahrhundert Sportliches geleistet hat, und wie gerade diese Leistungen notwendig zur Katastrophe führten müssen.

Im Anfang des 20. Jahrhunderts begannen Umkreis und Macht des Sports vehement zu wachsen. In jedem Sportzweig wurden hundert Abstufungen für Reformmöglichkeiten geschaffen. Damals konnten an jedem Tage neue Weltrekorde gemeldet werden. Rekorde wurden oft um ganze Sekunden vormals gestrichen. Es war eine tödliche Zeit. Man riechtes Reforme für jedes Lebensalter, für jeden Raum, für jeden Stil, für jedes Kostüm ein. Ehre sei unserem Vorfahren. Damals wurden in jedem Jahre neue Sportarten aufgebracht, vom Tischtennis ging es vorwärts zum Tischfußball, vom Kanal schwimmen zum Mannensport. Um 1930 waren bereits drei Viertel der bürgerlichen Zeitungen dem Sportteil vorbehalten, von 1950 bis 1980 wurde der gesamte übrige Teil auf der leichten Seite zusammengezogen. In diese wunderschöne Zeit wurde die geschworene Versammlung hineingeboren. Ich kann mich schwer zurückhalten — verzeihen Sie es mir allem Manne — nicht ausdrücklich von jenen Tagen zu schwärmen, wo entschließende Katastrophen und einschneidende politische Veränderungen, die merkwürdigsten Prozeß und Kunstherrungen, wo die Schilderungen und Untersuchungen der Natur und der Welt in wenigen Zeilen abgetan wurden, aber der Verlauf eines Motorrennens und Poloturners seitenslange Würdigung fand. Die illustrierten Zeitungen brachten ausschließlich Sportbilder, jeder Elite-Straßenfahrer bekam ein Denkmal. Das Volk hielt sich während dieser Jahre vorbildlich ruhig, es wurde von allen Sorgen um sich, seine Rechte, sein Wissen und seine Bildung abgelenkt durch die Sportabläufung. Von 10 bis 23 Uhr verlief das Radio nur Sportergebnisse. Ach, wenn es doch wie damals wäre, doch kommt die schöne Zeit nicht wieder her. Halten Sie meiner Eregung zugute, wenn ich gelassen Dichterworte zitiere. Selbst ein alter Sportler kann sentimental werden, wenn er unter leeren Räumen steht, trotzdem doch gerade wir, meine sehr geehrten Herren, während der letzten zwei Generationen getan haben, was wir könnten, den Sportstand hoch in Ehren zu halten.

Wir haben seinerzeit die Zeitmessung von der Zehntelsekunde bis zur Hundertstelsekunde erweitert und entfesseln damit eine Reformhochzeit. Wir haben die älteren acht Boxklassen um weiters acht vermehrt, darunter so wichtige wie das Papier, das Tank- und das Elefantengewicht. Wir haben eine Injektion eingeführt, die bei den Boxern während des Kampfes als Blutbremse wirkte, und das Einlegen einer Eisenplatte zur Bedingung für Berufssport gemacht. Oh, was hatten Herz und Humanität uns zu verdanken! Wir brachten zu den Windhunderttausenden die Männerinnen, immer aufwärts zu Kraft und Schönheit, wir erhoben das Wettspielen nach Mundweite und das Wettspielen nach Geschlossen zum Sport der Gesellschaft. Der von uns durchgeführte Doctor des Fußballspeis leitete die Ablösung der alten Universitäts-Disciplinen durch die Sportfakultäten ein. Ja, wir formten alles geistige und künstlerische Leben um. Das Weltbildhauen und Wettspielen zeigte Höchstleistungen, jeder bessere Dichter und Schriftsteller hatte seinen Trainer wie ein Sprinter oder ein Rennpferd. Wie wurde die Weltliteratur bereichert durch die Ode auf den Erfüllungsgewichtsmeister Schulz und die Ballade vom Bläfrühstück des deutschen Läuferwunders Ein berühmter Historiker erklärte: Keine Zeit sei der griechischen Antike so nahe gekommen wie jene, der moderne Sport sei die Wiedergeburt der Harmonie von Hellen. Um das letzte aus dem Sportleib herauszuholen, wurden die strengsten Gesetze für Lebenslauf und Führungsleistung erledigter Sportbegabungen erlassen. Ein Springerjunge durfte nur eine Springerschule besuchen, eine Augelschülerin nur der Augelschülerin. Für Kind und Kindeskind galt bis vor kurzem noch das Sportkastengesetz, das jede Mischehe mit Freiheitsberaubung bestrafe.

Herrliches wurde so gesprungene und gerannt, gestoßen und gespielt. Aber immer näher rückte auch der Tag, den die Propheten schon vor hundert Jahren prophezeiten haben: Der Tag, an dem die Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit erreicht wurde. Es ging nicht mehr vorwärts. Unsere neuen Belastungen und Behinderungen verhinderten nicht mehr, selbst der Punchingball in der Westentasche blieb ohne Erfolg. Seit 10 Jahren wurde kein Rekord mehr gebrochen. Wo kein Rekord, da kein Sport. Während sich 1928 auf der Amerikander Olympiade die Fußballer von Deutschland und Uruguay bald den Hals umdrückten vor Wut aufeinander, während man damals die Rassen debattierte und verhegte, um eine Blamage zu verhindern, ist heute das Jottamt wiederholte Kampf Zuschauern und Spielern langweilig geworden. Der Nationalstolz gibt keinen Antrieb mehr. Alles oft hat jedes Volk gesagt. Wo weder Hoh, noch Dunkel und Reib, hat der Sport jad.

Meine sehr verehrten Kameraden, der schwerwiegende Entschluß, die Erotik zu öffentlichen Wettkämpfen zuzulassen, als akademisches Sportsoz zu erklären, gleich bereit in der verzweifelten Eklektizismus, daß der Sport in eine Saugasse geraten war, daß er sich totlaufen mußte. Der Reiz des erotischen Sports erwies sich infolge geringer Mannigfaltigkeit als äußerst flüchtig, die Kosten für die Meisterschaftsträger wurden untragbar, die Überlegenheit jüngiger Rassen prävalenter für die Europäer als auf irgendeinem andern Sportgebiete, das unsre Bemühungen der Kontrahenten und Rivalen hinterher übertraf an Rücksicht alles ehemal im Sport erlebte.

Aber wenngleich das erotische Aufgebot uns schamhaft enttäuschte, es brachte doch entscheidende Klarheit über die Situation. Wenn selbst das Liebesleben den Sport nicht retten kann, dann bleibt nur eines: umkehren, dem Sport eine neue Richtung geben. Nicht mehr die Höchstleistung soll erzielt werden, sondern die Mindestleistung, der Dienstleistung. Meine Mitarbeiter und ich wissen nur den einzigen Rat, den alten Sinn des Sports auf den Kopf zu stellen, zu prämiieren das Phlegma, die Schwäche, die Passivität, das Unterliegen. Prämierung und Bettel müssen werden, Reforme müssen sein.

Erschrecken Sie nicht allzu sehr, meine Herren. Auch hier sind Götter. Auch hier will eine Menge Arbeit, Statistik, Spezialisten, Wissenskraft. Für Sie bleibt Aufgabe und Amt das gleiche.

Ihre Phantasie kann Feiße feiern in der Formulierung neuer Regeln, neuer Weltbewerbe, neuer Trainings. Denken Sie nicht an jene Unternehmungen, bei denen die Brat derjenigen heimföhrt, der am längsten an seiner Zigarette lag, am längsten seine Notdurft vertrat. Wir müssen mit den Minuswettbewerben dort beginnen, wo sich am leichtesten ein Körpergewebe vorlässt: beim Langsamgehen, beim Langsamsteuern. Wir werden reden von Geduldserziehung, von Zurückhaltung der Kraft usw. Hat sich erst einmal der Gedanke der Lebendkrönung durchgesetzt, können wir die ausgefallenen Sports erfinden und dem Schauriz goldene Brillen bauen. Was glauben Sie, welche Willenskraft und Körperbeherrschung aufzubringen ist, um der Langsamkeit beim Aufstehen aus dem Bett, beim Waschen und Anziehen zu leiden, ohne einen Augenblick die Bewegung anzuhalten! Auch hier werden wir auf hoher Entwicklungsstufe mit Hundertstelsekunden und Hundertstelsekunden rechnen. Auch hier werden wir später Hochglanz benötigen, Spezialreformfamilien pflegen und dirigieren. Bis dahin hat es einige Weile Zeit. Zuletzt aber werden unsere Söhne, wie einst ihre Väter, die Liebesübungen ausbauen und auch hierbei den Langsamsten können. Die Lebendkrönung werden die Eltern sein, meine Herren, eine Fülle von Details wird sich ohne weiteres vor Ihrem geistigen Auge zeigen und die Hoffnung werden, daß beim Rückwärtssport auch wir alte Garde noch einmal olympische Vorzeichen erlangen können. Ehe dann unsere Nachkommen den Sport wieder auf die Füße stellen werden, wird er die Zeit nach seiner Tendenz umgestellt haben, wie der soeben verabschiedete alte Wirtschaft, Muß, Dichtung, Politik und Ehe nach der neuen geformt hat. Jetzt wird die Hast durch das Phlegma abgelöst. Unter dem Motto: Nur immer langsam voran! beginnt mit neuem Sport das neue Tempo der Zeit. Die neuen Prinzipien werden sowohl aus alle Tiere als auf die geistige Arbeit ausgedehnt werden. Preisgekrönt soll sein, wer am längsten an einem Buche liest, wer am längsten an einem Bericht schreibt. Eine Neugeburt des Journalismus ergibt sich nun ebenso. Sind vor hundert Jahren acht Menschen beim Boxkampf um die Weltmeisterschaft an der Austragung gestorben, so werden hinfällig Menschen bei Kämpfen nur umkommen können, weil der Tod nicht solange zu warten vermagte wie unser Weltmeister mit ihren Schlägen. Eine immense Verzögerung wird mit der Verwirklichung unserer Pläne über die Welt kommen, die idealen Folgen für Gesundheit, Charakter und Geist sind so sicher wie sie es beim Sport von ehemal waren. Die friedliche Schnecke sei unser Vorbild. Meine Herren, wir wollen das Feiße der Schnecke eröffnen!

Damit beendete der Präsident seine Rede. Anfangs hatten die Köpfe trübe gehangen, inmittnen waren sie viel geschlitzt worden, gegen Ende richteten sie sich empor und nickten einander zu. Nach dem letzten Wort des Präsidenten sah Beißfall und Beißkunstung eine Einige Minuten später hatte man den Richtlinien zugesimmt und beschlossen, mit den Kommissionsvorarbeiten zu ihrer Ausführung zu beginnen. Am nächsten Morgen bot die Kolossal-Statue der Sportigkeit, die von der Freitreppe des Internationalen Sportinstitutes herab bischer den Ankommenden entgegengeschaut hatte, dem Besucher die Hinterseite dar. Es konnte nicht errichtet werden, wer der Figur den symbolischen Dreh gegeben hatte.

Etwas abseits nahm Djacel Platz. Fünf Minuten lang flüsterte die hohe Obrigkeit mit dem Gemeindeschreiber.

"Ruhe! Die Verkündung ist eröffnet!" schrie der Gemeindeschreiber, "der Herr Kreischef will euch einige Worte sagen!" Der Kreischef erhob sich: "Landwirte! Wir haben eine demokratische Verfassung. Jedermann kann zum Amtsvorsteher gewählt werden. Es steht euch vollkommen frei, eure Kandidaten zu benennen und für sie zu stimmen. Ich schlage den alten Amtsvorsteher Djacel vor. Er hat bereits Erfahrung, erfüllt vorbildlich seine Dienstpflicht, seine Bücher sind in Ordnung. Es dürfte schwer fallen, einen besseren zu finden. Kennt Kandidaten?" Den alten Djacel schien dessen Anhänger, "Wojarchila ist unzulässig", erklärte der Kreischef, "er ist als Hochverräter verhaftet worden." "So, Na, wen denn sonst?" flüsterte man im Wohlhausen. "Kennt Kandidaten?" forderte der Kreischef auf. "Simanus! Schumila! Salowicz!" riefen einzelne Stimmen durcheinander. Der Kreischef flüsterte wieder mit dem Schreiber und bat um Ruhe: "Also zwei Kandidaten sind vorhanden, Djacel und Salowicz. Das genügt." Salowicz war ein ganzlich unbekannter Bauer. Als daher der Kreischef die Djacel-Leute aufforderte, nach rechts zu treten, die Salowicz-Leute aber nach links, blieben sehr viele Wahlmänner unentschlossen in der Mitte stehen. So wurde Djacel mit großer Mehrheit bei vielen Stimmabstimmungen wiedergewählt.

"Hoch!" schrien Djacels Freunde. Der Kreischef drückte ihm mit Glückwünschen die Hand. Djacel strahlte. Murrend gingen die Bauern auseinander. Man hätte sich über den Kandidaten einigen sollen! Aber ihr Schauspiel habt lieber den Gesichtern von Wölfen, Nobile und Chinesengroß zugehört!" Djacels Freunde zogen fröhlich zum Schankwirt Samuel. Sie werden den Wahlgang wohl möglich begossen haben, denn: bis nach Mitternacht holtte durch das Dorf ein donnerndes "Frei Heil dem Amtsvorsteher Djacel!"

(Aus dem Weißrussischen übertragen von G. W.)

Kleine Chronik

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund. Unsere Mandolinisten hatten den originellen Gedanken, ihrer musikalischen Morgenstunden einen theoretischen Teil vorzugeben zu lassen, in welchem die Teilnehmer eines eben beendeten Kurses ihre Übungsergebnisse demonstrierten und in welchem auch ersteliches über den Bund zu hören war. Ein eindeutiges Belehrnis zur kämpferischen Idee der Arbeiterenschaft! Von 24 Mitgliedern im Jahre 1922 ist der Bund auf 7000 im Jahre 1927 gewachsen. Die unter Leitung des Komponisten Ferdinand Kollmanns geleistete Kurzarbeit kann theoretisch und am Instrument nicht gediegenet sein: Melodie- und Harmonielehre, einfacher Kontrapunkt, Analysen bedeutender Werke, Orchesterstudien. In der musikalischen Auffassung und in der Wiedergabe sind diese Mandolinisten brillant. Ihrem unbestrittenen Können wird ein Ziel gelegt durch den begrenzten Charakter des Instruments und durch den noch fühlbaren Mangel anオリジナル Musik. So kann man z. B. die Wiedergabe des 1. Satzes aus Schuberts H-Moll-Sinfonie als eine erstaunliche Fleiß- und Gefühlsleistung bezeichnen. Aber man wird den Eindruck nicht los, daß dem Werk durch die Übertragung Gewalt angetan wird. Nicht so sehr durch die kleinen Eigenmächtigkeiten in der Figuration, als durch die Verdünnung der hertlichen Streichpassagen. Diese Einwände fallen weg, wo die Komposition original für Zupf-Orchester gesetzt ist, wie in Kollmanns „Zukunft“ und „Prophetus“. Themen, die freilich niemals von einem nur beschrankt variablen Orchester erfaßt werden können. Ungetrübt war die Wirkung der Straußschen Klänge, weil hier der melodische Klang des Instruments sich auswirken kann. Wäre es nicht besser gewesen, die schicksalsträchtige Musik der Sinfonie an den Schluss zu legen, statt ihre Wirkung durch Straußens leichteres Gewicht beinträchtigen zu lassen?

Edgar Wollgandts 25jährige Konzertmeisterität an der Städtischen Oper und im Gewandhaus. Mit diesem vorzüglichen Künstler und liebenswürdigen Menschen steht die Leipziger Arbeiterchaft in engster Verbindung. Konzertmeister Wollgandt war es — mit Prof. Jul. Klemel und Prof. Otto Weinreich — der im Jahre 1912 im Städtischen Kaufhausaal für ABV die ersten Kammermusikfeste gab. Er gehörte zu den ersten, die den Gedanken, die Arbeiterchaft in gute Musik einzuführen, unterschrieben. Als 1914 der Krieg ausbrach, hielt er die Kammermusik-Veranstaltungen weiter, ohne jedes Honorar. Später wurden die Kammermusiken ins Gewandhaus verlegt und bis heute hat sich Edgar Wollgandt mit seinem Quartett und als Solist immer zur Verfügung gestellt. Er sah in allen Sylvestertönen am Konzertmeisterpult, und nahm an den künstlerischen Feiern des 1. Mai teil. So will ich ihm im Namen der Arbeiterchaft für seine stets bereite Mitwirkung an ihren Veranstaltungen zu seinem 25jährigen Jubiläum herzlich danken. — Edgar Wollgandt kam ans Gewandhaus als Konzertmeister, als Nachfolger Prof. Berbers. Mit seinem edlen, feinen Sinn und seiner hohen Künstlerschaft war er dem Orchester immer ein ferner Gast. Trotzdem Konzertmeister Wollgandt in Dresden, Berlin und anderen Städten Stellungen angeboten wurden, ist er Leipzig treu geblieben. In den Bayreuther Festspielen war er auch mehrere Jahre als Konzertmeister tätig. Sein Quartett (Gewandhaus-Quartett) hat sich einen Weltfame erworben. — Wollgandt wurde am 18. Juli 1880 in Wiesbaden geboren, studierte später in Frankfurt bei H. Hermann höheres Violinspiel und wurde 1900 Mitglied des Kgl. Orchesters zu Hannover. 1903 kam Edgar Wollgandt ans Gewandhaus als Konzertmeister, seit 1921 ist er auch als Lehrer am Leipziger Konservatorium tätig. In einer Feier, die vom Gewandhaus und dem Rath der Stadt im Gewandhausaal veranstaltet wurde, übermittelte ihm der Stadtrat Dr. Barthel die Ernennung zum Professor von der Sachsischen Regierung.

Bariots Drei Linden. Hier spürt man noch nichts von der sommerlichen Gepflogenheit vieler Vergnügungsstätten, die sich mit dünnen Programmen begnügen. Sogar einige Kärtchen gibt, und sie stehen in der Eiselfolge nicht einmal oben an. Zwei Muselphänomene, die vielleicht auch Gummikränge statt der Knospen haben. Mario ist eine Weltnummer. Am 13 Meter hohen Trapez verfährt, verhängt, verbiegt er seinen Körper, hält die Beine hinter die Ohren und ein paar Dutzend andere Dossins. Ein Mann, der sich mit Recht verbilden kann, daß man seinen Hintern einen „Hintern“ nennt. Er kann ihn einfach überall haben. Dann der megalithische Eiselfestungskünstler Szany. Zehn starke Leipziger fesseln ihn eine Viertelstunde lang mit allen Schnüren, mit Zwangsjäden und verschließbaren Ketten. In einer halben Minute hat er sich befreit. Selbst wenn man ihn zur Erstickung an den Füßen aufhängt. Unbegreiflich, wenn man nicht auf Kauhschuhglieder schlächen will. Im gleichen Range stehen die ikarischen Partierspiele der 5 Eibors, hübscher Mädchenkinder mit einem lässigen Herrn. Das steigt und quirlt und wirbelt durch die Luft, daß einem bangt wird. Sogar zu zweien und dreien gebündelt. Ganz entzückend ist das Marionettentheater des Münchner Malers Charlton, der wirklich neue Szenen mit lustlichen Tieren und Wunderpuppen bringt. Sein Tanz eines Totengeripps ist die herrlichste Groteske, die sich denken läßt. Dann gesellt mir noch das Ballett der Madame Masters, der für Leipzig neue Komiker Karl Reut, der Käufers-Dreijurat der Mariah und ein lustiger Einleitungsfilm im Stile Harold Lloyd's. Nur der Musikalität des Professors Arpa scheint mir reichlich abgebrüht. Doch wurde er sehr bellaßt. Die Geschmäcker sind eben verschieden.

Ada.

Ein Amtsvorsteher wird gewählt

Eine Geschichte aus Polenisch-Weißrussland.

Von P. Asak (Grodnos).

Durch den Friedensvertrag von Riga (1920) ist Weißrussland in zwei Teile zerschnitten worden: die Weißrussische Sowjetrepublik und Polenisch-Weißrussland, das von den Weißrussen als West-Weißrussland bezeichnet wird. Etwa 2 Millionen Weißrussen wohnen im polnischen Herzhausragegebiet.

Eine Woche vor der Gemeindeversammlung, zu der die Vertreter der Ortsgemeinden sich einzufinden sollten, versammelte der Amtsvorsteher Djacel die Dorfschulen und seine getreuen Trabanten. Alle hatten schon einen Schnaps genehmigt und blieben erheitert auf die Obrigkeit. "Na, Burschen, wie sieht's?" Wen wollen die Bauern als Amtsvorsteher wählen? fragte Djacel. "Es geht schief", meinte der Schulz aus Milaufti, "doch, Herr Amtsvorsteher, können die Bauern nämlich nicht leiden. Sie wollen den Wojarchila aus Dubnik wählen; er meint zwar selber, daß er nicht lange am Ruder bleiben werde, aber gegen dich macht er die ganze Gemeinde mobil!" — "Und wer hält es mit ihm?" — "Er kommt zu ihm, um Weißrussische Zeitungen zu lesen, der Anton Pirog, Smirik aus Podgornaja, Joseph Bandar..." — "Die Namen notieren!" wandte sich der Amtsvorsteher zum Schreiber. — "Jawohl!" räusperte sich dieser und blinzelte dem Amtsvorsteher zu. — "Na, und bei dir?" fragte Djacel den Dorfschulzen von Bjanevi, "tritt mal näher und distler deine Unzufriedenheit dem Schreiber in die Feder!" — "Ei, und was soll ich machen? In meinem Dorf gibt es nur Unzufriedenheit!" rief der Schulz von Bjanevi. — "Du", lachte der Amtsvorsteher, "dein Dorf liegt ja ganz abseits; sagt einfach deinen Leuten, daß die Wahlen am 18. und nicht am 17. stattfinden Ha-ha-ha! Also, Kinder, sorgt dafür, daß nur staatsfeindliche Männer zur Wahl kommen. Sagt ihnen, daß ich sie nicht vergessen werde. Kredite bei der Gemeindepoststelle, zu uns auch Gemeindeaufträge, und Kästen werden sie selten zu fahren haben. Ich aber ran! Hier überreiche ich jedem von euch 30 Zloty, gib den Wahlmännern täglich zu laufen, und wenn damit nicht gedielt ist, dem geb's in bar!" — "Ha!", wandte er sich an den Schulzen von Milaufti, "spende ich 30. Haft für Unzufriedenheit. Brüder, vom vielen Neben ist uns die Reise trocken geworden. Also auf zu Samuel in die Kneipe! Ich persönlich kann ja nicht mitsummen, das verbieten amtliche Rücksichten." — "Macht nichts, Herr Amtsvorsteher, werden auch ohne dich in der Kneipe Bescheid wissen!" — "Wegen der Rechnung braucht ihr keine Sorge zu haben!" — "Dem Amtsvorsteher Djacel," — "Abwartan", mischte sich ein Schulz in die Unterhaltung, "da hab ich gehört, daß in Bialystok ein Wolf dem Bauern Bandar ein Pferd zertritten hat!" — "Während die Bauern nun mehr die Wollspalte eingehend erörterten, erschien die Obrigkeit. Um 10 Uhr waren schon 200 Wahlmänner zur Stelle. Die Freunde des Djacel brachten jetzt das Gespräch auf Robote und die Ocean-Sieger. Es brummte und summte im Wohlhausen. Die einen regten sich über die Misslizenzen der Wölfe, andere wieder hörten einem Meinungstreit zu, ob England mit Russland aneinandergeraten werden. Nachdem man schließlich auf die hiesischen Generale gekommen war, erschien der Kreischef und ließ sich feierlich



Margeriten

Um die Johanniszeit öffnen sich ihre Knospen, und den ganzen Juli hindurch scheinen sie in reinem, glänzendem Weiß, die wilden Margeriten am Feldrand und in den Wiesen. Größer noch und schöner stehen die der Gärten da, die einst von den fernern Pyrenäen zu uns kamen. Ein jeder hat sie gern; begeht sind ihre Blüten zum Strauße. Und wie sein macht sich ein solcher!

Da stehen die weißen Strahlen rund um den gelblichen Knopf in der Mitte. Feinlich und stell leuchtet ihre Farbe in unendlicher Reinheit und Schönheit. Ein Kleid hat die Natur diesen Kindern des Sommers gegeben, das in der ganzen Flora seinesgleichen sucht. Heim sind die Proportionen der weißen Blütenblätter, fein die Längsrillen darauf und die Linien des Umrißes, die Seiten und die kleinen Kerben an der Spitze. Die Blumentrone steht nicht steif in einer Ebene, sondern jedes Blütenblatt führt anmutigen, leichten Schwung.

Der gelbe Punkt immiten der Blüte aber trägt noch viel, viel Leben in sich. Hunderte von kleinen Röhrenblüten enthält er, alle vereinigt zu einem Blütenstaate. Wer Freude am Kleinen und Kleinsten hat, kann hier die wunderbare Organisation der Korbblüte erleben: Nicht auf einmal erscheinen sich die Innenblüten, sondern nach und nach, in Ringen, der Mitte zu. Deutlich erkennbar ist es an den jüngeren Blüten. Ganz in der Mitte sehen hier die noch unerschlossenen Röhrenblüten wie winzige runde Nadelköpfchen aus. Um sie herum steht ein Kranz von Innenblüten mit herausgestreckten Staubgefäßen und Stempeln. Hier ist die Oberfläche ganz rauh. Haben die Blüten im Ring ihre Aufgabe erfüllt, so erscheint ein neuer Kreis weiter nach innen. Ost ist die Mitte noch grasgrün, wenn es am Rande zu wirken beginnt. Lange Zeit blüht so die Magerite, und immer schreitet im Blütenkörbchen das Leben weiter fort. Und die Randblüten, deren jede eines der großen, weißen Blütenblätter trägt, losen für alle. Wer würde sonst wohl die kleinen Blüten im Innern finden?

Schön ist selbst der wenig beachtete Kelch, der den Blütenstaub umschließt. Wie Ziegel liegen hier in Reihen die vielen Kelchblätter, ein jedes grün mit braunem Rande. Schlanke Stiele treiben den Stengel empor, an seinem Ende die Blüte tragend. An ihm herunter laufen seine Nüsse. Unaufdringlich stehen die Laubblätter, schlank und bei der wildblühenden Art noch sehr zerteilt. Nur am Boden sind sie breiter. Nirgendwo aber beeindrucken sie das Bild der weißglänzenden Blüten.

Zwischen dem grünen Gras steht festlicher Schmuck der Margeriten. Eine einzige Pflanze bringt oft viele Blüten hervor, und alle schauen hell und rein. Und ob auch der Weißratin in allen Farben jetzt blüht, und ob auch im Garten nun Iris, Rosen und Nelken den Blick auf sich lenken, die Margeriten stehen den andern nicht nach. Weiße Kränze im Haar der Kinder, weiße Blüten auf Wiese und Flur!

H. B.

Verwandtschaftsbeziehungen der Hauptmieter und Untermieter in Leipzig

Bei allen Erörterungen über die Wohnungsnot als eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart spielt eine Hauptrolle die Prüfung des Umstandes, ob und wie die in derfelben Wohnung zusammenlebenden Hauptmieter und Untermieter miteinander verwandt sind, welches die verwandtschaftlichen Beziehungen sind zwischen Familien ohne selbständige Wohnung und den Wohnungsinhabern, von denen solche Familien in die Wohnung aufgenommen wurden. Als solche Untermieter sind anzusehen Familien mit oder ohne eigene Hauswirtschaft, ferner Einzelpersonen mit eigener Hauswirtschaft aber ohne eigene Wohnung. Nicht zu Untermieter in diesem Sinne gehören Einzelpersonen ohne eigene Hauswirtschaft, wie Zimmerherren, Schlafgänger usw.

Nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse der Reichswohnungszählung vom 16. Mai 1927 zählt Leipzig 26 575 Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung. Bei Nichtverwandten wohnen davon 11 987 Haushaltungen und Familien, bei Verwandten überhaupt wohnen 14 588.

In Verhältniszahl ausgedrückt wohnen in Leipzig von jedem Hundert der Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung überhaupt bei Verwandten 54,9. Vergleichen wir nun Leipzig mit den anderen 35 Großstädten des Deutschen Reiches. Im Durchschnitt aller deutschen Großstädte wohnen von jedem Hundert der Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung 52,7 bei Verwandten überhaupt, also bei Eltern, Schwiegereltern, Großeltern, dann bei Kindern, Schwiegerkindern, Enkeln, endlich bei sonstigen Verwandten. Innerhalb der 35 Großstädte wohnen verhältnismäßig am meisten Untermieterfamilien bei Verwandten in Mühlheim a. d. Ruhr, nämlich 79,3 v. H. aller Untermieterfamilien, in Ludwigshafen a. Rh., nämlich 76,1 v. H., in Krefeld, nämlich 74,8 v. H., dagegen verhältnismäßig am wenigen in Hamburg, nämlich 35,0 v. H., in Altona 40,7 v. H., in München 42,0 v. H. Leipzig steht in der Reihe der deutschen Großstädte hier am 26. Platz, zwischen Hamburg und Magdeburg mit je 55,8 und Köln mit 54,8 v. H. der Untermieterfamilien als bei Verwandten in deren Wohnung lebend.

Wie viele von jedem Hundert der bei Verwandten überhaupt in die Wohnung aufgenommenen Untermieterfamilien leben nun speziell bei den Eltern? In Leipzig treffen wir 85,5 von jedem Hundert der bei Verwandten als den Hauptmieter wohnenden Untermieter bei den Eltern lebend an. Ebenso viele sind es verhältnismäßig in Krefeld und in Mainz. Diesmal steht Leipzig in der Reihe der Großstädte an deren 11. Stelle, unter Mühlheim a. d. Ruhr mit 85,8 und über Halle a. d. Saale mit 85,2 als Verhältniszahlen. Ging die Spanne für die bei Verwandten überhaupt wohnenden Untermieterfamilien von 79,3 in Mühlheim a. d. Ruhr herunter bis zu 35,0 in Hamburg, so ist sie für die speziell bei Eltern lebenden Untermieterfamilien viel geringer, da sie nur von Chemnitz mit 89,4, Erfurt mit 89,2, Ludwigshafen a. Rh. mit 88,2 herunterreicht bei Hamborn auf 70,4, Hamburg 74,3, München 74,7 von jedem Hundert der bei Verwandten lebenden Untermieterfamilien als bei den Eltern wohnend. Im Durchschnitt aller 35 deutschen Großstädte wohnen in jedem Falle der bei Verwandten überhaupt lebenden Untermieterfamilien 81,9 speziell bei Eltern. Während also der Anteil der bei Verwandten untergebrachten Untermieterfamilien sehr schwankt in den deutschen Großstädten, ist es ziemlich regelmäßig der Fall, daß die bei Verwandten als Hauptmieter lebenden Untermieterfamilien bei den Eltern wohnen.

Untersuchungsausschuß von Ratsgründen

Nach der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen können die Gemeindevertretungen zur Untersuchung einzelner Geschäfte der Gemeinde Untersuchungsausschüsse von 3 bis 5 Mitgliedern des Gemeindepalaments bestellen, denen auf Beschluss die Akten und sonstige Schriften des Gemeinderates zur Einsichtnahme vorzulegen sind. Von diesem Rechte machen die Leipziger Stadtverordneten vor einigen Monaten Gebrauch, als sie einen Untersuchungsausschluß einrichteten, der die in einer Denkschrift des Bundes angefeindeten Ärzte gegenwärtig geschilderten Mißstände im Pathologischen Institut des Krankenhauses St. Georg untersuchen und die gegen den Institutsleiter Dr. Reinhardt erhobenen Vorwürfe prüfen soll. Dazu ist es bis heute nicht gekommen, wohl aber zu einem Streit mit dem Rat darüber, ob der Untersuchungsausschluß ohne Ratsauslaubzeugen vernehmen kann. Der Rat bestreitet den Stadtverordneten das Recht, über das allerdings in der Gemeindeordnung nichts Bestimmtes gesagt wird. Wenn aber Untersuchungsausschüsse die Geschäfte des Gemeinderates prüfen und Angelegenheiten der Gemeinde untersuchen sollen, haben sie nur einen Wert, wenn sie Zeugen vernehmen können. Es dürfte auch die Absicht des Gelehrten gewesen sein, den Gemeindevertretungen das Recht der Zeugenvernehrung zugestehen. Denn sonst wären die Untersuchungsausschüsse für die Stadtverordneten ein Fest ohne Klinge, und ihrer Aufgabe, Geschäfte der Gemeinde zu untersuchen, könnten sie nur in der unzulänglichen Weise nachkommen.

Um nun eine prinzipielle Entscheidung über die Zeugenvernehrung durch Untersuchungsausschüsse der Gemeindevertretungen herzuführen, hatten die Stadtverordneten in einer der letzten Sitzungen beschlossen, den Untersuchungsausschluß zu beauftragen, Zeugen zur Vernehrung über die Mißstände im Pathologischen Institut zu laden. Gegen die Stadtverordnetenbeschluß hat der Rat Einspruch erhoben und begründet diesen damit, daß er den entscheidenden Paragraphen der Gemeindeordnung im Ratsinventar gegen die Untersuchungsausschüsse der Stadtverordneten auslegt. Bei der bekannten Boshaftigkeit des Rates ist seine Stellungnahme nicht verwunderlich. Nach seiner Aussicht hängt die Tätigkeit von Untersuchungsausschüssen der Stadtverordneten von der Gnade des Rates ab, obwohl ganz klar aus dem Wortlaut der Gemeindeordnung hervorgeht, daß die Untersuchungsausschüsse einzelne Geschäfte der Gemeinde untersuchen können, wogegen selbstverständlich auch städtische Einrichtungen gehörten, über die oder über deren Leiter Klagen geführt werden.

Ein Haupteinwand des Rates gegen die Zeugenvernehrung

durch den Untersuchungsausschluß zur Untersuchung der Mißstände im Pathologischen Institut ist, daß ein Disziplinarverfahren gegen Dr. Reinhardt läuft. Der Rat verteidigt die Aussicht, daß der Untersuchungsausschluß erst in Tätigkeit treten und mit Ratszustimmung Zeugen hören können, wenn das Disziplinarverfahren zum Abschluß gebracht worden ist. Die Stadtverordneten sind gegenwärtiger Aussicht und sehen in der sofortigen Aufnahme der Untersuchungstätigkeit eine beschleunigte Klärung in Sachen des Pathologischen Instituts.

Wie berechtigt das Misstrauen der Stadtverordneten gegen das vom Rate durchgeführte Disziplinarverfahren gegen Dr. Reinhardt war, als sie den Untersuchungsausschluß wählen, hat sich bestätigt durch die Untersuchungsmethode, die der vom Rat beauftragte Stadtrechtsrat Dr. Kaiser bei der Durchführung des Disziplinarverfahrens und bei der Zeugenvernehrung angewandt hat. Es wurde von den als Zeugen vernommene früheren Angestellten der Vorwurf der zugunsten Dr. Reinhardts geführten parteilichen Untersuchung erhoben. Der Vorwurf der Parteilichkeit gegen Dr. Kaiser stützt sich auf eine Reihe sehr ansehnlicher Zeugenberichtigungen, über die übereinstimmend von mehreren Zeugen berichtet wurde. Erst durch einen Beschluss der Stadtverordneten konnte erreicht werden, daß ein anderer Jurist mit der Durchführung des Disziplinarverfahrens betraut wurde. Seitdem sind keine Klagen wieder laut geworden.

Die Stadtverordneten werden der in der Rückäußerung des Rates vertretenen Aussicht nicht beitreten können, zumal es sich um eine prinzipielle Entscheidung für die Stadtverordneten handelt, die ein wichtiges parlamentarisches Recht der Gemeindevertretung betrifft. Wenn der Leipziger Rat das wahrnehmen wollte, was wiederholt aus Ratsmunde in der Stadtverordnetensitzung zu hören war, nämlich mit den Stadtverordneten im guten Einvernehmen zusammenzuarbeiten, dann hätte der Rat der Untersuchungsausschluß an der Zeugenvernehrung nicht gehindert. Die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses hätte in aller Kürze dazu beitragen können, Klarheit und Wahrheit über die Zustände im Pathologischen Institut und über das Verhalten seines Leiters zu herstellen. Das lag nicht nur im Interesse des Anhebens des Pathologischen Instituts des Krankenhauses St. Georg, sondern auch in dem des Rates. Dieser ist jedoch in seiner Stiermäßigkeit mit Blindheit geschlagen und streitet über alles mit den Stadtverordneten, wenn er nur Anlaß zum Streiten finden kann. ef.

Kommunale Wohlfahrtspolitik

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei bei ihrer kommunalpolitischen Betätigung besonderes Augenmerk auf die verschiedenen Zweige der Wohlfahrtspflege legt. Heute ist die öffentliche Wohlfahrtspflege in anderer, in besserer Weise geregelt als im alten Obrigkeitsstaate. Damals gab es keine öffentliche Wohlfahrtspflege, sondern nur eine Armenunterstützung. Diese Armenunterstützung war abendlein mit dem Odium der Schande belegt und die Inanpruchnahme der Armenpflege wurde außerdem mit dem Entzug des Wahlrechts bestraft. Erst wenn der volle Beitrag der empfangenden Armenunterstützung zurüdgezahlt war, konnte der Unterstützungsmpfänger sein Wahlrecht wieder ausüben.

Bei alledem gab es keine Erwerbslosenunterstützung. Wer länger Zeit erwerbslos war, mochte sehen, wie er durchlief. Wollte er die Armenunterstützung in Anspruch nehmen, mußte er zunächst einmal den Bataillonen der Bedürftigkeitschaffhafter Stand halten und, wenn die Bedürftigkeit nach vielen demütigenden Bemerkungen anerkannt worden war, sich in die Arme der durch Armenunterstützung Entzettelten hineinstoßen lassen.

In all diesen Dingen ist heute ein schärfenswerter Wandel zum Besseren eingetreten. Nach den über Vorauflistung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge am 4. Dezember 1924 herausgegebenen Reichsgrundzügen, hat

die Fürsorge die Aufgabe, dem Hilfsbedürftigen den notwendigen Lebensbedarf zu gewähren, sie hat rechtzeitig einzusehen, ist nicht von einem Antrag des Hilfsbedürftigen abhängig und muß der Notlage nachhaltig entgegenwirken und zu verhüten suchen, daß vorübergehende Not zu dauernder wird. Unter keinen Umständen darf der Bezug von Fürsorgeunterstützung zur Beschränkung irrendwelscher Rechte führen.

Das sächsische Wohlfahrtspflegegesetz vom 28. März 1925 zählt in seinen Paragraphen 2 die verschiedenen Zweige der Wohlfahrtspflege auf. Als Pflichtaufgaben werden dort genannt:

1. Allgemeine Fürsorge.
2. Förderung der Jugendwohlfahrt.
3. Gefährdetenfürsorge.
4. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
5. Wohnungspflege.
6. Bekämpfung der Tuberkulose.
7. Bekämpfung des Alkoholismus und Trunksfürsorge.
8. Krüppelfürsorge.
9. Fürsorge für Blinde, Taubstumme, Erlauste und Sieche.
10. Fürsorge für Schwachsinnige, Idioten, Falllüstige und Geisteskranken.
11. Wandererfürsorge.
12. Straßenklassenfürsorge.

Unter diesen Pflichtaufgaben befinden sich gewiß manche alte Bekanntheit aus der Vorkriegszeit. Aber nicht auf den Namen, sondern auf Art und Umfang der Hilfeleistung kommt es an. Auch heute ist der Erfüllungszwang nicht beseitigt. Wer in Notzeiten Unterstützung empfängt, soll sie in wirtschaftlich gefestigten Zeiten zurückzutragen. Aber hierbei ist besonders Gewicht darauf zu legen, in die Erstattungslast nicht wieder neuen Notstand herbeizuführen. Wir wollen uns heute nicht mit all den vorbezeichneten Gebieten der Wohlfahrtspflege, sondern nur mit den unter Ziffer 1 genannten Pflichtaufgaben befassen.

Hierzu sei vorweg bemerkt, daß in Leipzig die in der allgemeinen Wohlfahrtspflege hilfsbedürftig werdenden Personen in fünf Gruppen eingeteilt sind:

Gruppe 1 dieser Ordnung umfaßt die Sozialrentner, das sind die Empfänger von Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente sowie die Empfänger von Angestelltenruhegeld, von Angestelltenwitwen- und Waisengeld, sowie von Unfallrente und Krankengeld.

Gruppe 2, Kleinrentner, umschließt alle oder erwerbsunfähige Personen, die infolge eigener oder fremder Fürsorge ohne die eingetretene Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren.

Gruppe 3, den Kleinrentner Gleichgestellte, verfügt nicht oder durch körperliche oder geistige Gebrechen erwerbsunfähig gewordene Personen, die trotz wirtschaftlicher Lebensführung auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind.

Gruppe 4, Erwerbslose, zählt solche Bedürftige, die zwar erwerbsfähig sind, einen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung aber nicht haben, z. B. solche, die selbstständig waren und keine Erwerbslosenbeiträge zahlten.

Gruppe 5, sonstige Bedürftige, umfaßt die übrigen Unterstützten.

Das Fürsorgeamt Leipzig zahlt im Jahre 1927 an laufenden Unterstützungen 7 800 000 Mark, an außerordentlichen und einmaligen Unterstützungen 2 200 000 Mark, für Krankenpflege 500 000 Mark und für andere Fürsorgezwecke 98 000 Mark. Der Gesamtbetrag der für alle diese Zwecke aufgewendeten Mittel beläuft sich also auf 10 598 000 Mark. Das sind nur wenige der großen Posten. Die Gesamtausgaben in den Haushaltsposten 1927 und 1928 stellen sich wie folgt:

	1927	1928
Allgemeine Ausgaben	1 080 600	1 232 000
Offene Pflege	10 598 000	11 010 000
Geschlossene Pflege	2 324 100	2 522 600
Berufshäuser	332 350	460 300
Gehäusches Stift	65 600	75 800
Lähne-Stift	24 300	30 500
Altersheim	51 000	58 000
Pflegehäuser	287 000	349 400
Mütter- und Säuglingsheim	95 000	108 700
Erlaubungs- und Pflegeanstalt	331 700	348 800
Mädchenheim	24 500	27 100
Obdachlosenheim Thonberg und Mödern	124 850	211 300
Bäckerei	627 200	304 700
Insgesamt	15 966 300	16 919 200

Dazu kommen für die öffentliche Jugendhilfe 5 404 100 Mark, für die Gefährdetenfürsorge 300 900 Mark, für Kriegerfürsorge 4 505 200 Mark, für die Arbeitsanstalt 327 900 Mark, für Wohnungspflege 325 800 Mark, für das Gesundheitswesen 560 300 Mark, für Untersuchungsanstalten 210 300 Mark, für Krankenanstalten 10 302 700 Mark und an Beiträgen für gemeinnützige Zwecke 255 000 Mark. Danach beläuft sich der Gesamtbetrag für die Wohlfahrtspflege der Stadt Leipzig auf 40 280 900 Mark.

In einem weiteren Artikel werden wir die Stellungnahme der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu diesem Wohlfahrtsetat darlegen.

Quittungender städtischen Vollstreungsbeamten

Wiederholt haben Schwindler versucht, sich Frauen als städtische Beamte vorzustellen, die den Auftrag haben, irgendwelche an die Stadt zu zahlenden Beträge einzutragen. Der Rat sieht sich daher veranlaßt, auf folgendes hinzuweisen: Die städtischen Vollstreungsbeamten haben die Quittungen über die an sie gezahlten Beträge nur in Durchschrifte-Quittungsbögen auszufertigen. Die Umschrift ergibt der Zahlende, die Durchschrift verbleibt in dem Quittungsbogen als Beleg für die Steuerbehörde. Die Umschriften tragen den Dienststempel und enthalten auf der Rückseite Anmerkungen in rotem Druck. Andere Quittungen der Vollstreungsbeamten sind ungültig. Die Steuerzahler wollen bei allen Zahlungen an städtische Vollstreungsbeamte darauf achten, daß diese ihnen die Ausweiskarte vorlegen und die Quittung nicht auf den Steuerbehörden, die Mahnung oder eine andere Zeferbung, sondern nur auf einen Vorbruck des Durchschriftenbogens schreiben.

Hierdurch erhalten die Steuerzahler die Gewissheit, daß sie tatsächlich an einen mit der Einholung von Geldbeträgen beauftragten Beamten des Stadtsteueramtes gezahlt haben.

Achtet auf eure Kleider

Vom Kriminalamt wird der Presse mitgeteilt: Am 25. Juni, zwischen 15 und 19 Uhr, wurde im Lust- und Sonnenbad Leipzig, Stünz aus den abgelegten Sachen einer Badenden ein schwarzer Herren

Wo ruft die Pflicht?

Schule.

Elternräte. Heute Mittwoch, 20 Uhr, im Gartenhaus des Volkshauses. Zur Tagesordnung stehen „Brennende Tagesfragen“. Vorher werden zwei Schulfilme gezeigt.

Elternratszentrale.

Grauen.

Schönesfeld. Wir treffen uns zum Besuch der Taubstummenanstalt am Donnerstag, dem 5. Juli, pünktlich 15.00 Uhr, am Ostbahnhof und schließen uns dem Osten an.

Thonberg-Neureudnitz. Die Genossen welche mit nach Oschatz fahren, treffen sich 7.30 Uhr Hauptbahnhof, Oschatz. Zug geht 8.16 Uhr.

Thonberg-Neureudnitz. Frauenabend Dienstag, den 17. Juli, 20 Uhr, im Himmelreich.

Jungsozialisten.

Moskau. Unser Abend fällt am Donnerstag aus. Wir treffen uns 19.30 Uhr am Museumseingang, Täubchenweg, zur Führung durch die Weltausstellung. Den Treffpunkt zur Fahrt machen wir am Donnerstag aus.

Die Südgruppe veranstaltet am Donnerstag, dem 5. Juli, eine Führung durch die Weltausstellung des Volkskundlichen Museums. Treffen 19.30 Uhr Museumseingang, Täubchenweg. Hübscher Genosse Rudolf Herre. Alle interessierten Genossen sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig. Freitag, den 6. Juli, 19.30 Uhr, im Volkshaus, Nebenzahl eins: Wichtige Sitzung der Gruppenvorsitzenden und Unterbezirksleitung. Wir haben eine Summe wichtiger Arbeiten zu erledigen. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Spieleiterkursus. Jede Gruppe ist verpflichtet, mindestens einen Delegierten zu entsenden. Abfahrt Sonnabend, den 7. Juli, 18.30 Uhr; Treffen 17.30 Uhr Hauptbahnhof (Ostseite). Übernachtung erfolgt in Zelten. Jeder Teilnehmer muss eine Decke mitbringen. Das Fahrgeld muss bis Freitag im Sekretariat abgeliefert sein.

Alt-Leipzig. Heute abend im Volkshaus, Kolonnade 2.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Osten I. Alle Orliesacher kommen nächsten Freitag bestimmt in die Schule um 19 Uhr zu einer Aussprache mit den Eltern. Geld muss bis dahin eingezahlt werden. — Am 15. Juli beteiligen wir uns an der Ortsvereinsveranstaltung: Ausflug nach den Rohrbacher Teichen. — Zu einer Rundfahrt fährt nach Großschön vom 20. Juli bis 3. August muss die Anmeldung baldigst erfolgen. Beitrag 4 Mark. — Am 22. Juli ist Badejahr nach Gautsch.

Weltbezieh. Donnerstag, den 5. Juli, 20 Uhr: Beiratsbesprechung in der Bibliothek Merseburger Straße. Die Hölzer von Plagwitz-Lindenau-Schleußig treffen sich 18.30 Uhr dasselben.

Heim-Maschern. Alle Kinder, welche sich im Helm befinden, sind wohlauf und bester Laune. Sie werden am Sonnabend zurückgebracht und kommen an im Bahnhof Paunsdorf 14.57 Uhr.

Heimweile-Maschern. Alle Lichtbildner werden gebeten, von allen Aufnahmen einen Abzug an Willy Städter, C 1, Töpferstr. 2, zu geben.

Mitglieder-Veranstaltungen

Freitag, den 7. Juli, abends 20 Uhr, in der Goldenen Krone Vortrag des Gen. Wilden: „Unsere Arbeit in der Organisation...“ — Das Sommerfest des Turnvereins ist am 15. Juli nicht 15. August

Die Rache der Luftschiffer

Der Leipziger Verein für Luftfahrt und Fliegwesen zeigt sich gern tüchtig. Er wollte seine Tüchtigkeit sogar durch Übernahme des Vorsitzes im gleichnamigen sächsischen Verband beweisen. Es gelang ihm auch, den Vorsitz zu erwischen. Als das erreicht war, erklärte er dem Rat: nun Geld her! Der Vorsitz macht Arbeit, die kostet jährlich 2400 Mark. Heraus damit! Der Rat parierte. Aber die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion lehnte ab. Der Luftfahrtverein stand das unerhört, sieht aber dennoch seine Bedeutung auf die Hölle herab. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion blieb trotzdem bei ihrer Ablehnung. Jetzt heult die Lust vom Luftverkehrsprotesten wieder. Man kann nur lächerliche Rache. Der Leipziger Verein für Luftfahrt und Fliegwesen legte demonstrativ den Vorsitz nieder. Schließlich gerente es ihn wieder. Was so 1200 Märtchen einem Leipziger Luftfahrtverein nicht alles für Schmerzen bereiten können.

Aber die Preisgabe des Vorsitzes war nicht der einzige Racheakt. Der Verein hatte auch die Absicht, Leipzig das Aufführungsspiel eines Köhl- und Hünenfeldstummens zu bereiten. Er hatte diesbezüglich bereits mit dem Rat verhandelt. Der Rat schien aber für dieses Theater nicht reiflos begeistert zu sein. Eine Meldung der Teilunion will wissen, er sei sich nicht ganz sicher, ob er eines solchen rätselhaften Schauspiels wegen, in der Stadtverordnetensammlung nicht beim Ohrbüppchen genommen werden könnte. Wir wissen nicht, was Wahres an dieser Behauptung ist. Da der Rat die Einladung nicht ergehen ließ, ist aus, das auch gleichgültig. An Stelle des Rates und nur der Luftfahrtverein die beiden Weltmärkte des 20. Jahrhunderts ein. Aber der Luftfahrtverein ist wankelmäßig wie Käfiggeiers Regenflockenbauer. Bei der Einladung hätte er nicht bedacht, dass er Rache schmieden mög. Rache ist die Ablehnung der 1200 Märtchen. Als ihm diese Unbedachtsamkeit ins Bewusstsein getrabt war, lud er die Köhl und Hünenfeld wieder aus. Du sollst nicht lachen! Die Sache ist ernst. Die Leipziger Bevölkerung soll einmal ernstlich zu spüren bekommen, was sie alles Böses der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken hat. Es hat sie Leipzig um den Vorsitz im sächsischen Luftfahrtverein, jetzt auch um den Vater einer Hünenfeld- und Köhlverein gebracht. In den Augen des Luftvereins ist das sicher das Schwere aller denkbaren Verbrechen. Wie sich muss da die Rache sein.

Die Leipziger Bevölkerung selbst wird allerdings auf den Kammeln gern verzichten. Sie wird sogar dem Luftfahrtverein noch Dank dafür wissen, dass er sich selbst in den Schwanz biss. Ein Schauspiel für Götter, hundertmal mehr wert, als eine Parade der Köhl und Hünenfeld.

Eltern, warnt eure Kinder

In den letzten Tagen „arbeitete“ im Südwinkel ein Schwindler mit folgendem Trick: Er sprach auf der Straße spielende Kinder an, schickte sie in Geschäfte, bei denen die Eltern der Kinder in der Regel ihre Waren einkauften. Den Kindern präsentierte er ein, dass sie die Waren für ihre Eltern holen und ausschreiben lassen sollten. Von den Kindern gebrachte Ware nahm er an sich und verschwand. Er war etwa 20 bis 30 Jahre alt, mittelgroß, schlank, bekleidet mit hellgrauem Anzug, zweireihig, geschlossen, weichem, grauem Hut und schwarzen Schnürschuhen.

Altes Theater. Das Gastspiel der Sommeroperette „My Chocolate“ mit Lydia Petrin in der Titelrolle wird bis einschließlich Donnerstag, den 12. Juli verlängert.

Krentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbstätige, Angestellte und Kriegsbeschädigte. Ausgabe von Rindfleisch, gute Qualität, Freitag, den 6. Juli, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 7. Juli, von 8 bis 14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis das Bünd 70 Pfennig. Außerdem findet Ausgabe von billigem Speck statt. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Die Polizei unter Auflage

84. Sitzung des Sächsischen Landtages.

Zur Verhandlung kam zunächst eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion

die Autobusunfälle im Gebirge bei der Reichspostverwaltung.

Es wird auf die Unfälle in Nume und Weiersfeld hingewiesen, bei denen nur durch die Umfahrt und Geistesgegenwart der Wagenführer Menschenleben nicht gefährdet wurden. Nach bisher unveröffentlichten Pressemeldungen soll die Schuld an beiden Unfällen der schlechten Beschaffenheit der Wagen bzw. der Bremsen ausgeschrieben sein. Die Regierung wird gefragt, ob sie bereit ist, auf die Reichspostverwaltung einzutreten, um diese zu veranlassen, die Sicherheit der Fahrgäste und des übrigen Straßenverkehrs auch im Gebirge zu gewährleisten.

Genosse Rauch meint, dass wahrscheinlich die polizeilichen Wortschatz über den Verkehr mit Kraftwagen nicht ausreichen. Mindestens sollte auf gebürgten Straßen das Fahren mit Anhängewagen verboten werden. Die Frage müsse auch erörtert werden, inwieweit gerade im Gebirge die Geschwindigkeit für die Kraftfahrzeuge noch weiter herabgesetzt ist.

Ministerialdirektor Dr. Alten: Die sächsische Regierung sei bereit, auf die Reichspostverwaltung im Sinne der Anfrage einzutreten.

Besoldung der Arbeiterturner durch die Heldt-Regierung!

Während nach einer Ministerialverordnung zum Deutschen Sängerbundesfest in Wien, wie auch zum Deutschen Turnfest in Köln — also bürgerlichen Veranstaltungen! — den Beamten Urlaub ohne Abrechnung auf den Erholungsurlaub gewährt werden kann, hat der „demokratische“ Innensenator ein Gefüll des Arbeiters-Landes-Sportfests, Beamten zur Teilnahme am 3. Sächsischen Arbeitert-Turn- und Sportfest in Dresden Urlaub zu gewähren, abhängig beschieden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat daher in einem Antrage die Regierung erachtet, auf dem Verordnungswege zu bestimmen, dass Beamten, die am Arbeitert-Turn- und Sportfest teilnehmen wollen, unter denselben Bedingungen Urlaub zu gewährt wird, wie den Teilnehmern am Deutschen Turnfest in Köln und dem Sängerbundesfest in Wien.

Genosse Hartig meint, es entspräche dem allgemeinsten Gebot der Demokratie und dem Grundsatz der elementarsten Gerechtigkeit, wenn man der Arbeitert-Turn- und Sportbewegung dieselbe Belehrung und Unterstützung zuteil werden ließe, wie der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung.

Die Regierung lehnt durch Ministerialrat Schulze erklärte, dass sie in Übereinstimmung mit der Reichsregierung allgemeine Verurlaubungen von Beamten ohne Abrechnung auf den regelmäßigen Erholungsurlaub bisher nur bei solchen sportlichen und ähnlichen Veranstaltungen ausgezeichnet habe, die das ganze Reichsgebiet umfassen. Bei dem 3. Sächsischen Arbeitert-Turn- und Sportfest in Dresden handelt es sich nur um eine sportliche Veranstaltung innerhalb der Grenzen des Freistaates Sachsen.

Der Antrag wurde, da die Bürgerlichen gegen seine sofortige Schlussverratung Widerspruch erhoben, dem Rechtsausschuss zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Dann kam der Polizei-Etat

zur Beratung. Hierzu hatte Genosse Liebmann, der den ausführlichen Ausschussbericht gab, eine Anzahl Minderechtsanträge eingereicht.

Gefordert werden eine Nachprüfung, inwieweit eine Erhöhung der Gehälter und Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten aller Polizei-, Gendarmerie- und Kriminalbeamten möglich ist, weiter besondere Entschädigungen für außerplanmäßige Dienstleistungen, und praktische Versuche zur Einführung des halbstreifen Uniformrocks. Andere Minderechtsanträge betreffen die Fortbildung der Polizeibeamten, die Stellenzulagen der Gendarmerievolksschulbeamten usw.

Der Kommunist Siewert begründete einige Anträge seiner Fraktion auf Aufhebung der politischen Polizei, auf Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten wegen der Zusammenstöße zwischen Polizei und demonstriierenden kommunistischen Jungarbeitern anlässlich des kommunistischen Reichsjugendtages in Chemnitz und auf Aufhebung des Verbots der Aufführungen der Berliner Piscator-Bühne in Löbau und Bautzen.

Der Rechtsausschuss beantragte die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wegen der Auswahl der Belegschaft für die Landespolizei. Der Antrag wurde jedoch in einem Minderheitsantrag von Liebmann wieder aufgenommen.

Der Demokrat Dr. Dehne, verlangte in einem Minderheitsantrag von der Regierung, dass sie zu sorgen, dass in der Landespolizei nur Lehrkräfte beschäftigt werden, die fest auf dem Boden der Berufsausbildung stehen.

Genosse Edel begründete die sozialdemokratische Interpellation über die Verhaftung und standlose Behandlung von Wahlplattformlebern in Dresden, die teilweise auf der Polizeiwache photographiert und entlaufen waren (!!!).

Genosse Liebmann:

Die Sozialdemokratie tritt der Polizei nicht als Feind gegenüber. Die Polizei ist eine notwendige Einrichtung zum Schutz der Republik und zum Schutz der Einwohner gegen Verbrechen. Wir wollen, dass die Polizei Helfer und Freund der Bevölkerung sei. Wir verlangen, dass die Polizei in ihrer Einstellung republikanisch ist. Das gilt für die Beamten wie für die Offiziere.

Die Polizei muss so organisiert sein, dass sie testlos zum Schutz des Publikums verwendet werden kann. Was wir verlangen, ist eine Forderung, die jeder Staatsbürger, der auf dem Boden der Republik steht, als selbstverständlich auffassen sollte.

Testmäßig ist es aber sehr schwer, diese selbstverständlichen Forderungen durchzuführen. Das erklärt sich aus der Tatsache, dass die Polizei nicht nur ein Instrument zum Schutz gegen Verbrecher ist, sondern gleichzeitig ein Instrument für die bestehende Klasse. In diesem Rahmen wird sie dazu verwendet und organisiert. Auf die Organisationsform geht auch unser Kritik zurück. Der militärische Geist der Polizei ist also kein zufälliger, sondern entspringt diesen Zwitteraufgaben, die von der Polizei zu lösen sind. Es ist natürlich etwas ganz anderes, ob man eine geschlossene Formation einsetzt zur Verfestigung der Republik oder gegen republikanische Staatsbürger. In letzterem Falle muss man sie militärisch drücken, muss man die Offiziere herausheben und zu Halbgöttern machen, damit die Mannschaften nichts weiter als das geistige Werkzeug in der Hand der Offiziere sind. Wenn ich von Kastengeist gesprochen habe, so ist das kein Kampf gegen Personen gegen einen Stand, sondern

ein Kampf gegen das System,

das solche Missstände zeitigen muss. Halbgötter Elemente, die die Macht, die ihnen das System über die Mannschaften gibt, missbrauchen, müssen wir allerdings schonungslos kritisieren, weil ein anderer Schuh der Polizeibeamten gegen solche Übergriffe der Offiziere gar nicht gegeben ist. Wenn der Minister sagt, er wolle keine relevantenmäßige Behandlung der Beamten, aber eine gewisse militärische Ausbildung sei notwendig, so darf man sich nicht wundern, wenn die Offiziere, die aus dem militärischen System herüberkommen, aus diesen Worten in der Praxis ein militärisches System mit all seinen Auswirkungen machen.

Alle Überheblichkeit der Offiziere gegen die Beamten und die wegwerfende Behandlung sind die Folgen dieser militärischen Organisation.

Der Minister, der den Reformwillen hat, holt sich einen alten Generalstabler, der ihm die Reform machen soll. Der Karabinerliebster liegt darin, dass man ungeeignete Leute eine Aufgabe überträgt, die sie nicht gewachsen sind. Dazu

kommt, dass der Minister seinem Mitarbeiter absolut freie Hand lässt. Der Minister sagt, es handle sich eigentlich um eine Ausgabe des Polizeipräsidenten. Entscheidend ist aber, dass nicht die Polizeipräsidienten maßgebend sind, sondern die technischen Leiter.

Der Major Trübenbach hat sein Herz im vorigen Jahre mit im Urlaub genommen und dann dort zugrunde geritten, so dass es für 300 Mk. verkaufen musste. Der Mann ist dann verletzt worden; er ist zwar nicht Kommandeur, aber doch stellvertretender Leiter der reitenden Abteilung in Chemnitz geworden. Das ist die Strafe für den Herrn, der so mit Staatseigentum umgeht. Kein Wunder, wenn die Offiziere keinen Respekt vor der Regierung haben. Umgekehrt ist es mit der Art,

wie die Mannschaften behandelt werden.

Wims bis oben hinaus, dass es den Leuten zum Erbrechen ist, Egerten, Sturmangriffe, Strommäste! Damit die Leute straßen weggehen können von Vorgesetzten, werden extra die Schertwendungen vor Vorgesetzten geliefert!

Zur Ausbildung der Polizeibeamten bemerkt Liebmann, man verhindert heute absichtlich, dass Beamte mit einfacher Volksschulbildung, die in Meilen aufgenommen werden, einen größeren Allgemeinwissen erwerben. Dann sind die Bedingungen zur Teilnahme an den Offizierskursen nicht erfüllt, und so bleiben die Offiziersstellen den Söhnen der bestehenden vorbehalten.

Wünschenswert wäre es, wenn bei der sächsischen Polizei etwas von dem Fortschrittsgeist zu verprüfen wäre, der in der preußischen Verordnung über das Verhältnis zwischen Mannschaften und Polizeioffizieren zum Ausdruck kommt. Die Offiziere sollen dort die Beamten mit „Herr“ anreden. Uns ist die preußische Polizei nicht das Vorbild. Aber wenn erst einmal in der sächsischen Polizei erreicht wird, dass die Offiziere auch gezwungen sind, die Beamten wie Gleisbegründer zu behandeln, wären wir ein tüchtiges Stütz vorwärtsgekommen.

Der Polizeioberleutnant Weigel bestätigt an den Sonntagen die Studien und prüft dabei die Beamten in Gegenwart ihrer Angehörigen in der unerhötesten Weise herunter. Der Polizeihauptmann Hübler nimmt sich die Freiheit, ausgerechnet am 1. Pfingstferiertag für die Polizeibeamten Waffentreffen anzutragen. Und als die Beamten sich daneben mehren, müssen sie es trotzdem machen. (Zutreffend bei den Soz.: Unglaublich!) Deshalb Oberleutnant Weigel war an einem Tag so besoffen, dass er umgehauen in Unterhosen dort herumgelaufen ist. Die Mannschaft hat sich den Spaß gemacht und hat ihm ein Wäschekleid in das Bett gesetzt, und dann hat er sich hineingelegt. Die Regierung hat den Herrn dann vernommen, der sich aber auf den Vorfall nicht beklagen konnte. Und die Regierung erklärt, dass da weiter nichts zu machen ist.

Ein Offizier wird dabei erwischen, wie er abends vom Ausgang zurückkommt. Es ist im Aivil und spricht mit einem Wachtmeister. Letzterer trinkt ein Glas Bier für sich und der Offizier trinkt ein Glas Bier. Zusätzlich kommen der bekannte Kanthel und der Polizeipräsident Kühn, die eine Inspektion machen. Sie stellen den Mann zur Rede und finden, es sei eines Offiziers unvölkig, dass er mit einem Polizeibeamten redet. Die Regierung hat diesen Fall untersucht und den Herren Kühn und Kanthel recht gegeben!

Eine unerhörte Freiheit ist es, wenn der Polizeipräsident Kühn sagt, es sei eine Denunziation, wenn sich Beamte mit Abgeordneten in Verbindung setzen. Dabei habe ich gar keine Verbindung mit Leuten, die bei ihm beschäftigt sind.

Der neue Polizeimajor Oberleutnant Deizner ist offenbar ein Freund von Punktrollen und Schlanker Linie. Er ordnet an, dass Leute, die einen fetten Bauch haben, nicht befördert werden. Der Major kann aber einen fetten Bauch haben und trotzdem befördert.

Wie lehnen das Polizeikapitel ab.

Wir werden kämpfen, bis an die Stelle dieses Systems der Unterdrückung und des Missbrauchs der Gewalt innerhalb der Polizei ein System tritt, das die Beamten mit den Offizieren gleichberechtigt macht, das aus diesem Instrument zur Unterdrückung der Arbeitersklasse ein Instrument zum Schutz der Republik und zum Schutz des Publikums vor den Verbrechern macht. (Beispiel bei den Soz.)

Dann sprach noch der Kommunist Siewert, der verschiedene Minderheitsanträge auf Streichung der Stellen der drei Polizeipräsidien in Dresden, Leipzig und Chemnitz, Aufhebung der Kaiserierung der Polizei, Abschaffung der schweren Bewaffnung der Polizei und dergleichen einbrachte.

Polizeiminister Dr. Apelt: Die Polizeibeamten haben in den vergangenen Jahren ihre Pflicht getan. Das heutige System habe nicht er geschaffen, sondern seine sozialistischen Vorgänger. (Widerpruch bei den Soz.) Vor der Notwendigkeit einer Neorganisierung des Apparals sei er jedoch überzeugt. Eine weitere Aufgabe der Regierung werde es auch sein

Sächsische Angelegenheiten

Die Unschuldsgel

Winkler und Heidel gefündigt.

Endlich hat der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes dem Drängen seiner Mitglieder nachgegeben und die beiden NSP-Helden Max Winkler und Oswald Heidel zum gesetzlichen Kündigungstermin (31.12.1928) gefündigt. Ebenfalls wurde, wie der Volksstaat schreibt, dem Herrn Niekisch ein Schreiben zugesetzt, worin ihm mitgeteilt wird, daß der Hauptvorstand des DTB die Mitgliedschaft des Herrn Niekisch als erlossen betrachte.

Die Textilarbeiter werden aufzutun, daß endlich dieser Appell da ist, daß zwei ihrer leitenden Angestellten einer Partei angehören, die offen im nationalsozialistischen Fahrwasser segelt, von ihrer Organisation genommen ist.

Natürlich heult der Volksstaat und mit ihm die bürgerliche Presse die bittersten Tränen, daß der Textilarbeiter-Verband endlich zu dieser Maßnahme gegriffen hat. Im Tome des Biedermanns wirkt der Volksstaat die Frage auf, "ob das die politische Neutralität der Gewerkschaften sein soll?"

Die Herrschaften sind stark verwöhnt! Sie glauben, daß mit der Kündigung zweier Angestellten in einer Organisation bereits die Neutralität verletzt wäre. Sie verwechseln ihr eigenes persönliches „Ich“ mit den Interessen der Gewerkschaften. Und dieses Interesse verlangt gebieterisch, daß nirgendwo Leute tätig sind, deren politische Anschauungen denen der Arbeitersklasse diametral gegenüberstehen.

Alle Forderungen der Gewerkschaften, die von der SPD in Form von Anträgen dem Parlament unterbreitet wurden, konnten nur abgelehnt werden, weil die NSP mit der Reaktion ging. Wir erinnern nur an die Ablehnung der Schaffung eines Gesamtbetriebsrates für die Sächsischen Werke, an die Ablehnung der Ausszahlung der Weihnachtsunterstützung an die Forstarbeiter, an die Ablehnung aller Anträge zum Arbeiterschutz, an die miserable Verschandelung der Aushelohnordnung für Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Ablehnung der Anträge zum Schutz der Bergarbeiter, an die Ablehnung der maßgebenden Anträge zum Jugendschutz usw. Daneben wollen wir auf die nationalsozialistische Politik der NSP, die sich von der des Herrn Hitler fast in gar nichts unterscheidet, hinweisen.

Die politische Linie der NSP war und ist arbeiterfeindlich, sie ist außerdem nationalsozialistisch im schlimmsten Sinne des Wortes, und deshalb war es nur ein Gobot der Reinlichkeit, daß vor längerer Zeit das Reichsbanner, dann die Gewerkschaften und jetzt auch der Textilarbeiterverband die Trennungslinie zwischen ihren Organisationen und den Mitgliedern der NSP gezogen haben.

Tagung der Kriegssöpfer

Der Gau Freistaat Sachsen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, hielt Ende Juni 1928 in Jüttendorf seinen Gaukongress ab. Neben 100 Delegierten konnten eine große Anzahl Vertreter der Landes-, Reichs- und städtischen Behörden begrüßt werden. Die Stadtverordnetenfraktion der sozialdemokratischen Partei der Stadt Jüttendorf, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Ufa-Bund hatten Vertreter entsandt. Der Bundesvorstand des Reichsbundes war durch seinen Bundesvorsitzenden, Genoss Pfändner, Berlin, vertreten.

Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß der Gauvorstand in den nächsten zwei Jahren bestrebt gewesen war, eine einheitliche Heilbehandlung für nicht versicherte Verfolgungsverletzte zu erzielen. Den Bestrebungen ist der Erfolg nicht veragt geblieben. Nach 17 monatiger Dauer hat der Landtag sich bis auf einige Punkte den Forderungen des Reichsbundes durch Annahme einer Anzahl Anträge angeschlossen. Die Bemühungen des Gauvorstandes, weitergehende Förderung der Siedlungsprojekte zu erreichen, sind ebenfalls nicht ohne Erfolg geblieben. Die Landesregierung hat sich den Argumenten des Reichsbundes nicht verschließen können, für das laufende Rechnungsjahr 1 Million Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Eingabe des Reichsbundes auf Betreibung von erhöhten Beträgen hat beim beim Sächsischen Landtag in Frage kommenden Ausschuss Anlaß geboten, zu beantragen, über die bisher bereitgestellten und bewilligten Mittel hinauszugehen.

In organisatorischer Hinsicht konnte festgestellt werden, daß bezüglich der Mitgliederbewegung in der Vergangenheit weitere beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Auch die finanziellen Verhältnisse des Gaus müssen als außerordentlich gute angesehen werden. Die Kassenführung war anerkanntermaßen, wie durch Revisoren zum Ausdruck kam, eine gute und geben der Gautagung Veranlassung, dem Kassierer einstimmig Entlastung zu erteilen.

Seine Aufgabe über das Thema: "Streitfälle durch die Sozialpolitik", zu sprechen, hat sich der Bundesvorsitzende Pfändner in glänzender Weise entfaltet. Ohne auf die Einzelheiten des Referates an dieser Stelle einzugehen, muß gesagt werden, daß der Referent in eindrucksvoller Weise die sozialistische Berechtigung der Forderungen der Kriegssöpfer dem Staat und der Allgemeinheit gegenüber nachwies. Die wesentlichen im Referat behaupteten Forderungen wurden in Entschließungen, die an die Reichsregierung weitergeleitet werden sollen, verankert. Zwei weiteren Entschließungen, Fürsorge und Siedlungsfragen betreffend, wurden ebenfalls einstimmig zugestimmt. Diese Entschließungen sollen an den Landtag und die Landesregierung weitergeleitet werden.

Arbeitsnachweis und Gemeinden

Es ist oft darüber gesagt worden, daß die Inanspruchnahme der öffentlichen Arbeitsnachweise durch Gemeinden und Gemeindeverbände sehr mangelhaft sei. Nachdem sich auch der Landtag für eine möglichst weitgehende Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise durch die Gemeinden ausgesprochen hat, bringt jetzt das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine Verordnung an, die Kreis- und Amtshauptmannschaften heraus, die diese auffordert, darauf hinzuwirken, daß auch die öffentlichen Betriebe den Arbeitsnachweis in Anspruch nehmen, da das Ansehen der Arbeitsnachweise sonst darunter leiden könne. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium glaubt zu dieser Auflösung um so mehr Anlaß zu haben, als auf der Grundlage des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Pflege und Auswertung der Arbeitsnachweise durch öffentliche Arbeitsvermittlung noch wirksamer als bis-

Stahlkrieg in Sicht!

Von Erich Heller.

Wenn eine günstige industrielle Konjunktur einsetzt, haben die Kapitalisten Sorgen. Sie müssen die Produktion mit allen Mitteln steigern, um die günstige Gewinnmöglichkeit auszunutzen. Wenn die Zeit der Wirtschaftskrise heranrückt, beginnen neue Sorgen. Die Absatzmöglichkeiten werden geringer. Noch scheint alles in bester Ordnung zu sein — die Unternehmer spüren aber schon die herannahende Krise.

Was sollen sie machen? Gewöhnlich werden noch die letzten Monate der Konjunktur bis zur Krise ausgenutzt. Man erhöht die Preise, um zu retten, was zu retten geht. Nach ihnen die Sintflut. Die leichten, die kleinen Mitläufer, beißen die Hunde. Hand in Hand damit geht ein Lohndruck: man sucht die Kosten der Krise auf das Proletariat abzuwälzen. (Ein bequemes Mittel dazu ist eine Koalition in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs!) Neben all dieser inneren Auseinandersetzung gegen die Krise geht noch eine Mobilisierung aller Kräfte nach außen vor sich. Durch gestiegerte Ausfuhr will man das inländische Misverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeiten und Absatzmöglichkeiten ausgleichen. Der Kampf um die Absatzmärkte gelangt auf einen Höhepunkt.

In so einer Situation befinden sich die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Ultade Fords und der General Motors auf dem europäischen Automobilmarkt, das Vordringen der Standard-Oil-Betriebsstellen bis in das kleinste vogtländische Dorf beweisen die zunehmenden Schwierigkeiten im eigenen Lande. Das „amerikanische Konjunkturwunder“ entwölft sich immer mehr zu einer sehr irrischen und — vergänglichen Anlegesicherheit. Bisher waren es aber nur einzelne Wirtschaftszweige der USA, die so aussfällig nach dem europäischen Markt tendierten. Man konnte es nur für eine Episode oder höchstens ein Symptom halten. Fords Absatzschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten hielten man z. B. für nicht allgemein beweiskräftig.

Jetzt beginnen aber andere Industriezweige ihre Führer nach Europa auszustrecken, die in ihrer Bedeutung die Allgemeingültigkeit des amerikanischen Exportbeherrschens und Exportzwanges beweiskräftig zu bestätigen scheint. Es ist dies vor allem die amerikanische Stahlindustrie, die ihre Augen nach Europa lenkt. Nach den Konsumationsmittelindustrien sehen sich also auch die amerikanischen Produktionsmittelindustrien gezwungen, vor dem Namen der inländischen Krise auf den Auslandsmarkt zu flüchten. Begonnen hat die Geschichte mit den Reisen einiger amerikanischer Industriekapitäne über den Ozean. Da kam zuerst mal E. P. Thomas, der Leiter der United States Steel Products Company, Exportorganisation des Stahltrusts, nach Europa. Dann fuhr der Generaldirektor der Truscon Steel Comp. über den Ozean. Ihm folgte prompt Charles M. Schwab, der Präsident der Bethlehem Steel Corporation, des zweitgrößten nordamerikanischen Stahlunternehmens. Um aber das Rennen der amerikanischen Stahlmonarchen vollständig zu machen, erschien auch noch Taylor, der Leiter der United States Steel Corp., in eigener Person.

Was aber das Merkwürdigste an der ganzen Angelegenheit ist, daß all diese genannten Herrschaften samt einem stattlichen Stab ihrer Untertanen alleamt nach England kamen. Anfangs dachte man, daß es sich hier um einen Art anglo-amerikanischer Sympathie handle. Oder daß die Stahlönige zur Golf-Saison nach England fahren. Manche vermuteten sogar, daß es um den Einkauf eines halben Dutzends schottischer Herzöge ginge, denen man für Stahlmillionen benötigte ... Aber all das stimmt nicht. Es geht um mehr, bei dem amerikanischen Stahlbesuch in England. Vor allem will man einmal die Absatzmöglichkeiten für amerikanischen Stahl prüfen. Dazu kommt aber noch etwas anderes: Die englische Stahlindustrie ist unmodern und in tausend kleine Unternehmen gestückelt. Ihre Unrentabilität nimmt von Jahr zu Jahr zu. Es fehlt eine starke Führungspersönlichkeit, um sie zu einem, und eine gehörige Portion Geld, um die notwendigen Fusionierungen und Stilllegungen durchzuführen. Bei alldem hat aber die englische Stahlindustrie doch eine Schlüsselposition in Europa inne. Von ihr hängt es ab, ob der Europäische Stahlmarkt wirklich europäische Bedeutung erlangt. Denn bisher blieben die Engländer — zwar höflich, aber doch unerbittlich — in einer splendid Isolation (glänzender Isolation) außerhalb dieser Konvention. Die Amerikaner haben diese beiden Möglichkeiten sofort ergriffen. Einerseits ist es dem amerikanischen Kapital möglich, bei der bevorstehenden Rationalisierung und Konzentration der englischen Stahlindustrie sich maßgebenden Einfluß zu sichern. Andererseits können sie in einer Zusammenarbeit mit England, der kontinentalen Rohstahlgemeinschaft die größten Schwierigkeiten bereitstellen.

Ein interessantes Bild der gegenwärtigen Machtverhältnisse zeigen nachstehende Zahlen der Produktionsentwicklung für die Länder der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft, der Vereinigten Staaten und Englands.

Rohstahl	1924	1925	1926	1927
Gemeinschaft	in Prozenten der Weltproduktion			
Rohstahl-Gemeinschaft	32,0	32,5	33,6	35,5
USA	48,5	48,5	50,4	42,9
England	10,0	8,2	3,1	8,6

Wir sehen hier ein Ansteigen des Anteils der Länder der Rohstahlgemeinschaft und eine Abnahme

des nordamerikanischen Anteils um fast sechs Prozent der Weltproduktion. Eine ähnliche Tendenz zeigen die Produktionsziffern beim Rohstahl:

Rohstahl	1924	1925	1926	1927
Gemeinschaft	in Prozenten der Weltproduktion			
Rohstahl-Gemeinschaft	29,1	28,5	30,0	32,3
USA	48,9	50,8	52,4	44,8
England	10,6	8,3	3,9	9,2

Auch hier sehen wir wiederum, daß die Länder der Kontinentale Rohstahlgemeinschaft ihre Position stärker und beständig verteidigen, während der Anteil der Vereinigten Staaten zurückging. Aus beiden Tabellen ist aber auch klar zu erkennen, welche entscheidende Rolle England bei einer zünftigen internationalen Rohstahlverbindung oder einem internationalen Abschlampf spielen kann. Die Frankfurter Zeitung (Nr. 459) schreibt zu den amerikanischen Plänen:

"Es ist sehr wohl möglich, daß bei Plänen über eine Internationalisierung am europäischen Stahlgeschäft die Vorstellung herrsche, auf diese Weise zu einem erfolgreicherem Partner für eventuelle Abmachungen über das internationale Stahlgeschäft gesucht zu werden und über eine Einflussnahme auf die englische Industrie nicht nur zu einer Verstärkung mit einem der europäischen Exportkonkurrenten zu kommen, sondern auch mit den übrigen."

Vorläufig ist bereits Charles M. Schwab der Präsident der Bethlehem Steel Corporation, in die Leitung der Finance Company of Great Britain and America eingetreten. Dieses Unternehmen wurde von Sir Alfred Mond gegründet und hat sich die Förderung der Konzentrationsbewegung in der Stahlindustrie als Aufgabe gestellt. Mit Hilfe von amerikanischem Kapital und amerikanischen Sachverständigen will man die englische Stahlindustrie modernisieren und rationalisieren. Von ganz besonderer Bedeutung ist, daß Schwab der englischen Stahlindustrie geraten hat, bei ihrer Regierung für Schuhlässe einzutreten. Es beweist, wieviel die Vereinbarungen zwischen den amerikanischen und englischen Kapitalisten schon fortgeschritten sein müssen, daß ein amerikanischer Industrieller für englische Industriezweige eintritt. Es zeigt dies aber auch die „eiserne Internationale“ des Kapitals und die allgemeine Nicht beachtung der Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes.

In den Vereinigten Staaten selbst gingen die Gruppen in ihren Ausführungs- und Erforschungskontingenzen des europäischen Marktes ursprünglich getrennt vor. In letzter Zeit hat jedoch ein beschleunigter Zusammenschluß stattgefunden: Der United States Steel Trust und die Bethlehem Steel Corporation haben nämlich eine gemeinsame Exportorganisation, die Steel Export Association of America, gegründet. Dieses neugegründete Unternehmen erfüllt mehr als Dreiviertel der Gesamtexport von Walrostahl und ist an Produktionsmöglichkeiten und Kapazität der gesamten deutschen Stahlindustrie um ein Vielfaches überlegen. Auf der anderen Seite wurde wiederum Schwab, der Leiter an dieser neuen Exportgesellschaft maßgeblich beteiligt. Bethlehem Steel Corporation, zum Präsidenten des American Iron and Steel Institute gewählt. Dieses Institut hat die Aufgabe, die enge Zusammenarbeit zwischen den gesamten nordamerikanischen Stahlunternehmungen herzustellen. Daraus ergibt man, eine wie enge Zusammenarbeit der nordamerikanischen Stahlindustrie zuwege Eröberung des europäischen Marktes geplant ist. Auf der anderen Seite läuft noch eine Reihe von Plänen einzelner amerikanischer Gesellschaften, in Europa eigene Produktionsstätten zu errichten. Zollfreiheit, die erhöhte Schlagkraft im Konkurrenztempo und vor allem die niedrigen europäischen Zölle scheinen die Hauptgründe für denartige Pläne.

Diese Pläne des amerikanischen Stahlkapitals sind geeignet, den internationalen weltwirtschaftlichen Konkurrenztempo wesentlich zu verschärfen. Sie werden zweifelsohne auch eine entscheidende Rolle spielen, wenn der Tag kommt, an dem über das Schicksal der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft das letzte Wort gesprochen wird. Gerade deren leichte Verhandlungen haben deutlich gezeigt, daß trotz aller Bemühungen Polen nicht beitreten will und auch die Frage der Verkaufsgemeinschaften keine Fortschritte macht. Der bevorstehende Vorstoß der amerikanischen Stahlindustrie sollte deshalb Probleme auf, die auch für die Arbeiterschaft von der größten Bedeutung sind.

Berksammlungskalender

Mittwoch, 4. Juli 1928.

Bauhütte- und Tiefbauarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr.

Donnerstag, 5. Juli 1928.

Bund soz. Freiburger, Ortsgruppe Lindenau-Plagwitz-Schleußig, Felsenkeller, 19,30 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Tafeln ersichtlich.

her zur Durchführung gebracht werden soll. (Sehr schöne Worte, die zu den wahren Zuständen in der kapitalistischen Gesellschaft passen wie die Faust aufs Auge. D. Red.) Auch leichter die Gemeinden Arbeiten an Unternehmen vergeben, soll nach Möglichkeit auf eine vertragliche Bindung der Unternehmen hingewirkt werden, ihre offenen Stellen beim Arbeitsnachweis anzumelden und ihre Arbeitskräfte von diesem zu zeichnen. Ferner soll auch von den Angeboten der Arbeitsnachweise von den Gemeinden in möglichst großem Umfang Gebrauch gemacht werden.

Anglaublicher Roheitstakt

Ein kaum glaublicher Akt der Roheit wurde in Meßbach bei Plauen aufgedeckt. Bei der zuständigen Gendarmeriestation war die Meldung eingelaufen, daß der geisteschwache landwirtschaftliche Gehilfe Arno Enders im Kuhstall seines Bruders, des Gutsbesitzers Oswald Enders, eingesperrt sei. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß Oswald Enders seinen Bruder im Laufe der letzten Jahre, namentlich aber während der letzten Monate, in unmenschlicher Weise behandelt hatte, so daß der geisteschwache

Bruder vollständig verwahrlost war. In den letzten zwei Jahren hat der Mann fast immer sein Nachtlager im Kuhstall ausgeschlagen müssen. Der Gutsbesitzer kümmerte sich sehr wenig um seinen kranken eingesperrten Bruder und verlor ihn unzureichend mit Nahrung. Der Eingesperrte trug vollständig zerlumpte Kleidung, hatte langes ungekämmtes Haar und starnte vor Schmutz. Er war bis auf das Skelett abgemagert. Der Gutsbesitzer wurde verhaftet und der misshandelte Bruder zu einem Arzt nach Plauen gebracht.

Muttertragödie

Eine 19 Jahre alte, bei einem Gutsbesitzer in Schleußig beschäftigte Hausangestellte erschuf diesen, sie zur Entbindung nach ihrer in Köhra gelegenen elterlichen Wohnung zu fahren. Der Gutsbesitzer wollte diesem Antrage nachkommen. Seine Frau, die den Abort betrat, stellte fest, daß sich in dem Abfallstock deselben etwas bewegte. Mit Hilfe einiger Leute gelang es, ein neugeborenes Kind, dessen Kopf in ein Tuch eingewickelt war, zu bergen. Das Kind wurde in das Säuglingsheim des Bezirksoberbaudirektors Grimma aufgenommen, während die junge verzweifelte Mutter, die heimlich entbunden hatte, in ein Krankenhaus übergeführt wurde.

Imomtür-Olympioniklünf in innen Mönchen Röhring.

Linzum am 10. Juli 1928. Ende Vomabend, am 21. Juli 1928.

Olympia nur am Mitgliedern. Bronzierung im Linzum-Polygoitz u. Vomabend, n. O. m. s. g.

Kampf um den Bund

II.

Was ist die Aufgabe der kommunistischen Jugend im Arbeitssport?

Die kommunistische Jugend hat eine besondere wühlerische Aufgabe im Arbeitssport zu verrichten. Kennzeichen der Durchführung dieser Aufgabe sind zum Beispiel unter der Leipziger Arbeitssportjugend in letzter Zeit klar zutage getreten. Irene Selmann hat die KJ-Leipzig in dieser Beziehung in den Arbeitssportlern Winkler (Verwalt.-Süd Connemara) und Blache (Fr. Eicht, Mödern), den Führern der Sportlerjugend „Opposition“, Richtigung und maßgebend für die Tätigkeit der KJ unter den Arbeitssportlern sind die Weißflüsse der kommunistischen Jugendinternationale. Der 4. Kongress der kommunistischen Jugendinternationale 1928 beschloß sich mit dem besonderen Punkt „Zur Sportfrage“ und legte die Arbeit der kommunistischen Jugendverbände im Arbeitssport in sehr umrissten Richtlinien fest. Es ist noch nichts bekannt geworden, daß diese Richtlinien irgend wann und wie außer Kraft gesetzt wurden, daß dagegen nach ihnen jetzt mehr als sonst gearbeitet wird, dafür sprechen die Vorgänge in der Arbeitssportjugend. Was verlangt die kommunistische Jugendinternationale? Hier die Beschlüsse des 4. Kongresses.

I. ... Fraktionsarbeit innerhalb der Sportorganisationen durch Bildung von kommunistischen Fraktionen auszunehmen, rote Bloß zu bilden und diese Bloß durch Fraktionen zu leiten, Sportvereine in den leitenden Verbandsräterschaften zu schaffen und die Arbeit in den Betriebsvereinen aufzunehmen.

2. Die Angräben sind von der KJO nur in sehr geringem Maße durchgeführt worden. Die meisten Verbände sind über die Bildung des Sportvereins nicht hinausgekommen. Nur einzelne Verbände haben auf diesem Gebiet mit Erfolg gearbeitet.

Die KJO hat auch gegen die „Neutralitätsklärung“ der Arbeitssportorganisationen zu wirken, weil sie zum Desmantel der konträren revolutionären Bestrebungen wird.

4. Der 4. Weltkongress stellt der KJ die Aufgabe, die Arbeit in den Arbeit-Turn- und Sportorganisationen stärker in Angriff zu nehmen. Durch die Arbeit der KJ müssen die Arbeit-Turn- und Sportorganisationen zu Organisationen des proletarischen Klassenkampfes werden. Um das zu erreichen, muß die KJ die vom 2. Weltkongress und der 4. Beraufstellung aufgestellten Arbeiten durchführen, in allen leitenden Verbandsräterschaften Sportvereine bilden, Fraktionsbildung und Gründung der roten Bloß durchführen und die Initiative zur Gründung von Arbeitssportvereinen ergriffen, wo solche noch nicht bestehen.

II. 1. Bei der Frage der sogenannten Kulturorganisationen hat es sich gezeigt, daß in den Reihen der mit der kommunistischen Bewegung sympathisierenden Elemente und bis hinein in die kommunistische Bewegung selbst, unsichtige und gefährliche Auffassungen über die Notwendigkeit einer besonderen roten Kulturbewegung und -organisation bestehen. Diese Tendenzen, die auf Schaffung der sogenannten „roten Säule“ der Arbeitbewegung mit Führung des Kampfes gegen die bürgerliche Kultur ausgehen, sind zu kennzeichnen als Überbleibsel einer sozialdemokratischen Auffassung über Klassenkampf und Revolutionäre und aus schärfste zu bekämpfen.

3. In den Ländern, wo die Vereinigung durch Zusammenfassung oder in Form von Sport- und Kulturtakten schon durchgeführt ist, müssen die KJO das Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Turn- und Sportorganisationen legen. Als Übergangsform zur einheitlichen Arbeit der Turn- und Sportorganisationen in Landesmaßstab werden die KJO, die Arbeitssportartikel unterstehen. Der 7. Reichskongress der kommunistischen Jugend Deutschlands dagegen beschloß:

IV. ... Durch die Stärke und übertriebene Betonung der politischen Neutralität haben sie zu einem großen Teil die unmittelbare Annäherung mit dem allgemeinen proletarischen Klassenkampf gelöst und auch äußerlich begonnen, sich in ihrer sportlichen Tätigkeit den Funktionären der bürgerlichen Verbände anzunähern (Prämissen-System). Die Arbeitsgemeinschaftspolitik hat auch in der Sportbewegung vielfach zu einer Verweichung der Grenzen gegenüber den bürgerlichen Sportverbänden geführt.

IN. ... Zur gegenwärtigen Unterstützung des Kampfes gegen die bürgerlichen Verbände ist ein Kartellsverhältnis mit den Arbeitssportlern auch in staatlichen und kommunalen Jugendausschüssen zu empfehlen. Den Jugendgruppen ist ein Anschluß an die bestehenden Sportverbände zu empfehlen.

XI. Die zielbewußte Durchführung dieser Aufgaben erfordert von unseren Mitgliedern einen Zusammenschluß in Fraktionen innerhalb der Sportverbände, die im engsten Einvernehmen mit denen der Partei arbeiten müssen. Zuletzt zeigen sich auch unter den kommunistischen Sportlern Bestrebungen, die gegen die Bildung solcher Fraktionen sind. Ihnen ist sofort mit einer energischen Aufführungswarnung unter den betreffenden Genossen und gegebenenfalls mit energischen organisatorischen Maßnahmen entgegenzutreten. Mit der Leitung dieser Arbeit sind in den Orten und Bezirken geeignete Genossen oder Genossinnen zu betrauen.

XIII. Es ist Aufgabe der Kommunisten in der Arbeitssportbewegung, die arbeitsgemeinschaftliche und bürgerliche Haltung der Luzerner Sportinternationale zu bekämpfen und für den Anschluß der deutschen Arbeitssportbewegung an die Rote Sportinternationale einzutreten. Die Arbeit im Sinne dieser Richtlinien muß die ideologische Grundlage für die Eroberung der deutschen Arbeitssportverbände für die KJ bilden, der organisatorisch jedoch erst dann vollzogen werden kann, wenn ihm die Gesamtorganisation der deutschen Arbeitssportler in ihrer Mehrheit zustimmt. Bis dahin bilden die Roten Fraktionen innerhalb der Arbeitssport- und

Kulturorganisationen die organisatorische und ideologische Grundlage der KJ.

Der Reichskongress der KJ weist aufs schärfste die Verleumdungen der Luzerner zurück, daß das Bestreben der KJ auf die Spaltung der Arbeitssport- und Kulturorganisationen hinauslaufe. Sie wendet sich vielmehr gegen jede Spaltung- und Austrittsbewegung aus Arbeitssportorganisationen und tritt für die weitestgehende Stärkung und Festigung der Arbeitssport- und Kulturbewegung ein, daß sie nur so imstande ist, schlagkräftig der bürgerlich-nationalistischen Sport- und Kulturbewegung entgegenzutreten.

Also daraus kommt es an:

1. Die Arbeitssportverbände abzuhalten von der Schaffung eines Prämienystems, obgleich Russland ein Prämienystem schon seit langem für seine sportlichen Wettkämpfe eingeführt hat.

2. Ein Kartellsverhältnis mit den Arbeitssportlern zu schaffen und sie für den Eintritt in die kommunalen und staatlichen Jugendausschüsse zu veranlassen; hinterher aber dann zu schreien über die verträgliche Tätigkeit der Reformisten.

3. Gegen die bundesdeutschen Mitglieder in den Sportorganisationen, die sich gegen die verbrecherische Absicht der Fraktionsbildung der KJ wenden, mit den strengsten organisatorischen Maßnahmen der Parteidisziplin vorzugehen.

4. Solange die Fraktionsarbeit in den Sportvereinen kommunistisch durchzuführen, bis alle Vereine unterwöhlt und eine im Sinne der Kommunisten leitende Mehrheit in den Verbänden vorhanden ist.

Deshalb lautet auch der Arbeitssportplan für das Amtsort „Gegner“:

In jedem Moment ist die gegebene Aufgabe vornehmlich des Gegnerkampfes, alle proletarischen Revolutionärte zu einer Einheitsfront zusammenzuführen und durch die Bekämpfung auf Zurückhaltung der gegenwärtigen Jugendorganisation, durch die Vereinigung und Gewinnung ihrer Mitglieder für den revolutionären Kampf und gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren.

Zu II.

1. Die Arbeitssportbewegung nach den Gewerkschaften, die starke Arbeitssportorganisation Deutschlands, steht heute noch stark unter dem ideologischen Einfluß der Reformisten. Es ist einer ihrer stärksten Stützen. Dem KJW muß es gelingen, insbesondere unter den Männern der jugendlichen Mitgliedschaft des USPB in der Weise zu arbeiten, daß die Arbeitssportbewegung wirklich zu einer revolutionären Arbeitssportbewegung wird. Die bisher stark verschärfte Arbeit ist sofort aufzunehmen durch:

a) eine Instruktion an alle Gruppen über die dazu notwendigen Arbeiten,

b) die plannmäßige Schaffung der KJ-Mitglieder, die in dem Arbeitssportbund stehen, zu Fraktionen,

c) laienige Belieferung der Fraktionen mit Material für diese Tätigkeit,

d) sofortige Fühlungnahme und rechte Zusammenarbeit mit der Parteidisziplin.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 5. Juli.

10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.

10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.

11.45 Uhr: Wetterdienst und Worausgabe (Deutsch und Esperanto)

12.00 Uhr: Mittagsmusik mit Funkwerbung.

12.55 Uhr: Neueren Zeitzeichen.

13.15 Uhr: Preche- und Börsenbericht.

14.30-14.45 Uhr: Bücherverlesung der Sächs. Landesbibliothek X.: Dr. Helmut Schneider: „Neuere ausländische Geschichte.“

16.30-17.35 Uhr: Konzert. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Dr. F. R. Duse.

17.35 Uhr (zwischen dem Konzert): Funkwerbenachrichten.

17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Leichte Notierungen.

18.05-18.20 Uhr: Rechtsfunk.

18.20-18.30 Uhr: Sozialverwertungsrundfunk (Engaldien-, Krahn-, Angeleien-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung).

18.30-18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Eijerden und C. M. Alifieri: Spanisch für Fortgeschritten.

19.00-19.30 Uhr: Prof. Dr. Georg Wiegner: Vorlesungsreihe: „Grundbegriffe der Technischen Physik.“ 4. Vorlesung: „Grundzähliges aus der technischen Physik.“

19.30-20.00 Uhr: H. Vogt, Dresden: „Der Bildungswille der weltfülligen Jugend.“

20.00 Uhr: Weitervorausgabe, Zeitangabe und Arbeitsmarktblatt.

20.15 Uhr: Volksstimmlisches Konzert. Mitwirkende: Vereinigung ehemaliger Hörförer, Dresden. Das Speisebecher-Vorab-Duo.

Quartett. 1. Madrigale (bearbeitet von Max Reger): a) Th. Morley (1558-1603): Frühling umstrahlt ihr Antliz; b) Th. Morley (1558-1603): Nun strahlt der Mai; c) B. Donati (1535-1603): Villanella alla Napolitana (Quartett); 2. a) Herzog Ernst von Sachsen-Weimar: Hymnus; b) H. Wagner: Ich lade die Blume dir (Trompete); 3. a) J. H. Schein (1586 bis 1630): Holla, gut Gesell; b) Der Untirnt (Vollkslied des 16. Jahrhunderts, bearbeitet von Hegar) (Quartett). 4. a) K. Blondin: Frühlings Einzug; b) Breu: Frühling am Rhein.

22.00 Uhr: Funkpranger.

22.05 Uhr: Prechebericht und Sportfunk. 22.30 Uhr: Funftüte.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Schlachtfest Schweinekopf o.oh. mit Remoulade und Salat 70,- Pfeffersteiner Fleisch 1.00 Morgen: Hamburger Kloßbraten mit Käseplatte 70,- Fischbraten mit Kartoffeln 35,- dasselbe mit 2 Eiern 80,- Gebratener Schweineköcher mit Kraut 90,-

Kleider- und
Wäschekräante
nur noch kurze Zeit
1.30. dr. M. 80,-
Betten M. 30,-
Rachitische M. 20,-
Wäschekräante M. 18,-
Chaflerlong M. 15,-
Tische M. 25,- auch
Teilzahlung.
**S. Wrzesinski,
Wäschekräante,
Kleinzeile,
Diestadt, 38.**

**20-25 Küchen
und diverse lackierte
und furnierte
Schlafzimmer
gibt billig ab.
Lendel, Möbel-
handlung, Zieboldstr. 38.**

Diverses
Fruck - Dachs
vermittelt Kauf und Verkauf!
Das Inferat

„Stillschweigender“ Verzicht auf Tariflohn!

Tarifverträge sind den meisten Unternehmen, zumal den kleinen, seit jeher ein Dorn im Auge, da sie „jedes Unternehmen nach beruflicher Tüchtigkeit und nach individuellen Höchtleistungen unterscheiden“ und somit die Tüchtigkeit des Arbeiters „ungünstig“ beeinflussen. Daher umgehen sie genau die mit den Gewerkschaften Organisationen getroffenen Vereinbarungen, wo immer sie können, und reden sich, wenn es dann doch mal zu einem Prozeß kommt, auf einen „stillschweigenden“ Verzicht der bei ihnen beschäftigten armen Schlüter heraus, die es vielfach aus Furcht vor Erwerbslosigkeit nicht wagen, ihre Rechte vom Ausscheiden aus der jeweiligen Stelle geltend zu machen. Um dem so weit als möglich vorzubeugen, sind deshalb die Tarif-Bestimmungen aller Art durch Gesetz für unabdingbar erklärt worden; der entscheidende Absatz des § 1 der Tarifvertrags-Verordnung lautet:

Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitern und einzelnen Unternehmen oder Vereinigungen von Unternehmen durch schriftlichen Vertrag (Tarifvertrag), so sind Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insofern unmöglich, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. An die Stelle unmöglich Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages.

Nun hat jedoch in den letzten Monaten das Reichsgericht mit seinen Entscheidungen verschiedentlich das Prinzip der Unabdingbarkeit durchbrochen. Wir entnehmen dem Wortlaut eines uns vorliegenden Urteils das Folgende:

Noch Meinung der Vorsitzanz habe der Kläger, ein Bausarbeiter, durch die vorbehaltlose Annahme des untertariflichen Lohnes auf weitgehende Unprüfung verzichtet. Ein solcher Verzicht sei als Schulderlass-Vertrag nach § 397 BGB trog der laut § 1 TVO bestehende Unabdingbarkeit des Tarifvertrages für die Vergangenheit zulässig, wenn der Arbeiter in Kenntnis seines Rechts auf höheren Lohn den niedrigeren widerstreitlos „und nicht aus einer wirtschaftlichen Zwangslage heraus“ (!!) angenommen habe. Diese erforderlichen Voraussetzungen seien hier gegeben: Der Kläger habe unbestritten von Anfang an die Höhe des in Betracht kommenden Tariflohnes gekannt; er habe den geringeren Lohn auch nicht aus einer wirtschaftlichen Zwangslage heraus — etwa aus Furcht vor Entlassung oder Arbeitslosigkeit — angenommen (sonst wäre wahrscheinlich aus Angst, daß es ihm sonst zu spät gehen könnte!). Den danach für die Vergangenheit an sich zulässigen Verzicht habe der Kläger zwar „nicht ausdrücklich, aber stillschweigend durch sein Verhalten erklärt“, indem er trotz des von ihm behauptet und ohne die beantragte Zeugen-Bernehmung als wahr an unterstellenden Widersprüchen bei der ersten Lohnzahlung (!!) zu dem geringeren Lohnsatz weiter gearbeitet und in der Folgezeit während seiner Beschäftigung beim Belegschaft des tarifwidrigen Lohns teils ohne Vorbehalt angenommen habe. Wenn er nunmehr nach Völung des Arbeitsvertrags den Unterschiedsbeitrag zwischen dem gehabten und dem tariflichen Lohn nachfordere, so verstöfe das gegen Treu und Glauben (!!), denn der Kläger habe mit einer solchen Nachforderung nach dem ganzen Verhalten des Klägers nicht zu rechnen brauchen!

Wie das Reichsgericht bereits durch Urteil vom 4. Januar 1923 entschieden hat, wird durch die dem § 1 TVO zu entnehmende Unabdingbarkeit des Tarifvertrags eine dem Arbeiter nachteilige Verlängerung über die von ihm aus dem Arbeitsvertrag bereits erworbenen Lohnansprüche, also ein Verzicht auf Lohnansprüche für die Vergangenheit, nicht ausgeschlossen. Der Verzicht kann, wie in dem angezogenen Urteil weiter ausgeführt wird, nicht nur mit ausdrücklichen Worten, sondern auch stillschweigend erklärt werden, d. h. an einem Verhalten des Anspruchsberichtigten ist ergeben, daß der Verpflichtete (der Unternehmer) nach Treu und Glauben als die Ausübung eines Verzichtswillens aufzufassen kann und darf. Den Umständen des einzelnen Falles ist zu entnehmen, ob die Voraussetzungen für einen Verzicht vorliegen, und es wird stets einer vorzeitigen Prüfung durch den Richter bedürfen, ob in der widerstreitlichen Annahme des untertariflichen Lohnes schon der Ausdruck eines Verzichts gefunden werden kann, da unter Umständen ein wirtschaftlicher Druck, unter dem ein Arbeiter steht, sein Verhalten bestimmend sein wird. Das angefochtene Urteil steht mit diesen vom Reichsgericht zu der Kernfrage des vorliegenden Falles angeteilten Grundzügen, an denen seit zu halten sei, durchaus im Einklang!

Zu dieser Entscheidung der höchsten deutschen Instanz in Arbeitsrechtssachen schreibt Prof. Dr. Rippert den in der Benshamsamml. II, 2: „Das Berufungsgericht untersieht den Widerspruch des Arbeiters bei der ersten Lohnzahlung als wahr. Zeit steht weiter, daß der Arbeiter, bevor er ausschied, wiederum verlangt, nach dem Tarif entlohnt zu werden. Trotzdem hält es das Reichsgericht für „rechtsbedenkfrei“, daß die Vorsitzanz in dem Weiterarbeiten zum geringeren Lohnsatz und der vorbehaltlichen Annahme des Verzichtswillens sieht! Was soll nun eigentlich der Arbeiter, der sich keinen Anspruch erhalten will, tun? Es muß offenbar, wenn er tacitwidrig entlohnt wird, sofort kündigen, also nicht weiter arbeiten oder bei jeder Lohnzahlung einen Protest einlegen, der in Wahrheit hier eine ganz überflüssige Delamination gewesen wäre! Klarer als durch die zwei oben genannten Widersprüche kann doch gar nicht erwiesen werden, daß der Arbeiter keinen Verzichtswillen hatte!! Wenn das Reichsgericht auf dem eingeslagenen Wege weiter in diesem Tempo fortsetzt, wird von der Unabdingbarkeit bald nicht mehr viel übrig bleiben!“

Wir haben dem nichts weiter hinzuzufügen. Für jeden vernünftigen Menschen muß es eine Selbstverständlichkeit sein, daß es einen freiwilligen Verzicht irgendwelcher Art auf höheren, tariflichen Lohn überhaupt nicht geben kann, weil „der Arbeiter immer und notwendig objektiv wie subjektiv unter einem dem Unternehmer erkenzbaren wirtschaftlichen Druck steht, solange das Arbeitsverhältnis andauert!“

R. H.

KLEINER ANZEIGER

haben Sie Stoff?

Zeugen gefucht!

Autounfall Dienstag, den 11. Oktober 1927, abends 7 Uhr, am Seitenblatt. Geschworener Raummann, der hilfreich war. In Kleidern Abitus, Leipzig C 1, Kreuzstraße 37.

Wohnungen

Möb. Zimmer

gesucht (womögl. mit voller Kolt). Am liebsten bei Geissel, Nähe Reichsgericht, L.-Vindenufer oder Seelstraße. Off. u. P. 22 Exp. d. Bl. Tauch. Sitz. 19/21

Leipzig-Zittau

Sch. 1a. Bittauer Z. - R. Wohnung, Friedensstr. 330 M. 00. Vermieter Wohn. zu kaufen gefucht. Umgangsvergn. Off. u. M. 65 Geschäftsstelle d. Bl. Tauch. Sitz. 19/21.

Stellenangebote